

**Abonnements-Bedingungen:**

Abonnement-Preis: pränumerando: Vierteljahr 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

**Berliner Volksblatt.**

**Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 11. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1984.

## Vergebliche Prostitution.

Alle Hoffnungen des Freisinn auf eine Zurückgewinnung der in Berlin von der Sozialdemokratie eroberten 5 Mandate sind schmachvoll zu Schanden geworden. Die „Freisinnige Zeitung“ spiegelt noch gestern ihren Anhängern vor, daß der 6. und 7. Berliner Landtagswahlkreis durch die Wahlmännerstichwahlen zurückerobert werden könne. Wir wollen nicht dafür garantieren, daß die „Freisinnige Zeitung“ und die „Bosliche Zeitung“ diese Täuschungsmanöver auch nach dem 10. Juni noch fortsetzen werden! Nur möchten wir hiermit konstatieren, daß sich keine dieser illusionären Hoffnungen des Bloßfreisinn erfüllen wird! Die in Berlin eroberten fünf Wahlkreise, der 5., 6., 7., 9. und 11. Berliner Wahlkreis werden am 16. Juni der Sozialdemokratie zufallen! Da auch das sechste Mandat, Hannover-Linden, von der Sozialdemokratie unvordenklich erobert ist, kann von den von der Sozialdemokratie als gewonnen bezeichneten Wahlkreisen nur noch der Rixdorf-Schöneberger als unstritten gelten. Hier ist es der Sozialdemokratie nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten nicht gelungen, die absolute Majorität zu erlangen. Nach den ungünstigsten Meldungen fehlen der sozialdemokratischen Partei 12 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Da es in einigen Urwahlbezirken zu einer Wahl überhaupt nicht gekommen ist, vermindert sich entsprechend die Zahl der zum Siege der Sozialdemokratie erforderlichen Stimmen. Erst der 16. Juni wird endgültig darüber entscheiden, ob Rixdorf-Schöneberg von der Sozialdemokratie erobert worden ist, oder von dem Freisinn durch die Preisgabe des 12. Berliner Landtagswahlkreises an das wahlrechtsfeindliche konservativ-nationalliberale Kartell!

Sollte in Rixdorf-Schöneberg wirklich dem Freisinn der Sieg zufallen, so wäre wir noch sehr energisch zu zweifeln, so hätte der Freisinn diesen Sieg nicht etwa der Abstimmung der Wählerschaft, sondern einzig und allein dem elendesten aller Wahlsysteme zu danken! Nur durch das vielfache Wahlrecht der von Geldsack Gnaden Privilegierten würde der Freisinn — übrigens auch nur mit Hilfe der konservativen Wahlrechtsgegner! — den Sieg errungen haben. Das Gesamtergebnat der Rixdorf Wahl vom 3. Juni hat das bewiesen. Am 3. Juni erhielten die Konservativen und Freisinnigen in Rixdorf in der 1., 2. und 3. Wählerklasse zusammen 2845 Stimmen. Die Sozialdemokratie erhielt in den drei Wählerklassen 23 126 Stimmen! Freisinnige und Konservative zusammen erhielten 141 Wahlmänner, die Sozialdemokratie 374. Dies Rixdorf Wahlergebnat ist typisch für den Ausfall der Gesamtwahl in Rixdorf-Schöneberg. Aber trotz des kolossalen Uebergewichts des Geldsacks über die Stimmen der Nichtbesitzenden darf der Freisinn noch keineswegs mit dem Siege rechnen! Erst der 16. Juni wird die Entscheidung bringen!

Ob der Freisinn im 12. Berliner Landtagswahlkreis den Sieg für verbürgt halten kann, ist ebenfalls die Frage! Dort wird es aller Voraussicht nach zur Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Kandidaten des nationalliberal-konservativen Kartells, dem Professor Leidig kommen. Die Nationalliberalen und Konservativen haben nämlich mehr Wahlmänner erhalten als der Freisinn. Dazu hat der Freisinn durch seine Vereinbarung mit dem reaktionären Kartell, daß bei einer Stichwahl die Freisinnigen für nationalliberale und konservative Wahlmänner einzutreten hätten, beigetragen! Der Freisinn hat, was die „Freisinnige Zeitung“ gegenüber unserem gestrigen Artikel auch gar nicht zu bestreiten wagt, durch seine Wahlmänner-Stichwahltaktik dahin gewirkt, den Nationalliberalen den 12. Berliner Landtagswahlkreis auszuliefern!

Wenn die freisinnigen Wahlmänner der voraussichtlichen Parole der bloßfreisinnigen Zeitung folgen werden, so wird am 16. Juni Berlin das skandalöse Schauspiel erleben, daß der Freisinn den nationalliberalen Volkswucherern, Wahlrechts- und Schulfeinden ein Mandat in die Hände spielt, das der Sozialdemokratie gehört hätte! Das skandalöse Wahlabkommen des Freisinn im 12. Berliner Landtagswahlkreis, das wir bereits gestern hinlänglich gebrandmarkt haben, wird von der freisinnig-demokratischen „Volkszeitung“ folgendermaßen gekennzeichnet:

„Der Berliner Freisinn will im 12. Berliner Wahlkreis lieber einen so reaktionären Kandidaten wie den nationalliberalen Professor Leidig, lieber einen so reaktionären Kandidaten, wie den antisemitisch-konservativen Rechtsanwalt Ulrich durchbringen helfen als einen Sozialdemokraten.“

Das heißt ferner:

Der Bloßfreisinn will lieber zwei fanatische Gegner des Reichstagswahlrechts für Preußen durchbringen helfen, als einen ehrlichen und entschiedenen Freund des Reichstagswahlrechts für Preußen.“

Daß der Freisinn und das konservativ-nationalliberale Kartell, die einander in die Hand arbeiten, überhaupt so gut abschneiden konnten, ist in erster Linie auf nichts anderes als

den unerhörten Wahlterrorismus zurückzuführen, den der Bloßfreisinn und sein führendes Organ, die „Freisinnige Zeitung“ gegenüber den namentlich im 12. Berliner Wahlkreis so zahlreich vertretenen kleinen Beamten übte! Bekanntlich hat ja gerade die „Freisinnige Zeitung“ diejenigen Beamten, die bei der Hauptwahl nicht abstimmen, durch aufseherregende Publikationen den Behörden denunziert! Wie uns gemeldet wird, sind denn auch infolge der freisinnigen Denunziationen die Beamten namentlich im 12. Berliner Wahlkreis vielfach gezwungen worden, geschlossen zur Abstimmung anzutreten!

Dieser unerhörte Terrorismus, diese skandalöse Denunziationen des Bloßfreisinn hat auch in Kreisen aller noch wirklich Liberalen heftige Entrüstung hervorgerufen!

In einer Versammlung der „Demokratischen Vereinigung“, die am Dienstagabend über den Ausfall der Wahl verhandelte, kamen die Redner des Abends, insbesondere die Herren Breitscheid, Barth, v. Gerlach auf die schmutzige Denunziation der Berliner Beamten durch die „Freisinnige Zeitung“ zu sprechen, die sie in den schärfsten Ausdrücken geißelten. Mit Recht legten sie dar, daß es der „Freisinnigen Zeitung“ wohl weniger um einen Nachschuß zu tun sei, als um einen Druck für die noch bevorstehende Stichwahl. Es sollte erreicht werden, daß die Vorgesetzten der von der „Freisinnigen Zeitung“ genannten Beamtenkategorien sich ihre Untergebenen vornähmen und daß diese dann aus Angst an der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie, d. h. zugunsten des Freisinn teilnahmen.

### Also Terrorismus der gemeinsten Art!

Diese Ausführungen veranlaßten ein Mitglied der Freisinnigen Volkspartei, Herrn Zahnarzt Dr. Caro aus Charlottenburg, das Wort zu ergreifen. Er meinte, es sei doch zweifelhaft, ob die maßgebenden Instanzen seiner Partei, ob speziell die Parteileitung selbst von der Notiz vorher etwas gewußt habe. Möglicherweise läge nur eine Entgleisung eines untergeordneten Berichterstatters oder Redakteurs vor. Natürlich wurde ihm sofort klar gemacht, daß eine Notiz von einer derartigen Tragweite niemals ohne Wissen des leitenden Redakteurs in ein Blatt hineinkommen könne. In diesem Falle sei der leitende Redakteur Herr Müller-Sagan, der seinerseits in engster Verbindung mit der Parteileitung stehe. Außerdem, wenn wirklich ein untergeordneter Angestellter sich ohne Wissen der Leitung einen solchen Schurkenstreich herausgenommen hätte, so hätte man ihn bereits Annull und Fall entlassen und eine bedauernde Erklärung veröffentlichen müssen. Darauf erklärte dann Herr Dr. Caro: wenn wirklich die Denunziation mit Wissen und Willen der Parteileitung erfolgt sei, dann würde allerdings auch er seine Stellung zur freisinnigen Volkspartei revidieren müssen. Vorher aber wolle er doch mal erst bei Herrn Dr. Müller-Sagan anfragen.

Hoffentlich hält Herr Dr. Caro die Antwort, die er vom Chefredakteur der „Freisinnigen Zeitung“ bekommt, nicht geheim. Es wird für die Öffentlichkeit hochinteressant sein, zu erfahren, wie Herr Müller-Sagan sich diesmal herausreden wird. Einen Vorgeschmack davon gibt allerdings schon die „Freis. Ztg.“ in ihrer gestrigen Nummer, worin sie sich damit auszuweiden sucht, daß bei öffentlicher Wahl jeder erfahren könne, wie abgestimmt wird. Außerdem sei es ihr „selbstverständlich gar nicht einmal eingefallen“, die vorgelegte Behörde aufmerksam zu machen und zum Einschreiten zu animieren. Die Feststellung, daß von den Postbeamten nur sehr wenige zur Wahl gegangen sind, sei ihr gutes Recht, das sie sich nicht freitig machen lassen! Also mit anderen Worten: weit entfernt, die Denunziation zu bedauern, wiederholte sie sie noch einmal!!

Diese bloßfreisinnige Niedertracht des führenden Wiener-Blattes geißelt die freisinnig-demokratische „Volks-Ztg.“ unter der Stichmarke

### „Das Recht auf Denunziation“

folgendermaßen:

„Gegenüber der Festnagelung der schmutzigen Denunziation, die sich das Organ der Bloßfreisinnvorsprechung gegenüber den Beamten der verschiedensten Ressorts hat zuschulden kommen lassen, und die wir im letzten Abendblatt gebührend gebrandmarkt haben, sucht sich das in die Enge getriebene Organ des Zimmerstraßenfreisinn mit allerlei albernen Redensarten herauszuweiden. Schließlich, da es mit seinem Jägerlatein natürlich so fort zu Ende ist, schreibt das Blatt wörtlich:

„Wenn wir daneben festgestellt haben, daß von den Postbeamten nur sehr wenige zur Wahl gegangen sind, so ist das unser gutes Recht, das wir uns nicht freitig machen lassen.“

Das Recht, die Beamten, die nicht zur Wahl gegangen sind und die demgemäß die Sozialdemokratie nicht haben niederstimmen helfen, das Recht, diese Beamten öffentlich in corpore zu denunzieren, wird hier also ausdrücklich als das gute Recht des Bloßfreisinn in Anspruch genommen! Das Recht auf Denunziation! In der Tat, der Bloßfreisinn hat es herrlich weit gebracht! Am 4. Juni, am Tage nach den Berliner Niederlagen des Bloßfreisinn, schreiben wir von den Katastrophen dieses Scheinliberalismus:

### Die Intentions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengründe und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

„Sie haben in den letzten Monaten die vergifteten Pfeile für ihre Schließungen nach links lediglich aus den Köchern ihrer konservativen Bloßfreunde genommen; sie werden vermutlich auch jetzt mit diesen unsauberen Waffen kämpfen.“

Unsere Vorherjage ist pünktlich und in weit schlimmerer Form eingetroffen, als wir gefürchtet haben: Das Recht auf Denunziation, das bisher den Beamten gegenüber nur von reaktionärster Seite ausgeübt wurde, ist nun auch in das Aktionsprogramm des Bloßfreisinn aufgenommen worden! Pfui Teufel!

Selbst wenn es dem Freisinn gelingen sollte, durch seine beispiellos schosfe Denunzianten- und Verräter-Praktiken den 12. Berliner Landtagswahlkreis in die Hände des nationalliberalen Professors Leidig zu spielen und mit reaktionärer Hilfe den Rixdorf-Schöneberger Wahlkreis zu erobern, so würde er diese Siege nur dem schändlichsten Verrat aller freisinnigen Prinzipien zu danken haben!

Einstweilen aber steht es sehr dahin, ob der Freisinn seiner Verräterei froh werden wird! Wenn es innerhalb der Wahlmänner des Bloßfreisinn noch wirklich Freisinnige gibt, so ist der Reaktion weder der 12. Berliner Landtagswahlkreis noch Rixdorf-Schöneberg sicher!

Namentlich gilt das für Rixdorf-Schöneberg! Wenn unsere Genossen ihre Schuldigkeit tun und den Wahlkampf bis zum 16. Juni mit ungehörter Energie fortführen, so wird der Freisinn in Groß-Berlin erleben, daß er sich

vergeblich prostituiert hat!

## Das Ergebnis der Stichwahlen.

### 1. Landtagswahlkreis.

| Sozialdemokraten          | Wahlmänner |
|---------------------------|------------|
| Freisinnige               | 88 Stimmen |
| Konservative              | 395        |
| Gewählt Traeger (Freis.). | 20         |

### 2. Landtagswahlkreis.

| Sozialdemokraten           | Wahlmänner  |
|----------------------------|-------------|
| Freisinnige                | 110 Stimmen |
| Konservative               | 330         |
| Gewählt Gerschel (Freis.). | 26          |

### 3. Landtagswahlkreis.

| Sozialdemokraten         | Wahlmänner  |
|--------------------------|-------------|
| Freisinnige              | 180 Stimmen |
| Konservative             | 280         |
| Gewählt Kopsch (Freis.). | —           |

### 4. Landtagswahlkreis.

| Sozialdemokraten                   | Wahlmänner  |
|------------------------------------|-------------|
| Freisinnige                        | 180 Stimmen |
| Konservative                       | 303         |
| Gewählt Dr. Müller-Sagan (Freis.). | —           |

### 5. Landtagswahlkreis.

| Sozialdemokraten         | Wahlmänner  |
|--------------------------|-------------|
| Freisinnige              | 311 Stimmen |
| Konservative             | 224         |
| Gewählt Borgmann (Soz.). | 8           |

### 6. Landtagswahlkreis.

| Sozialdemokraten         | Wahlmänner  |
|--------------------------|-------------|
| Freisinnige              | 303 Stimmen |
| Konservative             | 348         |
| Gewählt Heilmann (Soz.). | —           |

### 7. Landtagswahlkreis.

| Sozialdemokraten       | Wahlmänner  |
|------------------------|-------------|
| Freisinnige            | 373 Stimmen |
| Konservative           | 314         |
| Gewählt Hirsch (Soz.). | —           |

### 8. Landtagswahlkreis.

| Sozialdemokraten             | Wahlmänner  |
|------------------------------|-------------|
| Freisinnige                  | 373 Stimmen |
| Konservative                 | 353         |
| Gewählt ist Cassel (Freis.). | 4           |

### 9. Landtagswahlkreis.

| Sozialdemokraten        | Wahlmänner  |
|-------------------------|-------------|
| Freisinnige             | 408 Stimmen |
| Konservative            | 173         |
| Gewählt Ströbel (Soz.). | 8           |

### 10. Landtagswahlkreis.

| Sozialdemokraten          | Wahlmänner  |
|---------------------------|-------------|
| Freisinnige               | 444 Stimmen |
| Konservative              | 507         |
| Gewählt Rosenow (Freis.). | 8           |

## 11. Landtagswahlkreis.

|                             | Wahlmänner  |
|-----------------------------|-------------|
| Sozialdemokraten . . .      | 855 Stimmen |
| Freisinnige . . . . .       | 131         |
| Konservative . . . . .      | —           |
| Gewählt: Liebschütz (Soz.). |             |

## 12. Landtagswahlkreis.

|                          | Wahlmänner  |
|--------------------------|-------------|
| Sozialdemokraten . . .   | 314 Stimmen |
| Freisinnige . . . . .    | 165         |
| Nationalliberale . . . . | 48          |
| Konservative . . . . .   | 139         |

### Landtagswahlkreis Rixdorf-Schöneberg.

Wie jetzt liegt noch kein genau abschließendes Resultat vor. In der absoluten Majorität fehlen der Sozialdemokratie noch 12 Stimmen.

## Das Attentat auf das Koalitionsrecht der Angestellten.

Wir haben das Rundschreiben der bayerischen Metallindustriellen veröffentlicht, das die Ausmerzung der in den Betrieben beschäftigten Angehörigen des Bundes der technisch-industriellen Beamten und die Unterlassung der weiteren Einstellung solcher Organisierter fordert. Das gleiche Vorgehen wird gegen die Mitglieder der vier größten deutschen Handlungsgesellschaften empfohlen. Der Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen soll sich, so verlangen es die bayerischen Industriellen, diesem Vorgehen anschließen. Der Geist der Herren wird so recht erkannt aus der famosen Begründung, die sie ihrem Schreiben beigegeben haben. Darin heißt es:

„Bisher haben die Arbeitgeber übersehen, daß auch die Organisationen der technischen Angestellten gleich den Arbeitern das sogenannte konstitutionelle Fabrikssystem anstreben, ja, sich sogar mit den gewerkschaftlichen Organisationen auf eine Stufe stellen. Demgegenüber gelte es, rechtzeitig Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, und zwar gegen die zwei großen technischen Organisationen und die vier großen kaufmännischen Verbände. Am offenkundigsten und deutlichsten trete der Bund technisch-industrieller Beamter auf, indem er die Fabrikangestellten den Unternehmern und Arbeitgebern zu entfremden suche. Am Bezeichnendsten sei, daß dieser Bund, der eine sozialpolitische Tendenz offen zur Schau trage, unter anderem auch ein gewisses Hineintreten in das Kündigungsrecht der Arbeitgeber verlange und deshalb sogar einen Kündigungsanspruch anstrebe. Durch dieses Auftreten des Bundes wurde auch der Deutsche Techniker-Verband (dem der Bayerische Techniker-Verband sich angeschlossen hat) veranlaßt, ähnliche Forderungen aufzustellen, so zum Beispiel die Forderung eines Mindestlohnes, ohne daß eine Garantie der Mindestleistung gegenübergestellt werde. Von den Handlungsgesellschaften scheint am meisten der Deutsche nationale Handlungsgesellschaftenverband Tendenzen zu verfolgen, welche den Interessen der Arbeitgeber zu widersprechen. Er verlangt u. a. eine Bindung der Arbeitgeber in Bezug auf die Gehälter und auf die Arbeitszeit.“

Es sind die selbstverständlichen Forderungen jeder modernen Arbeiterorganisation, die die Herren so in Aufruhr gebracht haben.

Wer die Privatbeamtenbewegung der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat und unser Unternehmertum kannte, mußte sich klar darüber sein, daß es zu einem Zusammenstoß kommen würde. Ueberrascht wird man nur durch die Tatsache, daß dieser Konflikt schon jetzt von Unternehmenseite heraufbeschworen wird.

Bisher war in der Privatbeamtenbewegung noch kein richtiges Organisationsleben rege. Die Angestellten waren entweder in reinen Fachverbänden oder in Harmonievereinen organisiert. Erst in den letzten Jahren haben die Konzentrationsbestrebungen in der Großindustrie es wenigstens einer geistigen Obersicht von Angestellten klar gemacht, daß der sogenannte „neue Mittelstand“ in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit sich nur behaupten und durchsetzen kann, wenn er gleich den Arbeitern auf gewerkschaftlicher Grundlage sich organisiert. So kam überall ein neuer frischer Zug in die Privatbeamtenbewegung, die alten Verbände mußten sich entweder reformieren oder es wurden neue Organisationen geschaffen, die mit größerer Entschiedenheit wie bisher die Interessen der Berufsmittelglieder zu vertreten suchten.

Bei den technischen Angestellten war es jedoch unmöglich, die bestehenden alten Verbände in moderne umzuwandeln. Der Verein deutscher Ingenieure ist ein wissenschaftlicher Fachverein, dessen Bedeutung und Grenze in der Pflege der fachwissenschaftlichen Bildung liegt und liegen muß. Seiner ganzen Geschichte und Zusammensetzung nach kann von dieser Organisation niemals ein Eingreifen in die sozialen Kämpfe des Tages erwartet werden. Der Deutsche Techniker-Verband, der dann noch in Frage käme, ist eine Organisation, die reichlich mit reaktionären Tendenzen durchsetzt ist. Die Unternehmer werden dort als Mitglieder aufgenommen und führen das große Wort; in entscheidenden Momenten ist es der frühere Syndikus eines Industriellenverbandes Dr. Veumer, der für die Entscheidungen des Verbandes richtunggebend ist. Der einmal die Geschichte der Privatbeamtenbewegung schreiben wollte, müßte sich besonders auch mit diesem Verband beschäftigen und die sehr interessante Untersuchung anstellen, mit welchen geschickten Mitteln das Unternehmertum und seine Wünsche es verstanden haben, in allen Phasen der Entwicklung die Patenrolle bei dieser „Arbeitnehmerorganisation“ einzunehmen.

So wurde denn vor 4 Jahren der Bund der technisch-industriellen Beamten gegründet. Klar und konsequent wurde hier das Prinzip vertreten, die gewerkschaftliche Organisationsform zu wählen. Zweifellos hat es auch die Bundesleitung verstanden, mit erfrischender Deutlichkeit auszusprechen, was ist. Die Technikerfrage ist erst durch den Bund in die Öffentlichkeit gelangt. Die Erfolge haben sich denn auch gezeigt, die Mitgliederzahl beläuft sich gegenwärtig auf über 12.000, der Bund hat durch sein Organ und seine Flugblätter auch fördernd auf die Auffklärung anderer Organisationen einwirken können.

Natürlich ist der Bund auch sehr bald den Scharfmachern unangenehm geworden. Da es nun einmal bei unserem Unternehmertum ausgemachte Sache ist, daß jeder ein Sozialdemokrat ist, der sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht ganz einverstanden erklärt, so wurde auch der Bund wiederholt als eine sozialdemokratische Gründung bezeichnet. In Wirklichkeit ist diese Organisation gut bürgerlich. Bei jeder Gelegenheit beruft man sich auf die politische Neutralität und behauptet, daß man auf dem Boden der gegenseitigen Gesell-

schaftsordnung steht. Die einschlägigen Elemente des Deutschen Technikerverbandes, welche gegenwärtig am Werke sind, ihren Verband zu reformieren, werden auch gegen den Unternehmereinfluß in den eigenen Reihen ankämpfen müssen. Mit der Bezeichnung des Bundes als einer sozialdemokratischen Gründung verfolgen die Unternehmer nur den Zweck, einerseits die zahnlosen Elemente der Technikerschaft als Mitglieder von ihm fernzuhalten, andererseits die Aufmerksamkeit der Arbeitgeber speziell auf diese Organisation zu lenken.

Aus der gleichen Quelle, nämlich aus dem Bureau einer Unternehmerorganisation, stammt zweifellos jener „Post“-Artikel vom 3. Juni, der dem Bund der technisch-industriellen Beamten ebenfalls seine „Sünden“ vorhält und mit der väterlichen Ermahnung schließt:

„Der Bund wird lediglich (durch seine Forderungen) den berechtigten Widerspruch der Arbeitgeber wecken und den von ihm behaupteten Gegensatz zwischen Unternehmern und Angestellten künstlich schaffen und erweitern. Es ist ein verhängnisvoller Weg, den der Bund hier beschritten hat und auf dem er nie wird zum Ziele gelangen können. Möchten die technisch-industriellen Beamten sich auf ihre eigentliche Aufgabe innerhalb der Industrie und im Staate besinnen, welche sie an der Seite der Unternehmer zur Stärkung der Industrie und damit zur Befestigung der bestehenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung beruft.“

Für die Angestellten handelt es sich jetzt darum, standhaft zu bleiben. Da neben den Mitgliedern des Bundes auch die Mitglieder der vier größten Handlungsgesellschaften auf die schwarzen Listen gesetzt werden sollen, entsteht die Frage, ob die beteiligten Verbände gemeinsam den Schlag parieren werden, damit den Scharfmachern ihre Attentatsgelüste auf das Koalitionsrecht der Angestellten ein für allemal vergehen.

Die Privatbeamtenbewegung kann nur dann lebensfähig bleiben, wenn die Angestellten selbst mit der nötigen Entschiedenheit ihre Rechte zu wahren wissen. Die Privatbeamtenbewegung wird einfach aufhören, wenn bei diesem ersten und ernsthaften Konflikt die Angestellten zurückweichen. Der alte Schiedsrichter wird dann wiederkehren, der in der Bewegung früher geherrscht hat, und der Kopfschmerz wird immer rascher dem Proletarisierungsschmerz zum Opfer fallen. Es ist dann keine eigene Schuld, wenn die Peitsche der kapitalistischen Ausbeutung immer erbarmungsloser über ihn geschwungen wird.

Besonders interessiert uns bei dieser Angelegenheit die Haltung der bürgerlichen Mittelstandsfreunde. Wir wollen abwarten, ob z. B. der Bloßfreisinn um Raumann, der von dem Persönlichkeitsideal im Großbetrieb so schön zu reden weiß, den Mut findet, den Angestellten hier rüchloslos beizustehen. Unsere Zuversicht ist nicht gerade dadurch vermehrt worden, daß der Aufruf der Scharfmacher den Namen des Rechtsanwalts Rönig trägt, der bis vor kurzem Führer der pfälzischen Jungliberalen war.

## Die Kongo-Krise.

Brüssel, 9. Juni. (Fig. Ver.)

Der Vorabend der der Lösung der Kongofrage gewidmeten außerordentlichen Session zeigt die Regierung in einer nicht weniger als angenehmen Lage. Die so sicher eskomptierte Majorität für die Vorlage beginnt sich zu sammeln. Geernaert, der sicher gewonnen schien, stellt sich wieder auf die Hinterbeine, und neben ihm versammelt der Afrikale Goyois eine Gruppe von Mitgliedern der Rechten um sich, die die eingeschummerte Opposition wieder neu belebt. Abgesehen von dem moralischen Effekt der Wahlniederlage der Regierung, die sich politisch als eine Niederlage des Kolonialabenteuers darstellt, ist die Majorität auf acht Stimmen vermindert.

Die Situation ist um so kritischer, als die Liberalen auf neuerlichen Konfessionen bestehen, zu denen sich Leopold, der den Justizminister nach Wiesbaden hat kommen lassen, nicht verstehen hat wollen. Andererseits stempeln die Afrikale die Kongofrage zu einer nationalen und wollen der Beihilfe der liberalen Annexionisten nicht entbehren, um nicht die ganze Verantwortung für das Kolonialabenteuer auf sich zu laden. Die 800 Millionen, auf die man die Summe einschätzt, die als Entschädigung an die Konfessionsgesellschaften zu zahlen wäre, erscheinen selbst manchen optimistischen Kolonialpolitikern als eine Last, die die finanziellen Kräfte Belgiens übersteigt.

Wie gefährlich und krisenhaft die Situation ist und auf welche abschüssige Bahn die Lösung der Kongofrage geraten ist, kann man aus dem Wandel der Afrikale- und liberalannexionistischen Blätter erkennen, die die Kolonialfrage aus der allgemeinen und der Parteipolitik herauszuheben bemüht sind; sie wollen das Abenteuer durchaus als eine national-patriotische Tat erscheinen lassen, um die sonstigen Gegensätze der Parteien zu verhüllen. Da ist es besonders pikant, zu sehen, daß die liberale „Chronique“ z. B., die sich sonst an temperamentalstem Antiklerikalismus nicht genug leisten kann, ihre liberalen Freunde beschwört, doch um Gotteswillen die Regierung über die Kongofrage nicht stolpern zu lassen! Die bewundernswürdige afrikanische Kolonie auf Spiel zu setzen und dafür „nichts weiter“ einzubeziehen als die Regierung in die Minorität zu bringen, erscheint dieser tapferen Sorte Antiklerikaler als ein schwerer politischer Fehler. Kurz und gut: es ist das Kongogeschäft und dann der „Kulturkampf“.

Was die Lage der Dinge heute bestimmt und alle Regierungspläne in Frage stellt, ist das Votum vom 24. Mai, mit seinem Sieg der Sozialdemokratie. Sie hat von Anfang an darauf verwiesen, daß die Volksabstimmung über die Kolonialpolitik unabweisbar ist und sie hat prophezeit, daß sich das Land gegen die Annexion und die Millionenlasten aussprechen wird. Wenn heute die Regierung in ihrer Existenz bedroht ist und die Kongofrage Aussicht auf eine Lösung hat, die die Landesinteressen vor dem schwerem Schaden bewahrt, so ist das dem entschiedenen Kampf der belgischen Sozialdemokratie geschuldet, die vom ersten Augenblick an ihren sicher gezeichneten Weg in der Kolonialpolitik gegangen ist.

Brüssel, 10. Juni. Wie das Blatt „Sole“ aus bester Quelle erfährt, wird die Regierung nicht nur keinerlei Zugeständnisse in der Kongofrage machen, sondern die Erklärung abgeben, daß sie die Rabinetfrage für die Annahme der Vorlage stellen wird. Sollte die Kammer, wie dies möglich ist, den Vorschlag ablehnen, so würde das Kabinett Schollaert zurücktreten.

Die Arbeiterpartei hat beschlossen, daß alle sozialdemokratischen Abgeordneten die größten Anstrengungen machen sollen, um die Annahme des Gesetzesvorschlags zu verhindern. Da sich bereits ein Teil der Katholiken von der Mehrheit losgelöst hat, ist die Lage heute verwickelter als je.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Juni 1908.

### Eine Antipolen-Professur an der Berliner Universität.

In Berlin soll eine vierte Professur für Nationalökonomie an der Universität errichtet werden, und zwar ist dafür der Professor Ludwig Bernhard-Riel bestimmt, der bekannte Verfasser des im Herbst vorigen Jahres erschienenen Buches „Das polnische Gemeinwesen im Deutschen Reich“.

Die Universität Berlin hatte bisher drei Ordinariate für Nationalökonomie, daneben wirkten vier bis fünf Extraordinarien und eine Anzahl Privatdozenten. Es war also für diesen Zweig der Wissenschaft selbst bei der großen Studentenzahl ausreichend vorgesorgt. Die drei ordentlichen Professoren sind Wagner, Schmoller, Sering — Männer von Ruf; zwar hat Wagner das 70. Lebensjahr überschritten und Schmoller steht dicht davor; aber beide wirken in volster Kraft. Und da sie auf verschiedenen Standpunkten stehen, sind auch die heutigen Richtungen der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre so ziemlich vertreten, abgesehen von der Freihandelslehre.

Trotzdem ließe sich gegen die Berufung Professor Riels nichts einwenden; denn ist er auch noch ein sehr junger Mann, erst 32 Jahre alt, so hat er doch durch sein oben erwähntes Buch bewiesen, daß er mehr Talent und vielleicht auch mehr Wissen besitzt, als so manche der „Großen“. Ganz eigenartig ist aber die Art und Weise, wie er berufen worden ist, und das Fach, für das er ausgerufen ist. Seine Haupttätigkeit wird nämlich allem Anschein nach nicht darin bestehen, Vorlesungen zu halten, sondern als Ratgeber der Regierung zu fungieren und ihr für ihre antipolitischen Germanisationsexperimente die volkswirtschaftlichen Begründungen zu liefern. Den „Münchener N. Nachr.“ wird darüber aus Berlin geschrieben:

Ohne Befragen und Genehmigung des Landtags errichtet es (das preussische Ministerium) ein viertes Ordinariat aus Mitteln eines Dispositionsfonds, der nur für Notfälle vorgesehen ist. Die Angelegenheit wird so geheim vollzogen, daß weder die Fakultät noch die bisherigen Ordinarien zu Rate gezogen werden. Ganz plötzlich ist vor einigen Tagen ein Schreiben des Kultusministers in der Universität eingelaufen, das die vollendete Tatsache der neuen Professur mitteilt mit dem Ausdruck eines schicksalichen Bedauerns, die Sache habe große Eile gehabt, darum sei eine frühere Einberufung und Verständigung nicht möglich gewesen.

Gleichzeitig mit der Mitteilung, ein vierter Lehrstuhl für Nationalökonomie sei errichtet, wird der Fakultät auch eröffnet, daß Professor Ludwig Bernhard-Riel diese neue Professur mit voller Gleichstellung in Rang und Gehältern der alten Ordinarien erhalte. Bernhard ist ein junger Gelehrter von 32 Jahren. Eine ordentliche Professur in der Universität Berlin in so frühen Jahren ist ganz ungewöhnlich. Welche wissenschaftlichen Leistungen haben ihn dem Ministerium so warm empfohlen? Bernhard hat mit einem vortrefflichen Buch über den Affordoblu vor etwa fünf Jahren debütiert. Er bekam einen Ruf als Professor an die Akademie in Posen, hat hier aber nur wenig Kollegien gehalten, da er für eine andere Aufgabe ausgiebig Urlaub erhielt. Von Posen erhielt er eine Berufung nach Greifswald, im selben Jahr wurde er Ordinarius in Kiel. Nicht seine Arbeiten über Lohnfragen haben jedoch die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt, sondern sein im Spätherbst 1907 erschienenes Buch „Das polnische Gemeinwesen im Deutschen Reich“. Dies Werk, das seinerzeit auch in diesen Blättern besprochen worden ist, erregte sehr großes Aufsehen. Mit vollem Recht: denn es brachte eine gründliche Erforschung und Darstellung der wirtschaftlichen Mächte, die die Polen in der deutschen Dismat aufgebracht haben. Daß Bernhard, der hier zum ersten Male in die Debatte getreten, seine politischen Studien, die mit diesem Buche nicht abgeschlossen waren, fortsetzt, ist in höchstem Maße erwünscht, um die preussische Polenpolitik zuverlässig zu orientieren. Und darum kann man nur einverstanden sein, wenn die Regierung es dem jungen Gelehrten, unbeschadet seiner akademischen Stellung und Tätigkeit, ermöglicht, diesem Spezialgebiet seine Zeit und Kraft zuzuwenden. Aber die Wege und Mittel, die das Kultusministerium zu diesem Zweck ergriffen hat, sind in hohem Maße ungewöhnlich.

Das Münchener nationalliberale Blatt findet es ganz in der Ordnung, daß die preussische Regierung den Professor Bernhard einstellt, „um die preussische Polenpolitik zuverlässig zu orientieren“. Wir sind anderer Ansicht und bedauern Herrn Ludwig Bernhard, der sich zu dieser Zwitterstellung hergab. Was heißt „orientieren“? Glaubt das Münchener Blatt wirklich, die preussische Regierung werde die Berichte ihrer Ober-Regierungspräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte geringer achten, als die Ratssätze des Herrn Bernhard und sich von diesem „orientieren“ lassen? Herr Bernhard ist zu nichts anderem bestimmt, als für die Polenpolitik der Regierung die nötigen theoretischen Sauxen und wissenschaftlichen Begründungen zu liefern. Selbst wenn er sich zunächst auch noch gegen diese hehre Aufgabe sträuben sollte, wird er unter dem Zwang der Umstände müssen.

### Der geistesranke Negir-Dichter.

Wie der „Univ. Korr.“ von „gutunterrichteter Seite“ mitgeteilt wird, soll Fürst Eulenburg, der noch immer in der Charité liegt, für geisteskrank und somit für unzurechnungsfähig erklärt werden. Auf diese Weise hofft die Familie des Fürsten die ganze unangenehme und für gewisse Kreise höchst peinliche Affäre aus der Welt zu schaffen. Es werden Gutachten von namhaften Psychiatern eingeholt, die den Beweis erbringen sollen, daß der Fürst, als er den Eid leistete, nicht zurechnungsfähig, und daß er überhaupt schon Monate vorher ein „ganz eigentümliches Wesen“ gezeigt habe. Es soll der Nachweis geführt werden, daß der Fürst schon seit Jahren geisteskrank gewesen sei. So erzählt man, er habe Schiffsfahrten und dergleichen Dinge gesammelt. Auch soll er in den letzten Monaten eine „Krankhafte“ Neigung für Gartenzüchte und Gartengitter besessen haben. Im Parke von Liebenberg soll sich eine ganze Sammlung solcher Gitter befinden. Diese Umstände sollen dartun, daß Fürst Philipp v. Eulenburg bereits seit längerer Zeit vermindert zurechnungsfähig war.

Wir sind auch in Unkenntnis der preussischen Rechts- und Gerichtsverhältnisse der Ansicht, daß Fürst Eulenburg trotz aller Meinende nicht verurteilt wird. Zur richtigen Zeit wird sich schon irgend eine Entdeckung einstellen, die ihn frei ausgehen läßt. Ob man Verurteilung bei ihm entdecken wird, läßt sich natürlich noch nicht bestimmen. Das hängt von den Umständen ab. Unwahrscheinlich ist es, wenn man frühere Prozesse gegen die Witte des preussischen Adels zur Beurteilung heranzieht, jedenfalls nicht. Vielleicht findet man sogar heraus, daß Eulenburg schon damals, als er am Starnberger See Fischerweiche minnete, unzurechnungsfähig war. Einige seiner späteren Thaten lassen mit einiger Sicherheit darauf schließen, daß er zeitweilig geistig anormal gewesen sein muß, z. B. sein herrlicher „Sang an Negir“.

### Erneute Steigerung der Getreide- und Fleischpreise.

Nach der soeben erschienenen Lebensmittelpreisabelle der „Statist. Korrespondenz“ hat im Monat Mai eine neue Steigerung der Preise für Getreide und Schweinefleisch eingeleitet. So hat der

Weizen seinen Durchschnittspreis von 208 auf 211 M. für 1000 Kilogramm erhöht. Die Preissteigerungen gingen bis zu 11 M. in Danzig, Stettin, Berlin und Hannover, 12 M. in Trier und 10 M. in Posen. Am teuersten war der Weizen mit 223 M. in Gießen, am billigsten mit 202 M. in Kiel.

Der Roggen kostete im Durchschnitt aller Markttorte 190 M. gegen 185 M. im April. Die größte Preissteigerung hatten Stettin und Trier mit 9 und Straßburg mit 18 M. Am niedrigsten war der Roggenpreis mit 179 M. in Aachen, am höchsten mit 204 M. in Trier.

Der Durchschnittspreis der Gerste ist von 168 auf 164 M. gestiegen. Vereinzelt kamen Preisherabsetzungen (bis zu 5 M. in Halle) vor, wegen der Preisrückgänge bis zu 10 M. in Danzig und 18 M. in Trier gingen. Am teuersten war die Gerste in Koblenz mit 204 M., am billigsten, wie stets, in Aachen mit 140 M.

Der Hafer kostete im Durchschnitt aller Markttorte 163 M. gegen 150 im April d. J., die Preissteigerungen erreichten 10 M. in Aachen und Gießen und 12 M. in Kiel, die wenigen Preisherabsetzungen gingen bis zu 5 M. in Trier.

Der Preis der Kartoffeln hat sich von 62,5 auf 61,3 M. erniedrigt, wobei die Herabsetzungen 6,7 M. in Trier und 8,2 M. in Königsberg erreichten. Am teuersten waren die Kartoffeln mit 90,0 M. in Aachen, am billigsten mit 37,5 M. in Posen.

Das Rindfleisch hat im Großhandel seinen Preis von 1229 auf 1224 M. für 1000 Kilogramm herabgesetzt, hauptsächlich weil in Kiel, wo sich der Preis im April um 123 M. erhöht hat, jetzt eine Herabsetzung um 117 M. stattgefunden hat. Im Kleinhandel hat das Rindfleisch, ebenso auch das Hammelfleisch seinen Durchschnittspreis nicht geändert, dagegen ist das Kalbfleisch um 2 und das Schweinefleisch um 4 Pf. für das Kilo teurer geworden. Die Erhöhungen gingen beim Schweinefleisch bis zu 10 Pf. in Straßburg, Kiel und Danabrid und 17 Pf. in Stettin. Sped ist um 1 Pf. billiger geworden, Butter um 4 Pf. für das Kilo; die Eier sind um 11 Pf. für das Schod gesunken. Schmalz, Weizenmehl und Roggenmehl haben ihre Preise nicht verändert.

### Eine Vagante.

Für die preussisch-deutsche Militärdespotie ist die Refraktärfrage in den Reichsländern eine Vagante. Es ist ganz natürlich, daß in der ersten Zeit der Annexion Elsaß-Lothringens sich eine große Zahl der Einwohner der deutschen Heerespflicht entzogen haben, die selbstverständlich auf Grund der Militärstrafgesetze verurteilt wurden. Schon im vorigen Jahre wurde nun im Landesausschusse beschlossen:

„Die Regierung zu ersuchen, sich dafür zu verwenden, daß denjenigen Elsaß-Lothringern, die bis zum Jahre 1890 wegen Fahnenflucht oder Verletzung der Wehrpflicht bestraft worden sind, die Strafen, insofern sie nicht bereits verbüßt, verjährt oder erlassen sind, im Hinblick auf die inzwischen verstrichene Zeit und die eingetretene Veränderung der Verhältnisse in Gnade erlassen werden.“

Wie heute hat man nichts über das Schicksal dieses Beschlusses gehört, und auch die Hoffnung naiver Politiker, der Kaiser werde in der Refraktärfrage bei der Einweihung der Hohkönigsburg seinem Herzen einen Stoß geben, hat sich nicht erfüllt. Deshalb wurde am 27. Mai der gleiche Antrag wieder eingebracht. Am 4. Juni fand er im Landesausschusse zur Verhandlung. Wer aber geglaubt hatte, die Landesausschusseabgeordneten würden von der Regierung Aufschluß darüber fordern, welche Schritte sie in der Sache unternommen habe, der kennt die reichsländischen „Volksvertreter“ schlecht. Sang- und klanglos wurde der Antrag wieder angenommen. Die Regierung kann den Beschluß nun wieder auf ein Jahr in den Glaszettel stellen.

### Angst vor Terrorismus.

In der scharfmascherigen „Rhein.-Westf. Ztg.“ liest man: Als Kuriosum mag folgender Fall angeführt werden: Ein Händler der Kolonialwarenbranche, der sich um alles bekümmert, aber nicht um Politik, wurde von sozialdemokratischen Streikern an seine Pflicht gemahnt und schließlich ins Wahllokal gelockt. Da er glaubte, die Wahl sei geheim, so wollte er den ihm in die Hand gedrückten Zettel ohne weiteres abgeben. Als aber der Wahlvorsteher ihn darauf hinwies, daß der Name des betreffenden Wahlmannes offen genannt werden müsse, war der brave Händler, der auch über ziemlich viel bürgerliche Klugheit verfügt, nicht mehr zu bewegen, seine Stimme abzugeben und verließ schleunigst das Lokal...

Dah gerade die „Rhein.-Westf. Ztg.“ es ausplaudert, wie abhängige Wähler sich gezwungen sehen, aus Angst vor den bürgerlichen Wahlstimmenverweirern auf ihr Wahlrecht zu verzichten, ist sehr amüsant.

Der Händler, der aus Angst vor seinen bürgerlichen Kunden nicht wählte, hat in seiner Art recht wirksam gegen die Deffektivität der Wahl demonstriert. Das genannte Blatt schwärmt aber für die öffentliche Wahl, um eine freie Meinungsäußerung zu verhindern, und zieht deshalb auch nicht die einzige richtige Konsequenz aus der von ihm erzählten Geschichte. Das Blatt hat sich in seinem Eifer, gegen die Sozialdemokratie zu hetzen, ein Ausmaß ins Netz legen lassen. Hoffentlich stimmt es nun aber auch mit uns ein in den Ruf: Fort mit dem Wahlrecht des Terrors!

Eine Schlußfrage stand in der letzten Sitzung des reichsländischen Landesausschusses zur Debatte. Das Gesetz vom 1. November 1878 betreffend die Unterhaltung der öffentlichen höheren Schulen bestimmt, daß die persönlichen Ausgaben für diese Schulen vom Lande, und die sachlichen Ausgaben von den Gemeinden getragen werden. Im Jahre 1899 wurde die Bestimmung, die an sich schon geeignet ist, die Errichtung höherer Schulen zu erschweren, durchbrochen, und es wurde, ohne daß das Gesetz geändert wurde, beschlossen, daß die Gemeinden einen Zuschuß zu den persönlichen Ausgaben leisten müßten. Dieser Zuschuß beläuft sich heute auf 45 000 M.; er wird getragen von den vier Städten Straßburg, Diedenhofen, Colmar und Forbach. Die Industrialisierung Lothringens macht nun die Errichtung höherer Schulen in diesem mächtig entwickelten Industriegebiet immer mehr zur Notwendigkeit. Dies war die Ursache, daß der Abg. Dietrich beantragte, die Vereinbarung mit den Städten über die Zuschüsse zu lösen und die persönlichen Ausgaben sind lediglich vom Lande zu tragen. Für die neu zu errichtenden Schulen soll lediglich das Gesetz von 1878 maßgebend sein. Dagegen wandte sich der liberale Abgeordnete Stadtpfarrer Winterer, welcher am liebsten den Gemeinden alle Kosten aufbürden möchte. Die Folge würde sein, daß die Städte die Schulen bezahlen und die reichen Bauern billige Schulgelegenheit für ihre Kinder hätten. Er forderte eine Aufhebung des Gesetzes von 1878. Einige Lothringer Abgeordnete und der Abgeordnete Dr. Vau sprachten für den Antrag. Schließlich brachte der Abgeordnete Winterer einen Antrag ein, der die Regierung auffordert, das Gesetz von 1878 dahin abzuändern, daß die Gemeinden für ihre höheren Schulen zu einer billigen Leistung herangezogen werden; bis zum Erlaß dieses Gesetzes soll die Regierung bei Neugründung von Schulen in Lothringen der finanziellen Lage der Gemeinden Rechnung tragen. Zuguterlegt wurden beide Anträge vertagt.

Von so kräftigsten Geschäftspunkten aus behandelt man in Elsaß-Lothringen die Schlußfrage. Von der Uebernahme der gesamten Schullasten auf den Staat ist in dem sozialistischen Reichsparlament des Reichslandes natürlich keine Rede.

### Ein Freisinnblatt für die Dreiklassenwahl.

Der Erfolg, den die Sozialdemokratie am 3. Juni zu verzeichnen hatte, scheint auch den zum Verbands der freisinnigen Presse gehörenden „Posener Neuesten Nachrichten“ schwer im Magen zu liegen. Dabei äußert sich auch wieder einmal die reaktionäre Tendenz des in ruhigen Zeiten auf Arbeiterabkennungen ausgehenden Blattes. In einem Leitartikel über den Ausfall der Wahl macht sich folgende verhaltene Wut über die sozialdemokratischen Siege bemerkbar:

„Diese Erscheinung, die den übrigen Parteien ebenso wie der Regierung zu denken gibt, kommt allerdings in den Wahlergebnissen nur zum kleinsten Teil zum Ausdruck. Durch die Dreiklassenwahl ist dafür gesorgt, daß die sozialdemokratischen Wäuer nicht in den Himmel wachsen.“

Also unumwunden wird hier von einem freisinnigen Blatte Biemercher Couleur mit Genugtuung konstatiert, daß das Klassenwahlrecht ein Mittel gegen das Eindringen der Arbeitervertreter in das preussische Abgeordnetenhaus ist!

### Teuerungszulagen für städtische Beamte.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung in Posen bewilligte für die städtischen Beamten und Lehrer, die ein Einkommen von weniger als 3000 M. pro Jahr haben, als Teuerungszulage die Summe von 65 000 M. Die Zulagen sollen in Stufen von 100, 80 und 60 M. zur Verteilung kommen. Die städtischen Arbeiter aber, die noch nicht die Hälfte des hier angenommenen Mindestgehaltes haben, gehen, wie das fast immer der Fall ist, leer aus.

### Schneller Prozeß?

Die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Fürsten Eulenburg ist, wie das „Berl. Tagebl.“ erfahren haben will, in etwa vierzehn Tagen bis drei Wochen zu erwarten. Die Hauptverhandlung findet in der am 18. Juni beginnenden Schwurgerichtsperiode beim Landgericht Berlin I statt. Dem Fürsten Eulenburg, der sich noch in der Charité befindet, ist die Anklageschrift, wie schon gemeldet, am Freitag Abend zugestellt worden. Die Anklage lautet auf Verrat.

### Oesterreich.

#### Die Wärmund-Affäre.

Wien, 10. Juni. Die Wärmund-Affäre scheint nunmehr beigelegt zu sein. Die Regierung wird, wie bereits gemeldet, das Sommersemester, ohne daß die Studenten darunter leiden, vorzeitig schließen. Das gerichtliche Verfahren gegen Professor Wärmund wird eingestellt; derselbe darf im Herbst seine Lehrtätigkeit ungehindert fortsetzen. In freisinnigen Studentenkreisen beginnt sich bereits die Anschauung Bahn zu brechen, daß unter dem gegenwärtigen Stande der Verhältnisse eine Fortdauer des Streiks der Studenten nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

### Schweiz.

#### Ein deutsch-schweizerischer Zollkrieg?

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die kürzlich in Zürich stattgefundene Konferenz von Vertretern der deutschen und schweizerischen Mülerei und der beiderseitigen Zollbehörden ist resultatlos verlaufen, indem die deutschen Vertreter ein Eingehen auf die Auffassungen und Wünsche der schweizerischen Vertreter ablehnten. Diese betrachten die Zollvergütung von 2,40 Frank pro Doppelzentner Weizenmehl erster Qualität, welche die deutsche Regierung den deutschen Müllern gewährt, als unvereinbar mit dem deutsch-schweizerischen Handelsvertrag, während die deutschen Vertreter diese Ausfuhrvergütung als zulässig erachteten. Da nun die schweizerischen Müller ihre Wünsche nicht durchsetzen konnten, beilegt sie sich, sofort eine Eingabe an den Bundesrat zu richten, durch die er veranlaßt werden soll, zu dem schweizerischen Weizenmehl von 2,50 Fr. einen Zuschlag von 2,40 Fr., also in der Höhe der deutschen Ausfuhrvergütung zu beschließen, um diese unwirksam zu machen und denselben sofort in Kraft zu setzen, also einen Gesamtzoll von 4,90 Fr. pro 100 Kilogramm zu erheben.

Dagegen wenden sich nun mit aller Entschiedenheit die Arbeiter- und Konsumgenossenschaftspresse. Es wird den schweizerischen Müllern vorgehalten, daß sie in der Tat hinter dem technischen Stande der deutschen Mülerei zurückgeblieben sind, daß ihre Mühle alte Mühlen zu teuren Preisen gekauft haben, um sie stillstehen zu lassen, womit sie ihr Konto schwer belasteten und daß sie unter diesen Umständen bereits mehrfach die Weizenpreise empfindlich erhöhten, die nicht durch die Lage des Getreidemarktes gerechtfertigt waren. Gegenüber der lächerlichen Behauptung, daß die deutschen Qualitätsmehle minderwertig seien gegenüber den schweizerischen, wird nachgewiesen, daß erstens die schweizerischen Müller selbst in ihrer Eingabe an den Bundesrat die deutschen Mehle als erstklassige bezeichnen und daß sie zweitens selbst schon große Quantitäten deutschen Mehles gekauft und an ihre Kunden als „eigene feinste Produkte“ zu wesentlich höheren Preisen, also mit fettem und mihelosem Gewinn geliefert haben.

Die schweizerischen Müller haben sich durch ihre wucherische Syndikatswirtschaft und durch ihre verfehlten Syndikatspekulationen selbst in die Zwangslage gebracht, in der sie nun heulen und es kann nicht den Konsumenten zugemutet werden, durch Wucherpreise in Form empfindlicher Brotteuerung, den gutmütigen Mehlern zu spielen. Durch den Zusammenbruch der Syndikatswirtschaft würde weder die schweizerische Mülerei noch das schweizerische Vaterland ruiniert werden, sondern nur die lautierte Gierlichkeit gezeigter Spekulant, und darum ist es nicht schade. Auf jeden Fall sollte durch diese Vorgänge die Weizenproduktion durch die Konsumgenossenschaften gefördert werden, die mit ihren etwa 1/2 Millionen Konsumenten schon einen bedeutenden Teil der Gesamtzahl der schweizerischen Konsumenten ausmachen und sehr leicht im Laufe kurzer Zeit diese Zahl verdoppeln können.

So dürfte denn auch der leichtfertige und eigennützige Versuch der schweizerischen Müller, mit Deutschland einen Zollkrieg herauszufechten, der gerade jetzt in der Krise geradezu verheerend wirken müßte, erfolglos bleiben. Die Interessen der 8 400 000 Konsumenten stehen unvergleichlich höher, als die einiger Dutzend Kapitalisten der Mülereiindustrie.

### Ein Getreideeinfuhrmonopol.

Bern, 10. Juni. Im Nationalrat wurde ein Antrag gestellt, wonach der Bundesrat prüfen soll, ob nicht dem Bund das ausschließliche Recht zu übertragen sei, die zur Brotverföhung des Landes dienenden Getreidearten und Mehle einzuführen.

### Frankreich.

#### Ein Protest gegen den Arbeitermord.

Paris, 10. Juni. Der Verband der Bauarbeiter ließ heute nacht einen Aufruf anschlagen, in welchem alle

Bauarbeiter aufgefordert werden, sich abends zu versammeln, um angesichts des Vorgehens der Regierung gegen die Ausständischen von Digneux ernste Beschlüsse zu fassen. Man glaubt, daß es sich um die Ausführung eines 24- oder 48stündigen Gesamtaustrandes handelt.

### Italien.

#### Studentenunruhen.

Napel, 10. Juni. Die Heilige Universität war gestern der Schauplatz erster Unruhen. Seit mehreren Tagen sind die Studierenden der Pharmacie sehr aufgebracht wegen eines dem Parlament vorliegenden Gesetzes, welches angeblich ihren Interessen zuwiderläuft. Sie veranstalteten mehrere Protestversammlungen und beschloßen, als ihren Wünschen nicht entsprochen wurde, die Schließung der Universität herbeizuführen. Sie drangen in das Gebäude der juristischen Fakultät ein und demolierten dort selbst alles, was nicht niet- und nagelfest war. Die Juristen versuchten die Eindringlinge aus dem Gebäude wieder herauszubringen; hierbei kam es zu einem Handgemenge, wobei mehrere Studenten verletzt wurden. Die Vorlesungen wurden vertagt und die Universität vorläufig geschlossen.

### Portugal.

#### Eine Verschwörung.

Lissabon, 10. Juni. „Central News“ meldet aus Lissabon: Die Polizei hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es handelt sich um ein neues Komplott gegen die königliche Familie. Der 10. Juni war zur Ausführung des Anschlages ausersehen. Die republikanische Partei soll bei dem Komplott kompromittiert sein. Ein bekanntes Organ dieser Partei soll bedeutende Gelder den Verschwörern zur Verfügung gestellt haben. Die Mehrzahl der Redakteure republikanischer Blätter wurde verhaftet. In einem verlassenen Hause in der Nähe von Lissabon wurde eine Bombenfabrik entdeckt.

### Rußland.

#### Die Begrüßung des englischen Königs.

Reval, 10. Juni. Der Zar brachte folgenden Trinkpruch auf König Eduard aus: Mit den Gefühlen tiefster Verehrung und Freude heiße ich Eure Majestät und ihre Majestät die Königin in den russischen Gewässern willkommen. Ich vertraue, daß diese Bewegung, indem sie die mannigfachen und starken Bande, welche unsere Völker verbinden, von neuem befestigt, den glücklichen Erfolg haben wird, unsere Länder enger zusammenzuführen, und daß sie die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt fördern wird. Im Laufe der letzten Jahre sind verschiedene Fragen von gleicher Bedeutung für Rußland und England durch unsere Verhandlungen in befriedigender Weise geordnet worden. Ich bin sicher, daß Eure Majestät den Wert dieser Vereinbarungen ebenso hoch schätzen wie ich, denn trotz ihrer begrenzten Ziele können sie nur dazu beitragen, zwischen unseren beiden Ländern die Gesinnung gegenseitigen guten Willens und Vertrauens zu verbreiten.

Der König von England erwiderte: Eure Majestät danke ich herzlich für die herzliche Weise, in der Sie uns in den Gewässern der Ostsee willkommen heißen, und für die gütigen Worte, mit denen Sie unsere Gesundheit ausgedrückt haben. Ich habe die glücklichsten Erinnerungen an den Willkomm, den ich bei Gelegenheit meiner früheren Besuche in Rußland von Seiten Ihres erhabenen Großvaters, Ihres geliebten Vaters und Eurer Majestät selbst gefunden habe, und es ist eine Quelle aufrichtiger Dankbarkeit für mich, daß ich diese Gelegenheit habe, mit Euren Majestäten wieder zusammen zu sein. Ich unterschreibe von ganzem Herzen jedes Wort, das Eure Majestät im Hinblick auf die kürzlich zwischen unseren beiden Regierungen geschlossene Uebereinlunft gesprochen haben. Ich glaube, daß sie dazu dienen wird, die Bande, welche die Völker unserer beiden Länder vereinen, noch enger zu knüpfen, und ich bin sicher, daß sie in der Zukunft zu einer befriedigenden und freundschaftlichen Regelung einiger wichtiger Fragen beitragen wird. Ich bin überzeugt, daß sie nicht nur dazu dienen wird, unsere beiden Länder näher zusammenzuführen, sondern daß sie auch sehr wesentlich die Aufrechterhaltung des allgemeinen Weltfriedens fördern wird. Ich hoffe, daß dieser Begegnung in kurzem eine andere Gelegenheit folgen wird, mit Eurer Majestät zusammen zu treffen.

### Russische Grenel.

Die Sozialdemokraten haben in der Duma eine Interpellation über die Schreckensherrschaft in den Ostseeprovinzen eingebracht, die die Tätigkeit der adligen und zarischen Penkernichte an der Hand eines reichhaltigen Tatsachenmaterials eingehend beleuchtete. Die Aufzählung der Schandthaten umfaßt nicht weniger als 48 Druckseiten! Hier einige Auszüge:

„Im ganzen wurden — nach unseren bei weitem nicht vollständigen Daten — von Ende Dezember 1905 bis 1.14. Juni 1906 von den Strafexpeditionen der Generale Orlov, Weforawow, Werschinin, Wendt, Solonina u. a., bloß im lettischen Teil der Ostseeprovinzen ohne Gericht und Untersuchung, ohne jeglichen Anlaß, erschossen, gehängt und getötet — 1170 Bauern (Gesindewirte und Knechte) und verbrannt mehr als 300 Bauernhöfe, die samt dem Mobiliarvermögen einen Wert von zwei Millionen Rubel repräsentierten. Die Zahl der Personen, die körperlichen Züchtigungen verurteilt der Knute oder Ruten unterworfen wurden, konnte nicht genau festgestellt werden, sie übersteigt aber jedenfalls die Zahl der Getöteten um das Vielfache...“

„Beim Beginn der ersten Dumasession stehen die ungeschlichen Handlungen der Strafexpeditionen und Administration etwas nach, allein nach der Auflösung der Duma standen die Morde und Exekutionen wieder auf der Tagesordnung. Seit der Mitte des Jahres 1906 kamen zu den Morden die Folterungen, um die Bevölkerung einzuschüchtern und Auslagen zu ersparen, die für die Auslieferung der Betroffenen an das Kriegsgericht und die Hinrichtung derselben genügt. Die Hinrichtungen selbst konnten nun dank Einführung der Kriegsgerichtsbarkeit bereits in gesetzlicher Form vor sich gehen. Indessen vermochte die Folterungen häufig nicht, die Gefangenen zu zwingen, nicht vollbrachte Verbrechen auf sich zu nehmen. Man begann darum neben den Hinrichtungen laut dem Urteil der Kriegsgerichte Leute „beim Versuch zu erschließen“ zu erschließen, das heißt die Gefangenen ohne Gericht und Untersuchung einfach hinauszuführen und niederzuschießen.“

„Während der zweiten Duma, und insbesondere nach der bekannten Interpellation über die Folterungen in den Inquisitionsräumen der Ostseeprovinzen, ließen die Folterungen und Hinrichtungen bedeutend nach, obwohl sie auch damals nicht völlig verschwanden. Allein nach der Auflösung der zweiten Duma setzten sie ohne jeden Anlaß mit neuer Macht wieder ein.“

Die Interpellationen schloßen hierauf die Folterungen, die im gerichtlichen Rigaer „Museum“ vorgenommen wurden, Alles, was von der Junkerpresse höhnisch als „Mäuergeschichten“ bezeichnet wurde, — das Draten der Gefangenen auf glühenden Platten, das Bermalmen der Kinnbacken, das Zusammenpressen der Gesichtszüge u. dgl. — wird in der Interpellation auf Grund reichhaltigen Materials vollkommen bestätigt. Noch mehr. Die Interpellanten weisen nach, daß ähnliche Folterungen auch auf dem Gute Prekulin (Kurland) systematisch vorgenommen wurden, und zwar unter der Leitung des jüngeren Kreisgerichtssekretärs Semenow, Baron Schröders und Herrn v. Weides.

mamm. Auf Grund der auf diesem Wege erzielten Aussagen wurden im Jahre 1897 in den Ostprovinzen zum Tode verurteilt 350 Personen und zur Zwangsarbeit mehr als 400 Personen.

Das geschilderte Bild wäre unvollständig, wenn nicht noch die Ergebnisse der „regulären“ Tätigkeit der Administration angeführt wären. Vom 1./14. Januar 1900 wurden von „gewöhnlichen“ Kriegsgerichten zum Tode verurteilt mehr als sechs-hundert Personen, und zur Zwangsarbeit etwa 1500 Personen. Während desselben Zeitraums wurden von den lettischen Bauern wegen verschiedener Verbrechen, die im Bereich des Bezirks von unbekannten Personen begangen wurden, mehr als 100 000 Rubel an Strafen ausbezahlt. Die administrativen Ausweisungen stiegen endlich während dieser Zeit ins Unendliche und führten in verschiedenen Orten zu einem fühlbaren Mangel an Arbeitskräften. So wurde in Ostasienberg (Kreis Riga) mehr als die Hälfte der erwachsenen männlichen Bevölkerung ohne Angabe des Grundes ausgewiesen. —

#### Unverantwortliche Großfürsten.

Petersburg, 9. Juni. In der heutigen Sitzung verhandelte die Duma den Etat des Kriegsministeriums. Der Referent Gutschkow (Oktobrist) wies unter anderem darauf hin, das Kriegsministerium habe den richtigen Weg für Reformen eingeschlagen, doch gehe es diesen Weg langsam. Der Grund der herrschenden Disharmonie wäre unter anderem der Umstand, daß mehrere dank ihrer Herkunft unverantwortliche Großfürsten Chefs verschiedener Zweige des Militärapparats seien. Die äußerste Rechte legte Widerspruch gegen weitere Reden ein, die Mitglieder des Kaiserhauses betrafen. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

#### Ein Erzbischof getötet.

Upps, 10. Juni. Der Erzbischof von Grusten, Erzbischof Nilon, ist heute auf der Treppe des Synodalgebäudes durch mehrere Revolverkugeln getötet worden. Der ihn begleitende Klosterbruder wurde schwer verwundet. Die Mörder entkamen.

#### Finnland.

##### Das bedrohte Finnland.

Helsingfors, 10. Juni. Hier herrscht wegen der angekündigten Einschränkung der Autonomie Finnlands große Erregung. Der Senat ist entschlossen, äußersten Widerstand zu leisten, so daß wahrscheinlich eine Auflösung des Landtages und selbstherrliche Einführung eines neuen Wahlgesetzes erfolgen wird.

#### Marokko.

##### Mulay Hafid in Fes.

Nachrichten aus dem Innern zufolge ist Mulay Hafid am Sonnabend mit großem Pomp in Fes eingezogen. Er will ein bis zwei Wochen in Fes bleiben und hat die Absicht, sodann mit einer großen Truppenmacht sich gegen Tanger zu wenden.

#### Amerika.

##### Das republikanische Wahlprogramm.

London, 10. Juni. Die Hauptpunkte der republikanischen Plattform, die nächsten Dienstag in Chicago angenommen werden soll, sind folgende: Tarifrevision, Währungsreform, Vermehrung der Flotte, Erhaltung der Landmacht, Förderung des Handels, Unterstützung der Postdampferlinien und Regelung des Korporationswesens.

## Aus der Partei.

Der Verkauf sozialdemokratischer Zeitungen war bisher bei den badischen Bahnhofsbuchhandlungen nicht zugelassen. Auf eine Anfrage des Genossen Dr. Frank in der badischen Kammer erklärte am Sonnabend Minister Marschall, daß die Regierung bisher keine Veranlassung hatte, ein Verbot des Verkaufs sozialdemokratischer Zeitungen zu erlassen.

Während Regierung und seine sonstigen Reaktionen werden sich voll fittlicher Entrüstung schütteln.

Genosse Vollmar erkrankt. Genosse Vollmar, der seit längerer Zeit schon leidend ist, der aber trotzdem nach Kräften sich an der Landtagsarbeit beteiligt hatte, ist, wie der „Münchener Post“ aus Solingen gemeldet wird, am ersten Tag seiner Ankunft dort, am vergangenen Sonnabend, wieder schlimmer erkrankt. Er hat hohes Fieber mit starken Schmerzen in Brust und Rücken. Nach Ansicht der Ärzte handelt es sich um einen Infektionsanfall. Genosse Vollmar wird daher für die nächsten Wochen leider nicht aktionsfähig sein.

Nach einem Telegramm der „Frankf. Bzg.“ haben die Ärzte Augenentzündung festgestellt. Hoffentlich gelingt es der Heilkunst, den Kranken in Bälde wieder herzustellen.

Der Kongreß der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs ist am 7. Juni zu Krakau zusammengetreten. Er ist von 123 Delegierten besetzt. Als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs ist Abgeordneter Winarsky, als Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie Abgeordneter Dr. Winter, als Vertreter der ruthenischen Sozialdemokratie Abgeordneter Witzl sowie Genosse Dr. Nowakowski erschienen; außerdem Vertreter beider Fraktionen der polnischen sozialistischen Partei in Rußland und der polnisch-litauischen Sozialdemokratie.

Der Kongreß wurde vom Genossen Wisiolek eröffnet, worauf zu Vorsitzenden die Genossen Diamand, Hudac und Reger gewählt wurden.

Sodann überbrachte Abgeordneter Witzl die Grüße der ruthenischen Sozialdemokratie. Er erinnert an die von wahrhaft internationaler Gesinnung erfüllte Rede Daszynski in der galizischen Debatte und spricht die Hoffnung aus, daß das brüderliche Einvernehmen zwischen polnischen und ruthenischer Sozialdemokratie auch in Zukunft fortauern werde.

Abgeordneter Winarsky begrüßte den Kongreß namens der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs. Zahlreiche Bande verbinden das deutsche und polnische Proletariat Oesterreichs. Die Unterdrückung des galizischen Volkes sind die Stützen der österreichischen Reaktion. Alle Schandthaten, die in Galizien begangen wurden, konnten bisher die Bourgeoisparteien noch nicht dazu veranlassen, endlich gegen die Mörder aufzutreten. Nur das Proletariat Oesterreichs ist sich seiner Pflicht bewußt, seinen unterdrückten Brüdern in ihrem schweren Kampfe zu helfen.

Hg. Dr. Winter brachte die herzlichsten Grüße der tschechischen Sozialdemokratie für die polnische Bruderpartei aus. Dann erstattete Dr. Nowakowski den Bericht über die Tätigkeit der Partei.

Der aufgelöste Kongreß der böhmischen Sozialdemokratie. Ueber die Auflösung des Kongresses wurde der „Wiener Arbeiterzeitung“ aus Sarajewo vom 7. Juni telegraphiert: Der Kongreß der böhmischen Gewerkschaften wurde heute nach anderthalbstündiger Dauer aufgelöst. Als ein Genosse eine Resolution beantragte, in der gegen die Abweisung der auswärtigen Delegierten protestiert werden, sprang der Regierungsvertreter u. A. indes auf und erklärte den Kongreß für aufgelöst. 20 Polizisten zu Fuß und 10 Reittiere marschierten vor dem Arbeiterheim auf und drohten zu schreiten, wenn der Kongreß nicht auseinandergehe. Der Regierungskommissar Prodnik, bei dem das Präsidium beschwerde führte, lobte noch den brutalen Schergenstreich seines Untergebenen.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die vorläufige Polizei. Am Sonnabend Abend hatten sich in Halle a. S. am Rastort zahlreiche Parteigenossen eingefunden, um den Genossen Thiele vom „Vollstätt“ bei seiner Entlassung aus dem Gefängnis zu begrüßen. Ueber die Erfahrungen, die sie dabei mit der Polizei machen mußten, berichtet das „Vollstätt“: „Obwohl die Straße dort zu den verkehrsreichsten gehört und die berühmte „öffentliche Ordnung“ nicht im geringsten durch die ruhig Wartenden gestört werden konnte, wurde telephonisch Polizei herbeigerufen, die dann auch schnellstens, zum Teil im Laufschritt, an der bedrohten Stelle erschien unter Leitung des Polizeikommissars Goldmann. Zuletzt mögen dreißig oder noch mehr Polizisten dagewesen sein. Herr Goldmann begnügte sich nun nicht etwa damit, daß er den Fahrdamm und den Fußweg für den Verkehr frei hielt, im übrigen aber die Wartenden gewähren ließ, sondern er forderte alle Dastehenden auf ihren Wege zu gehen. Der diesem Befehl nicht sofort nachkam, dem wurde die Sistierung angekündigt. Manche der Polizisten nahmen sich ihrer Aufgabe mit einem Eifer an, als sei der preussische Staat aufs alleräußerste gefährdet. Herr Goldmann wollte sogar der Frau unseres Kollegen Thiele das Warten verbieten. Damit hatte er allerdings kein Glück. . . . Das ging fast eine Stunde so fort, bis endlich nach 1/2 Uhr statt um 8 Uhr die Entlassung Thieles erfolgte. . . . Wenige Minuten nach der Entlassung war die „Ruhe und Ordnung“ wieder vollständig hergestellt, und im Vollstätt wurde die Wiederkehr in gemüthlicher Runde gefeiert. . . .“

Strafkonte der Presse. Wegen Verleumdung eines Fabrikanten wurde Genosse Geyer von der „Freien Presse“ zu Elberfeld zu 20 M. Geldstrafe, der Genosse Wille, Berichtserstatter der „Freien Presse“ in Selbst, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

## Soziales.

Das Elend der böhmischen Glasarbeiter. Im letzten Heft des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ illustriert Friedrich Gaertner die Lage der Glasarbeiter in der böhmischen Schleierindustrie. Das Rohglas, das in den über ganz Böhmen zerstreuten Glasbläsen erzeugt wird, erfährt seine Raffinierung durch eine Verlagsindustrie. Die Verleger sind Händler; sie kaufen das Rohglas, lassen es durch die Hausindustrie veredeln und besorgen den weiteren Vertrieb. Von etwa 90 Verlegern sind circa 8800 Arbeiter abhängig. Man unterscheidet gewöhnliche „Schleifer“ und höher qualifizierte „Kugler“. Besonders die Arbeitsbedingungen der Schleifer sind die denkbar ungünstigsten. Der Schleifer befindet sich mit dem Oberkörper in heißer, mit den Füßen in kalter Luft, der Raum ist mit Glasstaub wie mit Nebeln erfüllt. Dementsprechend sind die Sterblichkeitszahlen groß. Auch in den Familien der Glasarbeiter sind die Gesundheitsverhältnisse sehr schlecht. Während die Mortalität vor dem vollendeten zweiten Lebensjahre bei den Kindern der andern Arbeiterkategorien 43 Proz. ist, steigt sie bei den Schleifern auf 53 Proz. Von 100 Schwangeren führen bei den Glasarbeitern nur 55 Proz. zu Kindern, die das dritte Lebensjahr erreichen. Höher als in andern Berufen ist auch die Mortalität im vorgeschrittenen Alter. Die Gefahr der Glasarbeiter ist die Zuckerkulose. Es entfiel auf die Zuckerkulose von 100 Sterbefällen:

|                         | Männer     | Frauen     |
|-------------------------|------------|------------|
| Schleifer . . . . .     | 75,0 Proz. | 88,8 Proz. |
| Kugler . . . . .        | 29,16 „    | 17,16 „    |
| Fremde Berufe . . . . . | 22,6 „     | 20,5 „     |

Das Einkommen ist besonders bei den Schleifern geringfügig. Ein ständig beschäftigter Arbeiter, das heißt ein Arbeiter in besonders günstigen Verhältnissen, pflügt 8—16 Kronen gleich 6,80 bis 13,60 M. in der Woche zu verdienen. Die Lebensmittelpreise sind dabei im Glasbläsengebiet Böhmens höher als selbst in Wien. Abhilfe gegen diese Mängel könnte nur ein allgemeines umfassendes Heimarbeitergesetz schaffen.

## Gewerkschaftliches.

### Strafpolizeiverordnung gegen Vohltzettelvertheiler.

Das ist das neueste im Polizeikampf gegen die organisierte Arbeiterschaft. Genosse Förster verteilte am 27. Oktober 1907 auf der Ohlauer Chaussee bei Breslau Flugzettel, die die Aufforderung enthielten, ein Solal in Tschansch zu meiden, weil der Wirt seinen Saal zu Versammlungen nicht hergebe. Zwei politische Gegner waren darüber erbost und beschwerten sich beim Gendarm. Sie erklärten sich belästigt zu fühlen. Der Gendarm forderte nun Förster auf, sich zu entfernen und das Verteilen der Zettel auf der Chaussee zu unterlassen. F. ging langsam weiter, gab aber doch von Zeit zu Zeit Vohltzettel an Passanten ab. Er wurde angehalten und in zweiter Instanz vom Landgericht Breslau wegen Uebertretung der Regierungs-Polizeiverordnung vom 28. Juni 1900 zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er trotz des Befehls des Gendarmen, der zur Erhaltung der Leichtigkeit, Bequemlichkeit und Sicherheit des Verkehrs ergangen sei, das Verteilen der Vohltzettel auf der öffentlichen Straße (Chaussee) nicht eingestellt habe. Die Verordnung verlangt, daß unbedingt Folge zu leisten sei solchen Anordnungen der Sicherheitsbeamten, die zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung, Sicherheit, Leichtigkeit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen usw. ergoßen. Das Landgericht erachtete die Verordnung für anwendbar, nachdem es das Vorliegen groben Unfuges (§ 388 Nr. 11 des Strafgesetzbuches) und ein unentgeltliches Verteilen im Sinne des § 10 des preussischen Preßgesetzes verneint hatte. (F. hatte vom „Auftraggeber“ 50 Pf. Entgelt erhalten.) Das Kammergericht verwurft die Revision des Angeklagten mit einem Hinweis auf seine bekannte Praxis in Bezug auf Streikposten. Die Allmacht des Schutzmannes und Gendarmen, welcher behauptet, er handele „zur Erhaltung der Sicherheit oder Bequemlichkeit des Verkehrs“, erscheint also in neuer Variation im schönsten Glanze. Auch damit werden wir uns abfinden.

### Berlin und Umgegend.

#### Amisblatt-Weisheit.

Im „Wilhelmshavener Tageblatt“ (3. Juni) liest man unter der Stichmarke „Wohlthäter“ folgendes:

Wie die unlängst veröffentlichten Feststellungen ergeben haben, hat der Streik im Baugewerbe Groß-Berlins im vorigen Jahre die gewaltige Summe von 20 Millionen Mark gekostet, das heißt, soviel ist während der Zeit an Löhnen für die Arbeiter weniger gezahlt worden. Allein der Bauereistreik hat eine Lohnsenkung von fast 3 Millionen Mark gebracht. Das ist ein klägliches Mißerfolg des mit großem Tamtam ins Werk gesetzten Streiks. So steht also die „Wohlthat der höheren Löhne“ aus, welche die als Führer wirkenden sozialdemokratischen „Vollstätt“ erzwingen wollten. Armes, verblendetes Volk, das noch immer töricht genug ist, dieser Sorte von „Wohlthät“ gedankenlos zu folgen! Wieviel Not und Elend in den Familien wäre verhütet worden, wenn der unselige Streik unterblieben wäre! Wieviel empfindliche Verluste haben die Geschäftsleute dadurch erlitten, daß die Millionen an Löhnen nicht gezahlt, also auch nicht umgesetzt wurden! Zu den materiellen Schädigungen kommt die große sittliche Gefahr hinzu. Man bedenke, was es bedeuten will, daß ein an tägliche Arbeit gewöhnter Mann plötzlich monatelang tatenlos feiern muß. Wie leicht kommt er mit dem Strafgesetz und dem Staatsanwalt in Ver-

rührung. Aber er muß feiern — der Parteiführer hat verfügt! Es ist doch eine geradezu himmelschreiende innere Qual für einen ehrlichen Mann, der sich und die Seinen anständig ernähren will, wenn er nicht arbeiten darf, sondern auf Kommando hungern muß. Es heißt einfach: „Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“ Parierst du nicht, so siegst du!

Es ist nur notwendig zu konstatieren, daß die Arbeitsruhe durch eine Aussperrung erzwungen worden ist, um die Kritik an die richtige Adresse, an die der Unternehmer, zu richten. Der Schlaumeier, der die obige Weisheit verzapft, scheint der Ansicht zu sein, wenn nicht ausgesperrt worden wäre, dann hätten wir eine günstigere Baukonjunktur gehabt, es sei dann so viel gebaut worden, daß kein Lohnausfall zu verzeichnen sein würde. Stimmt das Rechengemmel des Amisblattredakteurs, dann hat das Unternehmertum ein ungeheures volkswirtschaftliches Verbrechen begangen. Wir sind gespannt darauf, wie die Aussperrtätigen gegen den Vorwurf sich verteidigen werden.

### Deutsches Reich.

Eine Konferenz für den Gau IX des Lederarbeiterverbandes fand zu Wipflingen in Offenbach a. M. statt. Anwesend sind 18 Delegierte aus 17 Orten, 8 Mitglieder des Gauvorstandes, Knappe, Berlin für den Zentralvorstand und Gauleiter Kuntlich als Vorsitzender. Der Geschäftsbericht erstreckt sich von 1904 bis 1908. Im Gau sind 15 000 Lederarbeiter tätig, von denen aber nur gegen 800 organisiert sind. Die Agitation ist im Gau sehr schwierig, die Fluktuation im Verbands- und in den Lederfabriken ungemein groß. Von 1899 Reuanahmen in der Berichtszeit sind nur 380 Mitglieder geblieben.

Die stärksten Hindernisse für die Ausbreitung der Organisation sind sozialer Natur. In Worms dominiert der bekannte Lederlöhner Freiherr von Gehl. Von 4000 dort beschäftigten Arbeitern sind keine 1000 organisiert. „Wohlfahrts-einrichtungen“ nach stummigem Muster, schlimmster Terrorismus und ärgste Gesinnungsriecherei haben ein Schmarotzertum großgezogen. Außerdem hält eine gute „Verbindung“ mit den Behörden die Arbeiter von der Organisation ab. — Vor den Toren der Hehlischen Fabrik wurden Flugblätter verteilt. Wöllisch erschien ein telephonisch herbeigerufener Schutzmann auf dem Plan, der einen der Flugblattverbreiter festnahm. Ein altes Gesetz von 1830 wurde ausgegraben, um den Mann in Strafe nehmen zu können. (Worms liegt im „liberalen“ Hessen!) — Einmal brachte die „Mainzer Volkszeitung“ einen Artikel über Mißstände bei Gehl. Anstatt die Mißstände abzuheben, fahndete die Fabrikleitung eifrig nach den Urhebern der Kritik. Vier „Verdächtige“ wurden zur Hofarbeit kommandiert, wo sie von den Kollegen als „Sünder“ angesehen wurden.

Im Taunus und in Industrieorten ländlicher Bezirke sind die Lederarbeiter vielfach kleine Besitzer, die den Lohn als Nebeneinnahme betrachten. Die Unternehmer benutzen das, indem sie ihre Produktion im Winter, wo sie billige Arbeitskräfte (für 15 Pf. die Stunde) haben können, ausdehnen und im Sommer einschränken. Dann sind diese Firmen auch in der Lage, infolge ihrer wirtschaftlichen Uebermacht die Behörden in ihrem Sinne zu beeinflussen, so daß das Menschennögliche geleistet wird, um die Hausagitation, Versammlungen und Besprechungen zu hintertreiben. So war das Bild im ganzen trüb, welches die Delegierten in den Berichten über die Lage in ihrem Verufe und den Stand der Organisation boten.

Angeregt wurde die Anstellung eines Ortsbeamten für Worms, um Einfluß auf den Hehlischen Betrieb zu gewinnen; außerdem soll der Gau in mehrere engbegrenzte Bezirke geteilt werden und eine demnach aufzunehmende Lohnstatistik soll die Unterlage für die in größerem Maßstabe einzuführende Agitation schaffen.

Achtung! Brauer. Die Differenzen in den Brauereien zu Eisenberg sind beigelegt. Am Sonnabend nachmittag fanden Verhandlungen statt, die mit einem Siege der Arbeiter endeten. Die Forderungen der Brauer wurden sämtlich erfüllt. Die Arbeit ist gestern Mittwoch aufgenommen und der Bierhohlfott wieder aufgehoben worden.

### Die 8. Konferenz des Verbandes der Isolierer und Steinholzleger Deutschlands.

Die 8. Konferenz der Isolierer und Steinholzleger Deutschlands wurde vom 7. bis 9. Juni im Volkshaus in Dresden abgehalten. Die Konferenz war besetzt, von 18 Jahlstellen durch 14 Delegierte. Von der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften war der Genosse Juppel delegiert. 6 Jahlstellen hatten keinen Delegierten entsandt. Nachdem in den beiden ersten Sitzungen die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt waren, wurde folgender Punkt erledigt: Die Einigungsverhandlungen mit dem Parteivorstand, der Generalkommission und den für uns bei der Verschmelzung in Betracht kommenden Gewerkschaften. Nach längerer Debatte wurde einstimmig beschlossen, bis zum 1. Juli aus der Freien Vereinigung auszutreten. Weiter erklärte sich die Konferenz im Prinzip mit 11 gegen 5 Stimmen für eine Verschmelzung mit dem Zentralverband der Brauer Deutschlands. Die Isolierer und Steinholzleger wollen in diesem Verbands eine besondere Sektion bilden. Sollten jedoch die von der Konferenz aufgestellten Bedingungen nicht akzeptiert werden, dann soll der Verband als selbständige Organisation bestehen bleiben und der Generalkommission angeschlossen werden. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Der wortbrüchige Schah wird übermüht.

London, 10. Juni. (W. T. B.) Einem Telegramm des Reuterschen Bureaus aus Teheran zufolge hat der Führer der unpopulären Hofpartei, Emir Bahadur, dessen Verbannung verlangt worden war, seine Funktionen bei Hofe am 7. Juni wieder aufgenommen! Fünf andere Mitglieder der Hofpartei, welche der Schah zu entlassen versprochen hatte, sind gleichfalls an den Hof zurückgekehrt! Von vierzehn Notabeln, welche sich am 7. Juni abends an den Hof begeben hatten, um dem Schah wegen des Bruchs seines Versprechens ernste Vorstellungen zu machen, wurden drei verhaftet, unter ihnen Buz es Sultan. Am selben Abend wurden die Telegraphenlinien durch Emir Bahadurs Mannschaften durchschnitten, die auch auf die Arbeiter feuerten, welche die Linien wiederherstellen wollten. Als der Schah davon hörte, mißbilligte er dies. — Einer telegraphischen Mitteilung vom 8. Juni zufolge wurden die drei verhafteten Notabeln weggeführt, wahrscheinlich nach dem Surgharpalast, zwölf Meilen von Teheran entfernt. Was die politischen Klubs und das Parlament anlangt, so haben sie noch keine Schritte getan, sondern unterlegen ernstlich, was zu tun sei. Die Stadt war heute völlig ruhig.

### Lotterieschwindel.

Budapest, 10. Juni. (W. T. B.) Der Inhaber eines Bankgeschäfts, Leopold Meier, welcher Lote auf Aktien verkaufte, die selbst aber niemals lieferten, wurde verhaftet und sein Geschäft geschlossen. Seine Betrügereien belaufen sich auf über 200 000 Kronen.

### Windhose.

Reichenberg, 10. Juni. (W. T. B.) Eine Windhose hat in der Umgegend von Semil große Verwüstungen angerichtet. Zahlreiche Häuser wurden abgedeckt, Fabrikhofen zum Einsturz gebracht. Die Weberei von Melich wurde völlig zerstört. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

## 19. Internationaler Bergarbeiterkongress.

Paris, 9. Juni.

## II.

Den Vorsitz führt Camendin-Frankreich.

Der Salzburger Kongress hatte fast einstimmig beschlossen, dem Internationalen Komitee aufzugeben, für eine einheitliche Regelung der Frage der Vertretung auf den internationalen Kongressen zu sorgen. Das Internationale Komitee schlägt folgende, von Sue begründete Resolution vor:

„Der Kongress erkennt für jedes Land nur eine Vertretung an. Wo in einem Lande mehrere selbständige Bergarbeiterorganisationen bestehen, da haben sich diese über eine gemeinsame Kongressdelegation zu verständigen. Sondervertretungen sind von der Teilnahme am Kongress ausgeschlossen. Jede Landesvertretung prüft zunächst provisorisch die Mandate ihrer Delegierten. Die endgültige Beschlussfassung über die Gültigkeit der Mandate ist das Recht des Kongresses.“

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Dann wird in die eigentliche Tagesordnung eingetreten und zunächst über die Frage der

## Vertretung der Arbeitszeit

verhandelt. Die Bergarbeiterföderation Englands legt folgende Resolution vor:

„Da der Widerstand gegen die Vorlage zur Einführung des Achtstundentages in der Bergwerksindustrie zunimmt, richten wir an die Mitglieder aller Nationen, die der Internationalen Föderation angehören, den Appell, noch größere Anstrengungen zu machen, um die Regierungen ihrer Länder unter Benutzung aller Mittel, die in ihrer Macht stehen, zu zwingen, den Achtstundentag für Bergleute einzuführen und nicht eher zu ruhen, bis der Achtstundentag from bank to bank (von der Oberfläche zur Oberfläche) in jedem Lande gesetzlich festgelegt ist.“

Begründet wird die Resolution von dem einflussreichen Führer der Bergarbeiter von Südwales William Brace, der Mitglied des Unterhauses ist. Für England ist, so sagt er, die Frage des Achtstundentages für die Bergarbeiter aus dem Stadium der akademischen Diskussion hinausgekommen. Die englischen Bergarbeiter stehen heute am Vorabend eines großen Sieges. Die Regierung hat dem Parlament ein Gesetz vorgelegt, das den Achtstundentag für die Bergarbeiter bringt und hoffentlich kann dem nächsten internationalen Kongress die Annahme des Gesetzes berichtet werden. Aber noch sind große Widerstände zu überwinden. Eine lästige Agitation gegen den Achtstundentag hat, genährt vom Gelde der Grubenlords, gegen die Vorlage eingesetzt. Schon bei den Wahlen sind ungeheure Summen von dieser Seite verwendet worden. Seht wieder überall Resolutionen fabriziert und Gemeindevorträge gegen den Achtstundentag mobil gemacht. Man behauptet, die Industrie werde ruiniert werden. (Rufe bei den Deutschen und Österreicher: Ganz wie bei uns!), der Kohlenpreis werde steigen usw. Aber das größte Alibi eines Volkes ist das Leben seiner Mitglieder, nicht das Interesse der Kapitalisten. Der Widerstand der Grubenbesitzer ist um so unberechtigt, als sie ein Jahr größter Prosperität hinter sich haben und die Bergwerke 40 bis 60 Proz. Dividende verteilt haben. (Hört! hört!) Die Bergarbeiter Englands sind aber entschlossen, die Vorlage durchzubringen. Der Achtstundentag ist für sie gewiß auch auf gewerkschaftlichem Wege zu erreichen. Aber sie glauben, daß für den Achtstundentag in Bergwerken so sehr die Interessen des ganzen Volkes sprechen, daß das Parlament ihn gesetzlich festlegen muß. Sollten freilich die Großkapitalisten die Verschleppung oder Verwerfung der Vorlage erreichen, dann würden die englischen Bergarbeiter auf direktem Wege den Achtstundentag erkämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Außer der englischen Resolution liegen nachfolgende Anträge vor:

Frankreich: „Wir sind der Überzeugung, daß es an der Zeit ist, Maßregeln zu treffen, um die Verwirklichung eines achtstündigen Arbeitstages „from bank to bank“ (von der Oberfläche bis zur Oberfläche) für alle Ober- und Untertagsarbeiter zu beschleunigen.“

Belgien: Die Dauer des Arbeitstages darf in Gruben mit normaler Temperatur acht Stunden „from bank to bank“ nicht überschreiten. Die Arbeitszeit darf höchstens sechs Stunden in Gruben betragen, in denen schlagende Wetter in großem Umfange vorkommen, oder die eine hohe Temperatur aufzuweisen haben. Diese Arbeitszeit sollte auch in den Gruben herrschen, in denen die Feuchtigkeit die Gesundheit der Arbeiter schädigt.

## Kleines feuilleton.

Eine Petition der russischen Mohammedanerinnen. Es scheint fast, als ob alles Verbesserungsbedürftige noch schlechter wird, sobald es Rußlands Boden betrifft. Für die Frau ist der Mohammedanismus gewiß nicht die Religionsform, in welcher sich ihre Fähigkeiten frei entwickeln könnte; aber die russischen Mohammedanerinnen beneiden ihre Schwestern in der Türkei, Arabien und Ägypten um ihre glückliche Stellung. Eine große Anzahl von Frauen aus der russischen Provinz Orenburg, die lauter Mohammedanerinnen sind, haben an die mohammedanischen Dumaangeordneten eine Petition gerichtet, die nichts ist als ein einziger langer Hilferuf. In der Petition heißt es unter anderem: obgleich unsere Religion und der Koran uns befreit haben aus unwürdiger Knechtschaft, halten uns unsere Männer doch in Bedrückung und zwingen uns zur Erfüllung ihrer Rassen. Unser Gesetz erlaubt den Frauen, die Moschee zu besuchen, nach Mekka zu pilgern, Geschäfte abzuschließen, Wechsel zu unterschreiben und barmherzige Schenkungen zu werden. In Arabien haben Mohammedanerinnen Gesellschaften gegründet, Spitäler gebaut und Bäder geschrieben. Wir aber dürfen nicht einmal den Koran lesen. Wir sind in unseren vier Mauern eingesperrt und unsere Männer können sich so viel Lieblingsfrauen nebenher halten als sie wollen. Wir sterben meistens infolge der vielen Arbeit jung und unsere Männer sitzen in den Kreisen mit Frauen, die alle Frauenwürde längst vergessen haben. Es ist eure Pflicht, Abgeordnete, für uns einzutreten. Wir sind die Mütter der Masse und die Freunde der Männer. Wenn aber die Männer ihr Verhalten nicht ändern, dann werden auch sie zu Sklaven werden und unsere Rasse wird zugrunde gehen.

Man sieht, es wittert überall, in allen Kontinenten in der Bewegung der Frauen.

## Theater.

Deutsches Theater. Sommergastspiel. Die Drett'Is. prägnant. Vaudeville, Musik und Text von Georg Verö. Die Bühne Reinholdts wird sich für die Sommermonate in eine Art Metropoltheater verwandeln. Das ungarische Singpiel ist, ähnlich wie dort die Revuen, nur ein Vorwand, der Gelegenheit zu möglichst bunten glänzenden Kostümparaden und zum Aufspielen eines Variétésternes bietet. Die Firmen, die sich durch Lieferung von Kostümen, Sportkleidern und Fahrträdern um dies Werk der Kunst verdient gemacht, figurieren gleich Hauptakteuren auf dem Theatergetreide. Und je größere Zumutungen der Dichter an die Phantasie der Garderobekünstler stellt, um so bescheidener sind seine Ansprüche an die eigene Erfindungskraft. Was er an Geist bei seinen Monte-Carlo-Geldern abspart, legt er ihnen dafür an Barem zu. Der Herr Graf, dem seine Tante, die ehemalige Drett'Is, drei Alte lang in allen möglichen Torsellen aufsetzt, bis er sie heiratet, zahlt hunderttausend Franc, seinen ganzen Tagesverdienst an der Spielbank, für einen gestohlenen Familien-

Deutschland und Oesterreich: Durch die Landesgesetze ist die Schichtzeit für alle Arbeiter in der Bergwerksindustrie auf höchstens acht Stunden zu beschränken. In den unterirdischen Betrieben ist bei hoher Temperatur nur eine höchstens sechsstündige Schicht zu gestatten.

Quintin (Norddepartement) begründet den französischen Antrag, der sich etwas von dem englischen unterscheidet; denn in Frankreich wurde 1905 ein Gesetz, die lex Boudinot, angenommen, die die Arbeitszeit in den Gruben verkürzt. Dies Gesetz mit seinen vielen Ausnahmeregelungen ermöglicht den Unternehmern, den Arbeitern jedoch Ueberstunden aufzudrängen, daß diese die Regel bilden. Dank der gewerkschaftlichen Agitation hat die Kammer jetzt dem Senat eine neue Vorlage unterbreitet, die als Abschlagszahlung gelten kann und für bestimmte Kategorien von Arbeitern die Arbeitszeit verkürzt. Deshalb wird sie nicht nur von den Handelskammern, dem Kapital und der kapitalistischen Presse bekämpft, sondern auch von den „gelben“ Gewerkschaften, die eine besondere Protektion auf den Senat gesendet haben. Trotzdem werden die französischen Bergarbeiter solange kämpfen, bis sie den Achtstundentag einschließlich Ein- und Ausfahrt errungen haben. (Bravos!)

Carolim-Oesterreich begründet den Antrag Deutschlands und Oesterreichs, dem er den Vorrang vor den übrigen Anträgen gibt. Der englische Antrag schließt die Oberarbeiten von der Forderung des gesetzlichen Achtstundentags aus, ebenso der belgische. Der Ausdruck „von Bank zu Bank“ sei mißverständlich und es sei klarer, zu sagen, daß die Ein- und Ausfahrt in die acht Stunden mit einbegriffen sein sollen. Hier müsse Klarheit vom Kongress geschaffen werden. (Bravos!)

Maroille-Belgien: Die belgische Regierung veranstaltet seit einiger Zeit Enquêtes im In- und Auslande über die Verkürzung der Arbeitszeit. Natürlich erklären sich die Unternehmer dagegen, aber die ungeheure Mehrzahl der Arbeiter (nur 500 stimmten dagegen) ist dafür. Die belgischen Arbeiter sind entschlossen, den Achtstundentag zu erkämpfen; sie hoffen auch, ihn im nächsten Jahre zu erringen, gegebenenfalls durch energischere Mittel als die rein parlamentarischen. (Bravos!)

Die Delegierten Englands, Frankreichs und Belgiens erklären sich damit einverstanden, daß die Forderung des gesetzlichen Achtstundentags auf die Heberarbeiten ausgedehnt werde. (Bravos! bei den Deutschen.)

Die Engländer erklären weiter, daß der Ausdruck — from bank to bank — einschließlich Ein- und Ausfahrt bedeute. Sache: Das muß protokolliert werden. 1905 beim großen Bergarbeiterstreik hat uns der Vertreter des Ministers, Unterstaatssekretär von Velsen, bei den Verhandlungen mit der Siebenerkommission gesagt, from bank to bank heiße einschließlich der Einfahrt, aber ohne die Ausfahrt!

Abraham, Mitglied des Parlaments: Der Ausdruck from bank to bank ist nie anders verstanden worden als: Ein- und Ausfahrt einbegriffen. Die Vorlage der englischen Regierung will freilich in den Achtstundentag nur die Einfahrt und nicht die Ausfahrt einschließen, aber das hat mit dem Ausdruck unserer Resolution nichts zu tun.

Schmidt (Gewerksverein Hirsch-Dunder) fragt an, was unter dem Ausdruck „normale Temperatur“ im belgischen Antrag zu verstehen sei. In der Regierungsvorlage von 1905 habe sich die (vom Abgeordnetenhaus gefasste) Bestimmung befunden, daß in Gruben mit einer Temperatur von über 22 Grad Celsius der sanitäre Arbeitstag von 8 Stunden gelten solle. Dafür sei die Bestimmung getroffen worden, daß in Gruben mit einer Temperatur von über 28 Grad Celsius nur 6 Stunden gearbeitet werden dürfe. Leider werde diese Bestimmung vielfach umgangen. Die Thermometer, die die Arbeiter selbst mit in die Gruben brächten, taugten nach Ansicht der Grubenherren nicht. Komme ein Revierbeamter zur Kontrolle, so werde eine sonst nicht vorhandene Ventilation durch Öffnung der einen und Schließung der anderen Wettertür hergestellt, so daß die Temperatur viel niedriger als sonst sei. (Sehr richtig!)

Maroille-Belgien erklärt, unter normaler Temperatur verstanden sie eine Temperatur, die man unter gewöhnlichen Umständen aushalten könne. (Weiterkeit bei den Deutschen. Rufe: Was kann man nicht alles aushalten! Selbst 37 Grad.)

Sue: Das beste ist, der Ausdruck „normale Temperatur“ wird gestrichen.

Vor der Abstimmung wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen. Alle Mandate sind für gültig erklärt worden. England ist durch 75, Deutschland durch 17, Frankreich durch 27, Oesterreich durch 2, Belgien durch 10 Delegierte vertreten. Die amerikanischen Delegierten sind noch nicht eingetroffen. Die englischen Delegierten vertreten 598 154 Organi-

fierle von 940 618 in England arbeitenden Bergarbeitern, die Deutschen 146 400 Organisierte von 732 584 Bergarbeitern. Im Ganzen vertreten die 131 Delegierten 859 254 organisierte Bergarbeiter unter 1 893 099 arbeitenden Bergarbeitern.

Nach der Mittagspause wird die Abstimmung über die Resolutionen zum Achtstundentag vorgenommen. In der belgischen Resolution werden die Worte „normale Temperatur“ gestrichen. Nunmehr werden alle vier Resolutionen einstimmig angenommen.

Die nächste Frage, die den Kongress beschäftigt, ist die des Minimallohns.

Frankreich beantragt: Allen Bergarbeitern soll ein Minimallohn garantiert werden.

Deutschland und Oesterreich fordern: Auf dem Wege des Abschlusses von Tarifverträgen müssen die Bergarbeiterorganisationen einen Minimallohn festzulegen suchen.

Erard (Pas des Calais) begründet den französischen Antrag mit dem Hinweis, daß der gesetzliche Achtstundentag die Festlegung eines Minimallohnes notwendig mache, weil sonst die Löhne mancher Arbeiterkategorie von den Unternehmern gekürzt werden würden. Ein durch Vertrag festgelegter Minimallohn besteht in Frankreich nicht, wohl aber das ungeschriebene Abkommen, daß der Lohn eines Bergarbeiters nicht unter 6 Frs. 8 Zent. täglich betragen dürfe.

Söffler-Deutschland: Die Franzosen sind dann weiter als wir, und es wird ihnen leicht fallen, diese indirekte Anerkennung eines Minimallohnes durch Vertrag festzulegen. Wenn auch noch nicht die Bergarbeiter, so haben doch zahlreiche andere Berufe den Minimallohn durch Tarifvertrag erreicht und sie sind ohne Ausnahme gut dabei gefahren. Die deutschen Bergarbeiterlöhne zeigen die größten Verschiedenheiten, obwohl die Unterhaltungskosten in allen Revieren ziemlich gleich sind. Selbst in den einzelnen Gruben und bei den einzelnen Arbeitsstellen derselben Grube ist der Lohn verschieden, namentlich dort, wo das getrennte Gedingesystem eingeführt ist. An diesem System halten die Unternehmer mit größter Zähigkeit fest, weil es zur Uneinigkeit unter den Arbeitern führt, wobei ihr Weigen blüht. Diese Verfahrensweise könnte und müßte durch den Abschluß von Tarifverträgen von Organisation zu Organisation beseitigt werden. Die Möglichkeit solcher Tarifverträge für die Bergwerksindustrie ist von Autoritäten, wie dem Bergat Gothein, anerkannt worden. In den letzten Jahren sind die Bergarbeiterlöhne in Deutschland sehr gestiegen. So betrug der Durchschnittslohn für den Steinkohlenarbeiter im Ruhrrevier 1900 4 Mk. 18 Pfg. täglich, 1907 4 Mk. 87 Pfg. täglich. Der preussische Staat zahlt im Saarrevier 1900 3 Mk. 56 Pfg., 1907 4 Mk. 2 Pfg. Im Sächsischen Braunkohlenrevier betrug der Lohn 1900 3 Mk. 77 Pfg., 1907 3 Mk. 95 Pfg. Diese Lohnerhöhungen sind aber nicht durch Erhöhung der Arbeitspreise, sondern durch Mehrleistung erzielt worden. Für Oberschlesien ergeben die Nachweisungen, daß ein Arbeiter 1904 für 3540 Mk. Kohlen im Jahre gefördert hat, 1907 aber für 4333 Mk. Der Wert der Produkte ist in 3 Jahren also um 793 Mk. gestiegen, der Durchschnittslohn stieg in derselben Zeit aber nur von 915 Mk. auf 1082 Mk. Der Produktionsanteil in Lohnform betrug 1904 für den Arbeiter 25.80 Mk. auf je 100 Mk. Produktionswert, 1907 aber nur 23.80 Mk. Nimmt man hinzu, daß der Mindesttarif von 1902 die Preise aller Lebensmittel in die Höhe getrieben hat, so ergibt sich, daß sich die Löhne der deutschen Bergarbeiter tatsächlich verschlechtert hat. Das müssen jetzt selbst die Christlichen zugeben, die 1903 mit solchem Eifer für den Poltarif eingetreten sind. Auch sie sagen, daß die Bergarbeiter von der flotten Geschäftslage keinen Vorteil gehabt haben. Um so notwendiger ist der Abschluß von Tarifverträgen, die einen Minimallohn festlegen. (Lebhafter Beifall.)

Corpus, Vertreter der polnischen Bergarbeiter, erklärt in polnischer Sprache — seine Rede wird von Eingangs Deutsche übersetzt —, daß die Organisationen den Abschluß von Tarifverträgen, die den Minimallohn brächten, erzwingen müßten.

Desjardins-Belgien weist darauf hin, daß zur Durchführung des Minimallohnes nicht bloß ein Gesetz, sondern auch die Aktion der Arbeiter gehöre, die die Beobachtung des Gesetzes erzwingen.

Onions-Wales hält persönlich die deutsche Resolution für besser, als die französische. Die deutsche Resolution fordert die Gewerkschaften auf, durch den Abschluß von Tarifverträgen den Minimallohn zu erreichen, die französische scheint vom Staate den Minimallohn zu erwarten. In Wirklichkeit sind es aber immer nur die Organisationen, die durch ihre Kraft den Minimallohn durchsetzen. (Beifall.) In England hat sich der Minimallohn durch die Tätigkeit der Organisation eingebürgert. Gegenwärtig ist ein neuer Abschnitt eingetreten: in Gruben mit besonders schlechten Arbeitsverhältnissen wurde der Minimallohn von den Häuern nicht

## Notizen.

— Unentgeltliche Volksschulen wurden auf dem vierten russischpädagogischen Kongress, der eben in Berlin tagt, in Vorschlag gebracht. Sie sollen vom Staate oder von den Städten geschaffen werden und jedermann Gelegenheit bieten, unentgeltlich gute Musik zu erklingen. Es wurde dabei auf London und Paris hingewiesen, wo ähnliches bereits durchgeführt ist. Ein Vertreter der Stadt Charlottenburg stellte die Errichtung einer solchen Anstalt für später in Aussicht.

— Die Bildwerke von Olympia, die bei den deutschen Ausgrabungen gefunden wurden, sind in Gipsabgüssen im Neuen Museum aufgestellt worden. Sie waren bisher so gut wie unzugänglich, jetzt stehen sie an gehöriger Stelle zusammen mit den übrigen Gipsabgüssen und ermöglichen eine genaue Betrachtung, die durch verkleinerte Modelle ihrer ursprünglichen Anordnung unterstützt wird.

— Die öffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur, Ringstraße 11, wird zum 1. Juli dieses Jahres nach der Ringstraße 25—27 (Spreepalais), nahe der Jannowitzbrücke, verlegt werden. Dem soeben erschienenen Jahresbericht der Lesehalle entnehmen wir, daß der Besuch im Jahre 1907 eine erhebliche Steigerung gegen das Vorjahr aufweist. Es wurden 92 215 Personen (gegen 84 199) gezählt. Im Winter erreichten die Sonntage, an denen die Lesehalle 8 Stunden lang geöffnet ist, einen Besuch von durchschnittlich 400 Personen. In der Lesehalle wurden 16 362 Bücher gelesen, nach Hause verliehen 18 001, zusammen 34 363, von denen 9375, also 27 Prozent, wissenschaftlichen Inhalts waren.

— Gegen zweckloses Sammeln von Tieren und Pflanzen wendet sich die naturkundliche Zeitschrift „Kosmos“ in dem folgenden, beherzigenswerten Worte: „Wir möchten bei dieser Gelegenheit (es handelt sich um die Anlage einer Schmetterlingsammlung) wiederholt betonen, daß ein Sammeln nur dann Wert hat, wenn es systematisch nach wissenschaftlichen Grundsätzen erfolgt. Gegen die sinnlose Sammelwut, die leider besonders einen großen Teil der Schuljugend erfasst hat, müssen wir energisch Front machen und erachten es als Ehrenpflicht jedes einsichtigen Naturfreundes, namentlich der dazu in erster Linie berufenen Lehrer, hiergegen anzukämpfen. Durch die Jagd nach seltenen Arten sind manche der Gefahr vollständiger Ausrottung nahegebracht. Es gilt dies ebenso vom Käfer- und Pflanzen sammeln. Nur wer durch Einsicht in das Naturleben den schuldigen Respekt vor seinen Lebensäußerungen gewonnen hat, sollte zur Anlage einer Sammlung berechtigt sein, das bloße Wegfangen und Aufspießen bezw. Abreiben und Pressen der Naturobjekte fördert die Bildung so wenig wie mechanisches Anheften von totem Gedächtnisram!“

Edgar Steiger.

— Einem Prediger, dessen Liebe zu guten Honoraren stadtbekannt ist, passierte an der Wache eines Armen folgende Entgegnung. Zu den Angehörigen: „Dunkle Schatten der Not jagten über euch hinweg, grau war stets euer Himmel, und ich — seine teinen blauen Schein.“ (Simplicissimus.)

erreicht. Es kam zur Klage, der Richter wies die klagenden Arbeiter ab, forderte aber die Unternehmer auf, neue Tarifverträge abzuschließen, in denen auch solchen Ausnahmefällen bei der Festsetzung des Minimallohnes Rechnung getragen sei.

Die weitere Debatte wird dann auf Mittwoch verlagert. Zu Präsidenten für morgen werden Jarolin-Oesterreich, Galebaert-Belgien (der Abgeordnete von Charleroi) und Hall-England, Mitglied des Parlaments, gewählt.

Paris, 10. Juni. (W. T. B.) Der Bergarbeiterkongress beschloß in seiner Nachmittagsitzung auf Antrag Englands, die Frage der Regelung der Kohlenproduktion einem internationalen Komitee zu überweisen. Sodann wurde über den deutschen Antrag, betreffend das Verbot der Verwendung von Kindern unter 14 Jahren in Kohlenindustrien und der Verwendung von Personen unter 15 Jahren bei Arbeiten unter Tage abgestimmt. Die deutschen, österreichischen und belgischen Delegierten unterstützten den Antrag. Die englischen und französischen Delegierten enthielten sich der Abstimmung. Hierauf wurde der deutsche Antrag, betreffend das Verbot der Beschäftigung der Frauen in den Kohlenbergwerken einstimmig angenommen.

## Deutscher Lehrertag.

(Telegraphischer Bericht.)

Hg. Dortmund, 10. Juni 1908.

Am heutigen zweiten Verhandlungstage wurden die Beratungen fortgesetzt. Ueber das Thema:

Der Lehrermangel nach seinen Ursachen und Wirkungen

sprach Generalsekretär Tews-Berlin. Er führte aus: Die Volksschule ist vielfach gewissermaßen nach den Grundrissen des Armenrechts eingerichtet. Millionen Kinder genießen einen völlig unzulänglichen Unterricht. Selbst das Kaiserwort: „70 Kinder zu unterrichten ist eine Menschenquälerei!“ hat die Unterrichtsverwaltungen nicht aufgerichtet. Nicht alle Unterrichtsverwaltungen haben das Ihrige zur Abstellung der Mißstände getan. In Preußen standen Herr v. Müller, Herr v. Wittkämper und Herr v. Studt, der zwar den Klagen Hans in seinem Lehrjahr besuchte (Heiterkeit), aber nie eine Berliner Gemeindeschule von innen angesehen hat, auf der anderen Seite. Nach der Auffassung der Regierung besteht Lehrermangel nur insoweit, als ordnungsmäßig eingerichtete Stellen unbesetzt sind. Unterrichtsmäßig versteht man unter Lehrermangel jede unzulängliche Versorgung der Schule mit Lehrkräften. Die preussische Volksschule hatte 1906 für 6 164 398 Kinder in 115 902 Klassen nur 97 974 Lehrkräfte, so daß 18 000 Klassen ohne Lehrer blieben. (Hört! hört!) Dabei waren 13 897 Klassen mit mehr als 70, 80 und bis zu 150 Kindern besetzt. In vielen Kreisen der Provinzen Brandenburg, Posen und Schlesien fehlen 10–15 Proz. der Lehrer. Nach einer in den letzten Wochen aufgenommenen Statistik der „Preussischen Lehrerzeitung“ verlorsten z. B. in Königsberg 6 Lehrer 11 Klassen, in Ober-Schlesien (Schlesien) ein junger Lehrer 4 Klassen, in Posen 12 Lehrer 19 Klassen usw. Im Westen sind vielfach verheiratete Lehrerinnen — Lehrer, Beamten- und Rentnerfrauen — angestellt. Im ganzen Deutschen Reich dürften etwa 5000 Lehrstellen unbesetzt sein. Wesentlich größer ist der Lehrermangel im weiteren Sinne. Im Regierungsbezirk Posen haben die katholischen Volksschulen für 2226 Klassen nur 1275 Lehrer und Lehrerinnen. 1000 Klassen sind ohne Lehrkraft. Am günstigsten steht noch Schleswig-Holstein mit 61 Kindern auf den Kopf des Lehrers. Aber auch hier werden noch 15 888 Kinder in fast überfüllten Klassen unterrichtet. Bayern hat etwas mehr Lehrer als Klassen, Sachsen dagegen für 18 079 Klassen nur 11 806 Lehrer, also 6183 überfüllte Klassen. In Baden fallen 943, in Württemberg 1283 Lehrer. Wenn der vom preussischen Kultusminister vertretene Grundsatz, daß keine Klasse mehr als 45 Kinder und jede Klasse einen Lehrer haben soll, durchgeführt würde, müßten im Deutschen Reich 77 000, in Preußen 53 000 Lehrstellen mehr eingerichtet werden. Die Zahl der Lehrer müßte im Durchschnitt um die Hälfte vermehrt werden. Dabei entsprechen die tatsächlichen Verhältnisse ungefähr den gesetzlichen Bestimmungen. Diese zu ändern, ist notwendig. Im Auslande ist die Zahl der Lehrer durchweg verhältnismäßig größer. In Frankreich hat keine Schulkasse über 50 Schüler. Dänemark verlangt für je 35, Norwegen für je 40 Kinder eine Lehrkraft. Selbst in Italien soll die Kinderzahl einer Klasse nicht über 70 hinausgehen. Anstatt der fehlenden Lehrkräfte müßten die Unterrichtsverwaltungen bei der Eigenart des Schulwesens über eine entsprechend große pädagogische Lehrerbearbeitung verfügen.

Das unzulängliche der deutschen Volksschulen ergibt sich durch einen Vergleich mit den höheren und mittleren Lehranstalten. Schon vor 50 Jahren hatten die höheren Lehranstalten Preußens auf je 19 Schüler, heute auf je 18 Schüler einen Lehrer. Die Mittelschulen haben für 84, die höheren Mädchenschulen für je 23 Schüler eine Lehrkraft, die Volksschulen dagegen im Durchschnitt für je 63, auf dem Lande durchschnittlich für je 68, in den Provinzen Posen, Schlesien und Westfalen auf dem Lande 86 bezw. 77 und 72. Am trüfflichsten liegen die Verhältnisse in der Ostmark, wo zwar in sämtlichen höheren Lehranstalten durchschnittlich für je 21 Kinder ein Lehrer vorhanden ist, in den Volksschulen dagegen nur für je 73. Für einen Volksschüler werden aus Staats- und Gemeindemitteln in Preußen 53 Mark, für einen höheren Schüler 150 Mark aufgewandt. (Hört! hört!) Das ist zweierlei Maß, eine ungerechte Verteilung der Bildungsgüter, die etwa dem Dreifachverhältnis entspricht. Die Volksschule erscheint in dieser Verteilung als Armenschule, nicht als die Volksschule des Staates. (Sehr richtig!)

Die Ursachen des Lehrermangels liegen darin, daß die äußeren Verhältnisse der Volksschule in ihrer Entwicklung mit den Anforderungen an das Lehramt nicht gleichen Schritt gehalten haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gegenwart verlangt andere Lehrer als eine frühere Zeit. Qualifizierte Kräfte sind vorhanden, finden aber an anderer Stelle eine höhere Entlohnung und angenehme berufliche Verhältnisse. Die geistige Schulaufsicht, ungezügelter amtliche Verhältnisse, der Mangel jedes geordneten Avancements lassen den Lehrerberuf wenig attraktiv erscheinen. Durch die ungewöhnliche Organisation der Lehrerbildungsanstalten ist auch den Schülern der höheren Lehranstalten der Eintritt in den Lehrerberuf unmöglich gemacht. Dem Lehrermangel kann nur abgeholfen werden durch eine grundsätzliche Reform des gesamten Volksschulwesens. Die Volksschule muß Volksschule werden. (Lebhafte Zustimmung.) Als verklärte Armenschule hat sie sich überlebt. Die Lehrerbildung muß der Besoldung der mittleren Beamten entsprechen. Vor allem aber bedarf die amtliche Stellung der Volksschullehrer einer Änderung. (Sehr wahr!) Die Schule darf nicht länger Hinterlassin der Kirche bleiben. Von der Volksschule haben alle Kreise des Volkes, nicht nur die Zukunft in Betracht kommenden, Nutzen. Im internationalen Wettbewerb wird dasjenige Volk den Sieg erringen, das am besten unterrichtet ist. (Sehr gut!)

Die deutschen Volksschullehrer nennen sich die Schüler Pestalozzi und Dieterweg. Die aufopfernde Liebe des einen und der Wahrheits- und Freiheitsliebe des anderen sind ihre Richtschnur. In diesem Sinne müßte die deutsche Lehrerschaft auch in der Zukunft für eine würdige, zeitgemäße Ausgestaltung der Volksschule kämpfen und arbeiten. Von der Entfaltung und Ausbreitung der Gabe und Treue der zunächst Verantwortlichen hängt schließlich aller Erfolg ab. Was wir für unsere Schule tun und fordern, das wird ihr gegeben werden. (Stimmlicher, langanhaltender Beifall.) Der Referent legte der Lehrerversammlung folgende Zeitsätze zur Beschlußfassung vor:

1. Der andauernde Lehrermangel, der bei sachgemäßer Feststellung viel größer ist, als es nach der Zahl der nichtbesetzten Lehrstellen den Anschein hat, ist begründet in der den Anforderungen und dem Wesen des Volksschulantes nicht entsprechenden materiellen und amtlichen Stellung der Volksschullehrer sowie in der ungewöhnlichen Organisation des Lehrerbildungswesens.

2. Bei dem unzureichenden Zubrang zum Lehrerberuf ist die Heranziehung einer ausreichenden Zahl von Persönlichkeiten, die den Anforderungen des Lehrerberufs nach jeder Richtung gewachsen sind, nicht möglich; die berufliche Leistungsfähigkeit des Lehrerstandes geht zurück. — Infolge des Lehrermangels bleiben zahlreiche Stellen längere oder kürzere Zeit unbesetzt, überfüllte Klassen werden nicht geteilt, mehrere Klassen werden von einem Lehrer verwaltet, Klassen müssen kombiniert, die Zahl der Unterrichtsstunden beschränkt, jüngere Lehrer häufig verlegt werden. — Durch diese Zustände wird die unterrichtliche und erzieherische Wirksamkeit der Volksschule geschädigt, die Berufstreue der Lehrer getrübt, ihre Kraft gesplittert und ihre Gesundheit wie die Gesundheit der Kinder durch Überfüllung der Schulklassen und Kombination mehrerer Schulklassen gefährdet.

3. Dem Lehrermangel kann dauernd nicht abgeholfen werden: a) durch bloße Vermehrung der Lehrerbildungsanstalten in ihrer jetzigen Gestalt; b) durch materielle Erleichterungen für die angehenden Volksschullehrer und eifrige Werbung; c) durch Ertrag der Lehrer durch Lehrerinnen.

4. Eine wirkliche Beseitigung des Lehrermangels ist nur möglich a) durch eine zeitgemäße Regelung der Lehrerbildung; b) durch zeitgemäße Regelung der Lehrerbildung (allgemeine Vorbereitung auf den allgemeinen Bildungsweg, Vereinfachung zum Universitätsstudium); c) durch eine zeitgemäße Regelung der amtlichen Stellung der Volksschullehrer, insbesondere durch Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und der bürokratischen Bevormundung und durch Befestigung der Schulaufsichtstellen mit Volksschullehrern.

Lehrer Wilm-Strasbourg: Bei uns besteht kein Lehrermangel, aber auch kein Lehrerbüchse, sondern nach dem Worte eines Klasseninspektors lediglich Lehrernappheit. (Heiterkeit.) Diese Lehrernappheit ist wohl auch daran schuld, daß eine Klasseninspektoren drei Lehrern den Urlaub zum Besuch des Lehrertages verweigerte! (Lebhafte Heiterkeit.) Ich glaube, daß unsere Lehrernappheit hart an die Grenze des Lehrermangels streift.

Lehrer Lemming-Antwerpen: Bei uns im Auslande spielen wir nicht von einem Lehrermangel. Wenn eine Stelle ausgeschrieben wird, kommen 60 bis 80 Bewerber. Aber ich möchte deshalb doch davor warnen, ins Ausland zu gehen, wenn man nicht vollständige Garantie hat. (Zustimmung.)

Hierauf wurde ein Schlußantrag angenommen. In seinem Schlußwort hob Referent Generalsekretär Tews-Berlin hervor, daß die deutschen Lehrer sich nicht dagegen gewandt haben, daß Lehrerinnen angestellt würden, sondern nur dagegen, wo sie angestellt wurden. Es ist mit der Zeit dahin gekommen, daß Lehrerinnen fast ausschließlich in den Städten tätig sind. Dadurch wird der Lehrerstand mehr und mehr zum Landlehrerstand, und dagegen wenden wir uns. (Lebhafte Beifall.) Es gibt schon zahlreiche Schulen, an denen die Lehrerinnen überwiegen. Werfen wir also den letzten Mann nicht aus der Schule heraus. (Beifall.) Die Lehrerinnen mögen nicht glauben, daß der deutsche Lehrerstand sich wehrlos ins Hinterland drängen läßt, damit das Fräulein Lehrerin im Vorderhaus Platz nimmt. (Stimmlicher Beifall.)

Hierauf wurden die Beschlüsse des Referenten ein bloc unverändert angenommen, weiter ein Antrag, seine Rede in Broschürenform zur Massenverbreitung herauszugeben.

Damit hätten die Verhandlungen des Lehrertages ihr Ende erreicht. Am Nachmittag fand im Hamm am Hall-Dental eine Guldigungsfeier statt. Im Laufe des heutigen Nachmittags und des morgigen Tages finden noch zahlreiche Nebenveranstaltungen statt, außerdem eine Zusammenkunft des Lehrervereins, die jedoch lediglich organisatorische und statutarische Angelegenheiten zu erledigen hat.

## Verbandstag der Porzellanarbeiter.

Den Bericht über die Dienstag-Sitzung mögen die Leser am Schluß des in der vorigen Nummer des „Vorwärts“ enthaltenen Berichtes über den Verbandstag der Photographen ausfüllen, wozu er infolge eines technischen Versehens geraten ist.

Die Verhandlungen über die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks, welche am Dienstagabend durch ein Referat des Vorsitzenden Wollmann eingeleitet worden war, wurden am Mittwoch fortgesetzt. Wollmann vertrat im allgemeinen den Standpunkt, den schon die vorige Generalversammlung eingenommen hatte: Es könnten keine Direktiven gegeben werden, die für alle Zeiten und für alle Orte gelten sollen, sondern es müsse dem Vorstände das Vertrauen entgegengebracht werden, daß er hinsichtlich jeder einzelnen Lohnbewegung die richtige Entscheidung treffe. In der Hand dieser allgemeinen Gesichtspunkte betrachtete der Redner die Lohnbewegungen, welche der Verband in den letzten Jahren durchgeführt hat und zog daraus die entsprechenden Lehren und Anwendungen für die Zukunft. — Zur Frage der Tarifgemeinschaft sagte der Redner: Im Unternehmerverbande gebe es eine Richtung, welche durch Verhandlungen mit der Arbeiterorganisation der Industrie zu dienen meine. Die Mehrheit der Unternehmer gehöre jedoch zu den Scharfmachern, die nur durch die Organisation zu Verhandlungen gezwungen werden können. Tarife könne man nur verlangen, wo die Organisation stark genug ist, um auf die Gestaltung derselben einzuwirken und erforderlichenfalls dafür zu kämpfen.

Die zahlreichen Disziplinierungsreden sprachen fast ausschließlich über einzelne bestimmte Lohnbewegungen und die Verhältnisse in ihren Orten. — Nach Schluß der Debatte wurde eine von Wollmann eingebrachte Resolution angenommen. Sie lautet:

„Es erweist sich als ein vergebliches Bemühen, für alle Berufe, Betriebe und Orte unserer Industrie, wie für jede Zeit eine allgemein geltende, dem Vorstand wie den Mitgliedern vorschreibende Taktik zu suchen. Die Taktik kann und muß für jeden Fall eine andere sein, je nach der Stärke der Organisation am Ort und im ganzen Verbandsgebiet, der örtlichen und allgemeinen Konjunktur, der vorhandenen wie der angeforderten oder vorausgesetzten Streiks und Ausperrungen im ganzen Verbandsgebiet unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit, das ist des Verbandsvermögens, und der persönlichen Leistungsfähigkeit und Opferwilligkeit der Mitglieder. — Alles das kann von den Räten in einem Betriebe oder Orte niemals genau erkannt, sondern nur von der Verbandsleitung übersehen werden. Es kann daher für die Mitglieder als Richtschnur nur das Streikreglement gelten, dessen genaueste Beachtung im Interesse der Mitglieder liegt und dessen gewissenhafte Befolgung zu fordern der Vorstand durch die Generalversammlung verpflichtet wird. Vor allem darf eine Arbeitsniederlegung niemals ohne den Willen des Vorstandes stattfinden.“

Der folgende Punkt der Tagesordnung war die Frage der Verschmelzung mit den Verbänden der Töpfer und der Glasarbeiter. In Verbindung damit wurde ein Antrag des Vorstandes beraten, der eine Finanzreform betraf, welche in gewissem Sinne als Voraussetzung der Verschmelzung bezeichnet wird. Mit der sogenannten Finanzreform verhält es sich so: Der Porzellanarbeiterverband hat als Ueberbleibsel seiner längst verflochtenen Wirtschaftsvorgänge eine außerordentlich komplizierte und komplizierte Unterstufungswesen. Dasselbe unterscheidet sich von dem Unterstufungswesen anderer Gewerkschaften namentlich dadurch, daß gegen verhältnismäßig geringe Beiträge verhältnismäßig hohe Unterstufungssätze gezahlt werden. Unter diesen Umständen bleibt von den Mitteln des Verbandes für die eigentlich gewerkschaftlichen Aufgaben nicht so viel übrig wie in anderen freien Gewerkschaften. Eine Reform des Unterstufungswesens in dem Sinne, daß es dem der anderen Gewerkschaften

ähnlich, wird als Voraussetzung der Verschmelzung bezeichnet. Der Vorstand, der sich schon lange gegen den Widerstand eines großen Teils der Mitglieder bemüht, das Unterstufungswesen auf eine modern-gewerkschaftliche Grundlage zu stellen, hat der Generalversammlung einen Antrag unterbreitet, welcher eine Reform nach dieser Richtung bedeutet. Der Antrag sieht eine Erhöhung der Beiträge und eine Herabsetzung der Unterstufungssätze, aber eine Verlängerung der Bezugszeit derselben vor.

Wollmann begründete den Antrag und bemerkte, derselbe würde auch gestellt worden sein und müßte auch angenommen werden, wenn die Verschmelzung nicht auf der Tagesordnung stünde. Die Finanzlage des Verbandes, die Notwendigkeit, mehr Mittel für die gewerkschaftlichen Aufgaben bereitzustellen, spreche schon an sich für den Antrag. Die Verschmelzung selbst befürwortete der Redner, dieselbe habe aber nur dann Aussicht, wenn der Verband sein Unterstufungswesen in dem beantragten Sinne reformiere. — Der Kassierer Herben gab eine ausführliche finanzielle Begründung des Antrages.

Drunzel, der als Vertreter der Generalkommission antwortend ist, in der Verschmelzungsfrage aber den Töpferverband vertritt, führte unter anderem aus, die Verbände der drei Verbandskreise seien einig in der Befürwortung der Verschmelzung, in den Mitgliederkreisen dagegen herrschen zum Teil noch andere Ansichten. Die Entscheidung hänge auf den Zusammenschluß zu großen Verbänden. In den drei hier in Frage kommenden Verbänden sei die Frage der Verschmelzung nichts neues, aber es würden wohl noch einige Jahre der Diskussion und der Erwägung vergehen, ehe die Verschmelzung zur Tatsache werde. Da es sich hier um drei annähernd gleich starke Verbände handle, so könne nicht der eine in den anderen eintreten, sondern aus der Verschmelzung müsse ein neues Organisationsgebilde hervorgehen. Im weiteren begründete der Redner die Zweckmäßigkeit der Verschmelzung unter eingehender Erörterung der beruflichen Verhältnisse.

Sirbig, Vorsitzender des Glasarbeiterverbandes, trat gleichfalls in längerer Rede für die Verschmelzung ein.

Es folgte eine lebhafte Debatte. Gegen die Verschmelzung an sich wandte niemand etwas ein, jedoch stieß der Vorstandsantrag vielfach auf Opposition. Mehrere Redner, besonders Seemann-Kronach, vertraten die Ansicht, daß die Annahme des Antrages einen erheblichen Verlust an Mitgliedern zur Folge haben würde. Gewiß bedürfe das Finanzwesen des Verbandes einer Reform, aber mit der vom Vorstand beantragten würden die Mitglieder höheren Beitrag zu zahlen, sie würden sich aber nicht gefallen lassen, daß die Unterstufungen, an die sie gewöhnt sind, geschnitten werden.

Zum Verbandstag der Photographen ist die folgende, zum Punkt „Hochschulwesen“ gefasste Resolution nachzutragen:

„In Erwägung dessen, daß eine gründliche fachliche Ausbildung nur dann möglich ist, wenn eine gründliche theoretische Bildung neben der praktischen Hand in Hand geht, erachten wir die Förderung von Hochschulen mit Tagesunterricht für notwendig. Solange die Hochschule nicht als städtische bezw. staatliche Lehranstalt mit mehrjährigem Lehrgang ausgebaut ist, fordern wir eine gleichzeitige gewerbliche oder technische Tätigkeit im Berufsleben. Personen, bei welchen diese Voraussetzungen fehlen, sind vom Hochschulbesuch auszuschließen. Die Schaffung von Hochschulen für das weibliche Geschlecht gefordert, wie sich dies in der Verknüpfung des Bettelhauses zeigt, vermehren wir, da hierdurch Reserven geschaffen werden. Private Lehranstalten, d. h. solche, die in Hinsicht auf persönlichen Nutzen der Unternehmer geschaffen sind, sind nicht zu bekämpfen, da sie nur ein Interesse haben, Schüler heranzuziehen, unbeschadet um deren Ausbildung und weiteres Fortkommen, ferner aber durch diese Halbkreise unser Berufsleben geschädigt und das Ueberlebensumfeld geschädigt wird.“

Die Schlußabgabe des Berichtes, beginnend: „Am Dienstag fand eine usw.“, gehörte zum Bericht über den Verbandstag der Porzellanarbeiter, sie sind durch ein Versehen beim Umbrechen an die falsche Stelle geraten.

## Aus Industrie und Handel.

Streiflichter auf die Krise.

In welcher Weise die deutschen Staaten und Städte in den letzten Monaten den Anleihemarkt in Anspruch genommen haben, geht daraus hervor, daß die beschlossenen und zum Teil schon ausgelegten Anleihen die Summe von 1407 Millionen Mark ausweisen. Daß das Geldbedürfnis verschiedener wirtschaftlicher Unternehmungen gleichfalls ein ganz bedeutendes ist, geht aus der großen Summe der Aktienmissionen und Obligationenaufnahmen hervor, die in den letzten Monaten beschlossen oder durchgeführt worden sind. Wenn man nur die größeren unter ihnen herausgreift, so ergibt sich die kassische Summe von rund 100 Millionen Mark.

Die industrielle Konjunktur, namentlich auf dem Montanmarkt, befindet sich andauernd in einer Umpirungsbewegung. Der Bau- und Hypothekenmarkt hatten, wie in ganz Deutschland, auch besonders in Hamburg unter den prekären Geldverhältnissen lange Zeit recht empfindlich zu leiden. Es äußerte sich dies darin, daß gekündigte Hypotheken von den Grundeigentümern in vielen Fällen nicht wieder geschlossen werden konnten, auch nicht zu einem höheren Zinsfuß, sondern daß an ihrer Stelle Diskontohypotheken treten. Auf dem Bauplatz in Hamburg war bis jetzt eine starke Einschränkung der Bautätigkeit, dank den zahlreichen staatlichen Arbeiten und der Sanierung in der Neustadt in Verbindung mit dem Bau der Vorortebahn, nicht zu verzeichnen.

Die Krise, die im Jahre 1907 in Nordamerika ausgebrochen ist, zeigt für Europa noch recht able Nachwehen, was in einer starken Abnahme der dortigen Einfuhr und in einer gesteigerten Ausfuhr zum Ausdruck kommt. In den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres stieg die Ausfuhr nordamerikanischer Waren gegen das Vorjahr um 25 1/2 Millionen Dollars und in den ersten acht Monaten des Fiskaljahres 1907/08 stellte sich die Wareneinfuhr um 96,6 Millionen Dollars geringer als in der entsprechenden Zeit des Jahres 1906/07.

Die Verhältnisse in Brasilien liegen ungünstig, und die Handelsbilanz zeigt eine starke Verschlechterung. Die Regierung hat die Garantie für die Zahlung der in England für den brasilianischen Lloyd gebauten Dampfer übernommen. Die Gummitriebe am Amazonas und in Para dauern fort und beunruhigen den gesamten Handel. Ganz besonders macht sich die Krise in Para fühlbar. Ein Beweis für den Rückgang des Geschäftes ist, daß das Zollamt in Belem im März 1907 8304 Kontos Reis vereinnahmte, in demselben Monat 1908 aber nur 1749 Kontos Reis, also beinahe die Hälfte. Der Importzoll sank von 1163 Kontos Reis im März 1907 auf 608 Kontos Reis im März dieses Jahres. Die englische Wootz-Linie hat den Frachtenverkehr zwischen Liverpool und Amazonas für die Dauer der gegenwärtigen Krise eingestellt.

In Argentinien ist in letzter Zeit aus nicht rein wirtschaftlichen Gründen eine merkliche Geschäftstillung eingetreten. In Gatti wurde die revolutionäre Bewegung beigelegt, und da sich die politische Gesamtlage gebessert hat, erwartet man eine günstige Entwicklung des Geschäftes.

In Peru hat das Geschäft weiter abgeflaut, da der Rückgang von zirka 4–5 Proz. Reserve in den Geschäftsunternehmungen auferlegte. Auch wegen der bevorstehenden Präsidentenwahl wird eine abwartende Haltung beobachtet.

In Chile liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse andauernd schlecht, und die Exporteure verhalten sich nach wie vor in der Ausführung der Ordres zurückhaltend.

Die Lage der Märkte in Süd- und Ostasien zeigt im allgemeinen gleichfalls keinerlei Besserung; neuerdings ist auch das Javageschäft stark zurückgegangen.

Der Bombay-Markt liegt vollkommen still. Die Preise der dort lagernden Stoffs haben womöglich noch mehr nachgelassen.

Obwohl die englischen Webereien des Lancashire Bezirkes, welche dringender neuer Aufträge bedürfen, sehr billig offerierten, ist es im April in den wenigsten Fällen zum Geschäft gekommen.

Aus China wird berichtet, daß der beträchtliche Sturz der Wechselkurse naturgemäß den Absatz neuer Importgeschäfte sehr erschwert, aber in den wichtigeren Artikeln zeigte sich in letzter Zeit ein größerer Aufschwung, und kürzlich wurden auch neue Aufträge aus Shanghai in den Industriegebieten Europas platziert. Die chinesischen Neujahrsbesuche haben sich besser, als seinerzeit vorausgesehen wurde, abgewickelt, und es besteht im allgemeinen günstige Aussicht auf eine größere Belebung des Handels im laufenden Jahre.

In Japan kann von einer Besserung keine Rede sein. Die den Bedarf für absehbare Zeit weit übersteigende Einfuhr verschiedener Artikel vor dem Inkrafttreten der erhöhten Zölle verursachte eine Ueberfüllung der Märkte und den Händlern wesentliche Schwierigkeiten. Hierzu kam noch der starke Rückgang des Absatzes der Landesprodukte, wie Seide, Kupfer usw., so daß selbst größere Firmen in eine recht schwierige Lage geraten sind. In Hamburg ist ein altes, bedeutendes mit Japan in Verkehr stehendes Import- und Exportgeschäft in Zahlungsschwierigkeiten geraten; es mußte ihm ein Moratorium bewilligt werden.

In Korea bieten sich dem europäischen Handel neue Absatzmöglichkeiten. Am 1. April d. J. wurde ein neuer Hafen, der Platz Tschong-Dju in der Provinz Nord-Hamking, dem Verkehr geöffnet. Sowohl im Einfuhr- als im Ausfuhrhandel sind wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. So betrug im Jahre 1907 die Einfuhr 16,8 Millionen Yen (1 Yen = 2 Mk.) gegen 8,1 Millionen Yen im Vorjahre, die Ausfuhr 88,5 Millionen Yen gegen 80 Millionen Yen im Vorjahre.

Bezüglich Südafrikas lauten die Berichte andauernd ungünstig. Arbeits- und Erwerbsverhältnisse liegen in Südafrika sehr schlecht.

Zyffens Einfluß wächst. Wie die „M.-Wesf. Ztg.“ meldet, haben in diesen Tagen auch die Kreise Solingen und Ruhrort beschlossen, sich durch Ankauf eines größeren Postens Aktien an dem Unternehmen zu beteiligen.

Zyffens weilt in schlauber Weise das Interesse der Gemeinden für seine Pläne zu wecken und auszunutzen.

Polnische Gewerkschaften. Die polnischen Bewohner in der deutschen Ostmark organisieren jetzt den wirtschaftlichen Gegenstand. Zwecks Anregung und Förderung der polnischen gewerblichen Industrie findet vom 28. Juni bis 6. Juli d. J. in Wosen eine polnische Gewerkschaften statt. Zugelassen als Aussteller sind nur Polen, und zwar solche, die im Gebiet der preussischen Landesteile wohnen. Das Projekt, welches von einem polnischen Komitee ausgearbeitet worden ist, wird in polnischen Kreisen als eine Überschau über die gewerbliche Leistungsfähigkeit und Stärke der in Preußen lebenden Polen angesehen.

Preisherabsetzung. Der amerikanische Stahltrust hat eine allgemeine Preisherabsetzung für fertige Stahlprodukte vorgenommen. Von der Preisermäßigung bleiben Stahlrohlinge unberührt. Die hauptsächlichsten Herabsetzungen betragen bei Stahlröhren 3 Dollar, bei Platten 2 Dollar pro Tonne, bei Platten und Baueisen 10 Cents pro hundert Pfund und bei Drahtstifte 15 Cents pro hundert Pfund. Ferner wurde beschlossen, den Preis von Eisenerz um 50 Cents pro Tonne herabzusetzen.

## Aus der Frauenbewegung.

Revidiert.

Am 10. Juni früh erschien in der Großbuchbinderlei Fuhr in der Alten Jakobstraße ein Herr, der sofort zu der in der Werkstube angebrachten Tafel sich begab, auf der die im Ver-

triebe Beschäftigten jugendlichen Arbeiterinnen verzeichnet sind. In die Revisionsrubrik dieser Tafel trug der Herr folgendes ein: 10. Juni 1908

Ebel, Polizeiwachmeister.

Die Vermutung, der Herr sei als Gewerbeprüfungsbeamter erschienen, erscheint wohl nicht ganz unberechtigt. Das muß aber doch wieder in Zweifel gezogen werden, wenn man die Art der Revision betrachtet. Arbeiter des Betriebes haben nicht bemerkt, daß der Beamte seine Kontrolltätigkeit über den Vollzug der obigen Unterschrift hinaus ausgedehnt hat. Auch scheint man in dem Betriebe nach uns gewordenen Mitteilungen der Ansicht zu sein, der Beamte hätte sich nicht damit begnügen dürfen, lediglich seinen Namen auf der Tafel zu berechnen, seine Pflicht sei es gewesen, festzustellen, ob das Verzeichnis den tatsächlichen Verhältnissen entspreche. Wir müssen bekennen; diese Auffassung erscheint uns durchaus berechtigt! Und in dem vorliegenden Falle hätte sich die Mühe gelohnt. Das Verzeichnis stimmt nicht! Vielleicht hat der Beamte das gemerkt und er ist der Ansicht gewesen, durch Vollzug der Unterschrift die Uebertretung der respektiven Schulpflichtbestimmung festlegen zu müssen. In diesem Falle müßte allerdings auch schon eine Anzeige wegen Gewerbevergehen erstattet worden sein. Das kann aber wieder bezweifelt werden, denn wenn der Unternehmer das zu befürchten hätte, würden Angehörte von ihm das Verzeichnis nicht nachträglich korrigiert, sondern ein neues Verzeichnis angefertigt haben. Die Auffassung, die der Beamte unterzeichnet hat, war diverse Monate alt, sie enthielt Namen von Arbeiterinnen, die längst nicht mehr im Betriebe arbeiten, und andere fehlen. Wir sind gespannt darauf, ob man vielleicht versucht, uns die Revision als ordnungsgemäß zu erklären.

Die Wahlbarkeit der Frauen in die Schulbehörden im Ranton St. Gallen streben die Arbeiterinnen- und bürgerlichen Frauenvereine an in Form eines Initiativbegehrens an die Erziehungsbehörde, für das sie gegenwärtig in Stadt und Land Unterschriften sammeln. Zugleich wird die Zulassung von Lehrerinnen zu der obigen Volks- und zur Realschule verlangt. Begründend wird dazu bemerkt: „Durch die Kenntnis des eigenen Geschlechts und seiner inneren geistigen und seelischen Bedürfnisse, seiner Aufgabe in der Familie und in der Berufsarbeit fühlen sich die Frauen wohl berufen, auch in öffentlichen Erziehungsfragen einen erhöhten weiblichen Einfluß zur Geltung bringen zu können. Dafür ist aber nötig, daß die Frauen in den Schulbehörden Sitz und Stimme haben, und auch den Lehrerinnen eine vermehrte Mitarbeit an der Schule eingeräumt werde.“

## Eingegangene Druckschriften.

Jahrbuch für die soziale Bewegung der Industrie-Beamten. Heft 2 und 3. Erscheint in vier Heften je 1 R. Verlag: R. Schöls, Berlin N.W. 52.

Der Kampf. Heft 2. Sozialdemokratische Monatschrift. Jahresabonnement 6 R. Vierteljährlich 1,50 R. Einzelheft 50 Heller. Verlag: Wien, Marxstr. 60.

Aus Natur und Geist. Bd. 29. Die Metalle. Von Professor Dr. Karl Schöls. — Bd. 30. Die Polarforschung. Geschichte der Entdeckungswelt zum Nord- und Südpol. Von Professor Dr. K. Hoffert. — Bd. 198. Deutsche Kunst im täglichen Leben. Von Dr. Haendke. — Bd. 205. Reichweite und Abgrenzung zum Selbstunterricht. Von Professor Paul Grun. II. Teil. Preis jedes Bandes 1 R., geb. 1,25 R. Verlag: D. G. Teubner in Leipzig.

Briefe von Goethes Mutter. Von H. Köster. Geb. 2 R. „Jahrbuch“ in Leipzig.

Im Jahre des Kometen. Phantastischer Roman von G. E. Weiss. 3 Bde., geb. 4 R. Verlag von J. Hoffmann in Stuttgart.

## Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Friedrichstraße, 89.  
Zentrum II: Albertstraße, 50, Eingang Roßmarktstraße.  
2. Wahlkreis, Berlin: Gustav Schmidt, Kirchstr. 14, Postbureau.  
Sachsen und Südwest: Hermann Werner, Gieselerstr. 72, Laden.  
3. Wahlkreis: St. Friedrich, Ringstr. 31, Post rechts dort.  
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Mühlendammstr. 3, am Rottenturmplatz. — Wilhelm Rann, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufplatz 14/15 (Laden).  
5. Wahlkreis: Leo Juch, Gummianfertiger, 12 (Hof).  
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.  
Wedding: Karl Weiche, Nazarethstr. 49.  
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Alterstr. 38, Eingang Kollnweierstr. 10.  
Gesundbrunnen: Fr. Trapp, Stettinerstr. 10.  
Schönhauser Vorstadt: Karl Rasch, Hygienestr. 123.  
Alt-Glienke: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.  
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seefelderstr. 1, Ecke Goethestr. Laden.  
Wilmerdorf-Halensee: Töle, Sigmaringenstr. 5.  
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzenstr. 50, I.  
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenzweig, Alt-Boxhagen 58.  
Grünau: Franz Klein, Bahnhofstr. 6 III.  
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeiffer, Bohnsdorf, Genselhofstr. 10.  
Rixdorf: H. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden.  
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Genselhofstr. 2.  
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Wachen Luthstr. 51, im Laden.  
Tempelhof: H. Müller, Berlinerstr. 41/42.  
Ober-Schöneberg: Julius Grunow, Eichenstr. 10, I.  
Nieder-Schöneberg: Bonafonsch, Genselhofstr. 8.  
Johannisthal: Friede, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.  
Adlershof: Erich Steuer, Genselhofstr. 5, II.  
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Amisgarten 3.  
Köpenick: Friedrich Böhl, Wipplstr. 6, Laden.  
Friedenau-Steiglitz-Südende: H. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Steiglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steiglitz: H. Mohr, Döppelstr. 32, und H. Schellhaas, Kohnstr. 15a.  
Mariendorf: Hermann Reichardt, Genselhofstr. 27.  
Baumschulenweg: E. G. Ernst, 2, II.  
Treptow: Rob. Gramenz, Riehlstr. 412, Laden.  
Neu-Weißensee: Kurt Rührmann, Sebanstr. 105, partier.  
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: H. Gursch, Grönerweg 46 I.  
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Bergstr. 10, Aufg. 10.  
Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Wäldstr. 73.  
Bernau-Röntgen: Heinrich Bröde, Genselhofstr. 74, part.  
Eichwalde, Zeuthen, Mersdorf und Hanksel Ablage: Erich Zimmermann, Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Str. 8.  
Teltow: Wilhelm Reiter, Genselhofstr. 7.  
Nowawes: Wilhelm Jappe, Wäldstr. 48.  
Spandau: R. Jappe, Wäldstr. 48.  
Mahlisdorf und Haulsdorf: G. Eise, Wäldstr. 1.  
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.  
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden. 245/1\*

## Achtung! Wedding!

Empfehle den Parteigenossen mein reichhaltiges Lager in Hüten, Mützen, Schirmen, Stöcken, Krawatten, Wäsche. Dieser d. Konsumgenossenschaft. Um gütigen Zuspruch bitten. H. Neubert, Müllerstr. 164.

Die Heimarbeit. Ausstellung zu Frankfurt a. M. Von Dr. V. Uml. 160 Seiten. Druck von Lohr u. Co. in Frankfurt a. M.

Märkische Wanderfahrten. Von G. Stegerich. 1,50 R. Verlag: C. E. S. Berlin W. 30.

Mein großes Mädel. Erzählung von Karl Ewald. Uebersetzung von G. H. G. 2 Bde., geb. 3 R. — Des François Mabelais Pantagruel. Drittes Buch. Uebersetzt von Dr. Umlag. Geb. 3,50 R., geb. 4,50 R. Verlag: H. Langen, München.

Nichters Reiselieder. Hamburg, Altona und Umgebung. 1,20 R. Hamburger Verlag W. Hartung.

Moderne Theologie und Kultur. Von Th. Kappstein. Geb. 5 R. Berlin W. 50, Marginalstr. 10, Verlagshaus.

Bibliothek des öffentlichen Rechts. Bd. 1. Großherzogtum Baden. Von Dr. C. Bornhof. Geb. 8 R. Verlag: Dr. R. Jänicke in Hannover.

Kampf. Roman von H. Schym. v. Stenglin. 4 R. Verlag: C. Neuber in Dresden.

„Märk.“ Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: A. Thoma, H. Hesse, H. Langen, H. Kram. 1. Juniheft. 1,20 R. Verlag von H. H. Langen in München.

Vericht der Handelskammer für Pforzheim. 1907. 199 Seiten. D. Ruffe Buchdruckerei in Pforzheim.

Soldatenfürsorge und Jugendvereine. Von P. Diefendach und H. Dief. 60 Bl. Volksvereins-Verlag, M. Gladbach.

Natur und Weltanschauung. Von R. Hoest. 1,25 R. Verlag: D. Ullmann, Leipzig, Poststr. 14.

Kassenbericht 1907 des Verbandes der Porzellan- u. verw. Arbeiter und Arbeiterinnen. Verlag: D. Goerke, Charlottenburg, Genselhofstr. 21.

Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung. Von Dr. M. Tugan-Baranowsky. 197 Seiten. Verlag: D. B. Böhmert in Dresden.

Berliner Museumsführer. Von Dr. H. G. 75 Bl. Spitz-Verlag, Berlin.

Rechtspraxis der Krankenversicherung. Von Dr. jur. Köhle. Band I. Entscheidungen 1905/07. Preis 2 R. Schnapper, Frankfurt a. M. 1908.

Das Banner der Freiheit. Monatschrift von G. Schwarz. 149. Heft. Selbstverlag des Verfassers, Karlsruhe i. B.

„Dokum.“ Heft für moderne Geschichts- und Betriebskunde. Monatlich 2 Hefte. Vierteljahr 2,50 R. Schöns-Verlag, Berlin W. 30.

Einführung in die Elektrotechnik. Von Ingenieur R. Kinkel. Gebunden 12 R. Verlag von H. G. Teubner in Leipzig.

Kolomb. Heft 6. Monatschrift. Halbjahr 2 R. Einzelheft 40 Pf. Verlag H. Kramm in Hamburg.

Der Arbeitsvertrag und der Tarifvertrag von P. Bölling. Geb. 11 R. Verlag J. Guttenberg, Berlin W. 35.

Giordano Bruno und seine Weltanschauung von Dr. J. Reiner. 1 R. Verlag J. Neumann Nech, Berlin NW. 87.

Aus Natur und Geist. Bd. 29. Die Metalle. Von Professor Dr. Karl Schöls. — Bd. 30. Die Polarforschung. Geschichte der Entdeckungswelt zum Nord- und Südpol. Von Professor Dr. K. Hoffert. — Bd. 198. Deutsche Kunst im täglichen Leben. Von Dr. Haendke. — Bd. 205. Reichweite und Abgrenzung zum Selbstunterricht. Von Professor Paul Grun. II. Teil. Preis jedes Bandes 1 R., geb. 1,25 R. Verlag: D. G. Teubner in Leipzig.

Briefe von Goethes Mutter. Von H. Köster. Geb. 2 R. „Jahrbuch“ in Leipzig.

Im Jahre des Kometen. Phantastischer Roman von G. E. Weiss. 3 Bde., geb. 4 R. Verlag von J. Hoffmann in Stuttgart.

Folktribunen. Sozialdemokratische Monatschrift.

Historia Socialiste. (1789—1900) sous la Direction de Jean Jaurès. Table analytique alphabétique par Albert Thomas. Paris.

August der Starke, sein Leben und Lieben, nach Eduard Schöls. Verlag: Brach'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Weltgeschichte. Teil 16—18. Herausgegeben von Prof. Dr. v. Hugel. Hartung. 80 Hefte. 4. 60 Pf. Verlag Ullrich u. Co., Berlin SW. 68.

Chilantien. Kritische Glosse von Pierre Bayle. II. Band. 2 R. Verlag H. Schindler, Wilmersdorf, Poststr. 61.

Die Wahrheit über die deutschen Kolonien. Nachforschung des Kolonialpolitik des Zentrums durch D. Dornburg. 60 Pf. Verlag Germania, H.-G., Berlin C. 2.

Ueber Wärmerkultur von Dr. med. R. Binz. 60 Pf. Verlag Lebenskunst — Quelltext, Berlin S. 59.

Gefährdet. Roman von H. v. Berns. 2,50 R. — Der Herr Präsident. Volksstück von G. R. Steininger. 2,50 R. Verlag von G. Koenig in Wien, Opernring 3.

Folktribunen. Sozialdemokratische Monatschrift.

Historia Socialiste. (1789—1900) sous la Direction de Jean Jaurès. Table analytique alphabétique par Albert Thomas. Paris.

August der Starke, sein Leben und Lieben, nach Eduard Schöls. Verlag: Brach'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Weltgeschichte. Teil 16—18. Herausgegeben von Prof. Dr. v. Hugel. Hartung. 80 Hefte. 4. 60 Pf. Verlag Ullrich u. Co., Berlin SW. 68.

Chilantien. Kritische Glosse von Pierre Bayle. II. Band. 2 R. Verlag H. Schindler, Wilmersdorf, Poststr. 61.

Die Wahrheit über die deutschen Kolonien. Nachforschung des Kolonialpolitik des Zentrums durch D. Dornburg. 60 Pf. Verlag Germania, H.-G., Berlin C. 2.

Ueber Wärmerkultur von Dr. med. R. Binz. 60 Pf. Verlag Lebenskunst — Quelltext, Berlin S. 59.

Gefährdet. Roman von H. v. Berns. 2,50 R. — Der Herr Präsident. Volksstück von G. R. Steininger. 2,50 R. Verlag von G. Koenig in Wien, Opernring 3.

Folktribunen. Sozialdemokratische Monatschrift.

Historia Socialiste. (1789—1900) sous la Direction de Jean Jaurès. Table analytique alphabétique par Albert Thomas. Paris.

August der Starke, sein Leben und Lieben, nach Eduard Schöls. Verlag: Brach'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Weltgeschichte. Teil 16—18. Herausgegeben von Prof. Dr. v. Hugel. Hartung. 80 Hefte. 4. 60 Pf. Verlag Ullrich u. Co., Berlin SW. 68.

Chilantien. Kritische Glosse von Pierre Bayle. II. Band. 2 R. Verlag H. Schindler, Wilmersdorf, Poststr. 61.

Die Wahrheit über die deutschen Kolonien. Nachforschung des Kolonialpolitik des Zentrums durch D. Dornburg. 60 Pf. Verlag Germania, H.-G., Berlin C. 2.

Ueber Wärmerkultur von Dr. med. R. Binz. 60 Pf. Verlag Lebenskunst — Quelltext, Berlin S. 59.

Gefährdet. Roman von H. v. Berns. 2,50 R. — Der Herr Präsident. Volksstück von G. R. Steininger. 2,50 R. Verlag von G. Koenig in Wien, Opernring 3.

Folktribunen. Sozialdemokratische Monatschrift.

Historia Socialiste. (1789—1900) sous la Direction de Jean Jaurès. Table analytique alphabétique par Albert Thomas. Paris.

August der Starke, sein Leben und Lieben, nach Eduard Schöls. Verlag: Brach'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Weltgeschichte. Teil 16—18. Herausgegeben von Prof. Dr. v. Hugel. Hartung. 80 Hefte. 4. 60 Pf. Verlag Ullrich u. Co., Berlin SW. 68.

Chilantien. Kritische Glosse von Pierre Bayle. II. Band. 2 R. Verlag H. Schindler, Wilmersdorf, Poststr. 61.

Die Wahrheit über die deutschen Kolonien. Nachforschung des Kolonialpolitik des Zentrums durch D. Dornburg. 60 Pf. Verlag Germania, H.-G., Berlin C. 2.

Ueber Wärmerkultur von Dr. med. R. Binz. 60 Pf. Verlag Lebenskunst — Quelltext, Berlin S. 59.

Gefährdet. Roman von H. v. Berns. 2,50 R. — Der Herr Präsident. Volksstück von G. R. Steininger. 2,50 R. Verlag von G. Koenig in Wien, Opernring 3.

Folktribunen. Sozialdemokratische Monatschrift.

Historia Socialiste. (1789—1900) sous la Direction de Jean Jaurès. Table analytique alphabétique par Albert Thomas. Paris.

August der Starke, sein Leben und Lieben, nach Eduard Schöls. Verlag: Brach'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Weltgeschichte. Teil 16—18. Herausgegeben von Prof. Dr. v. Hugel. Hartung. 80 Hefte. 4. 60 Pf. Verlag Ullrich u. Co., Berlin SW. 68.

Chilantien. Kritische Glosse von Pierre Bayle. II. Band. 2 R. Verlag H. Schindler, Wilmersdorf, Poststr. 61.

Die Wahrheit über die deutschen Kolonien. Nachforschung des Kolonialpolitik des Zentrums durch D. Dornburg. 60 Pf. Verlag Germania, H.-G., Berlin C. 2.

Ueber Wärmerkultur von Dr. med. R. Binz. 60 Pf. Verlag Lebenskunst — Quelltext, Berlin S. 59.

Gefährdet. Roman von H. v. Berns. 2,50 R. — Der Herr Präsident. Volksstück von G. R. Steininger. 2,50 R. Verlag von G. Koenig in Wien, Opernring 3.

Folktribunen. Sozialdemokratische Monatschrift.

Historia Socialiste. (1789—1900) sous la Direction de Jean Jaurès. Table analytique alphabétique par Albert Thomas. Paris.

August der Starke, sein Leben und Lieben, nach Eduard Schöls. Verlag: Brach'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Weltgeschichte. Teil 16—18. Herausgegeben von Prof. Dr. v. Hugel. Hartung. 80 Hefte. 4. 60 Pf. Verlag Ullrich u. Co., Berlin SW. 68.

Chilantien. Kritische Glosse von Pierre Bayle. II. Band. 2 R. Verlag H. Schindler, Wilmersdorf, Poststr. 61.

Die Wahrheit über die deutschen Kolonien. Nachforschung des Kolonialpolitik des Zentrums durch D. Dornburg. 60 Pf. Verlag Germania, H.-G., Berlin C. 2.

Ueber Wärmerkultur von Dr. med. R. Binz. 60 Pf. Verlag Lebenskunst — Quelltext, Berlin S. 59.

Gefährdet. Roman von H. v. Berns. 2,50 R. — Der Herr Präsident. Volksstück von G. R. Steininger. 2,50 R. Verlag von G. Koenig in Wien, Opernring 3.

Folktribunen. Sozialdemokratische Monatschrift.

Historia Socialiste. (1789—1900) sous la Direction de Jean Jaurès. Table analytique alphabétique par Albert Thomas. Paris.

August der Starke, sein Leben und Lieben, nach Eduard Schöls. Verlag: Brach'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Weltgeschichte. Teil 16—18. Herausgegeben von Prof. Dr. v. Hugel. Hartung. 80 Hefte. 4. 60 Pf. Verlag Ullrich u. Co., Berlin SW. 68.

Chilantien. Kritische Glosse von Pierre Bayle. II. Band. 2 R. Verlag H. Schindler, Wilmersdorf, Poststr. 61.

Die Wahrheit über die deutschen Kolonien. Nachforschung des Kolonialpolitik des Zentrums durch D. Dornburg. 60 Pf. Verlag Germania, H.-G., Berlin C. 2.

Ueber Wärmerkultur von Dr. med. R. Binz. 60 Pf. Verlag Lebenskunst — Quelltext, Berlin S. 59.

Gefährdet. Roman von H. v. Berns. 2,50 R. — Der Herr Präsident. Volksstück von G. R. Steininger. 2,50 R. Verlag von G. Koenig in Wien, Opernring 3.

Folktribunen. Sozialdemokratische Monatschrift.

Historia Socialiste. (1789—1900) sous la Direction de Jean Jaurès. Table analytique alphabétique par Albert Thomas. Paris.

August der Starke, sein Leben und Lieben, nach Eduard Schöls. Verlag: Brach'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Weltgeschichte. Teil 16—18. Herausgegeben von Prof. Dr. v. Hugel. Hartung. 80 Hefte. 4. 60 Pf. Verlag Ullrich u. Co., Berlin SW. 68.

Chilantien. Kritische Glosse von Pierre Bayle. II. Band. 2 R. Verlag H. Schindler, Wilmersdorf, Poststr. 61.

Die Wahrheit über die deutschen Kolonien. Nachforschung des Kolonialpolitik des Zentrums durch D. Dornburg. 60 Pf. Verlag Germania, H.-G., Berlin C. 2.

Ueber Wärmerkultur von Dr. med. R. Binz. 60 Pf. Verlag Lebenskunst — Quelltext, Berlin S. 59.

Gefährdet. Roman von H. v. Berns. 2,50 R. — Der Herr Präsident. Volksstück von G. R. Steininger. 2,50 R. Verlag von G. Koenig in Wien, Opernring 3.

Folktribunen. Sozialdemokratische Monatschrift.

Historia Socialiste. (1789—1900) sous la Direction de Jean Jaurès. Table analytique alphabétique par Albert Thomas. Paris.

August der Starke, sein Leben und Lieben, nach Eduard Schöls. Verlag: Brach'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Weltgeschichte. Teil 16—18. Herausgegeben von Prof. Dr. v. Hugel. Hartung. 80 Hefte. 4. 60 Pf. Verlag Ullrich u. Co., Berlin SW. 68.

## Wir empfehlen unseren Lesern die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

- Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2: Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein. Jeder junge Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Hirtshalt. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4: Der Achtstundentag von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Heft 5: Alkoholfrage und Arbeiterklasse von Dr. Frölich. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.
- Heft 6: Das Schulkind von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
- Heft 7: Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von Dr. G. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8: Nahrung und Ernährung von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9: Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Bernheim. Eine belehrende Abhandlung über die wichtige Frage.
- Heft 10: Der Arbeiterschutz von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstattregeln.
- Heft 11: Frauenleiden und deren Verhütung von Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. (Text-Illustr.)
- Heft 12: Vom medizinischen Aberglauben von Dr. C. Theiling. Eine lehrreiche Abhandlung für Jedermann.
- Heft 13: Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Heft 14: Verhütung und Heilung des Stotterns von Louis Jordan, Leipzig. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen mit 5 Text-Illustrationen.
- Heft 15: Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiter-Familie von Dr. Julian Markuse.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Wo? machen wir am Sonntag unseren Ausflug? Nach Riechelswerder zum Alten Freund. Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.

29558\*

# A. WERTHEIM

## PORZELLAN

Weiss, gerippte Form

|                                 |                  |                                                                  |                 |
|---------------------------------|------------------|------------------------------------------------------------------|-----------------|
| Speiseteller tief und flach     | 20 Pf.           | Salatieren rund, gerippt 8 Grössen                               | 15 bis 65 Pf.   |
| Dessertteller                   | 15 Pf.           | Bratenschüsseln oval                                             | 33 Pf. bis 1.05 |
| Kompotteller                    | 10 Pf.           | Butterdosen $\frac{1}{2}$ Pfd. 30, $\frac{1}{4}$ Pfd. 40, 45 Pf. |                 |
| Terrinen 1.35, 1.60, 2.05, 2.40 |                  | Eierbecher blaues Zwiebelmuster                                  | 6 Pf.           |
| Kartoffelschüsseln rund         | 65 Pf. b. 1.20   | Eierbecher mit Blumenmuster                                      | 10 Pf.          |
| Kartoffelschüsseln eckig        | 1.15 b. 1.75     | Milchbecher 13, 15 Pf., m. Hkl. 20 Pf.                           |                 |
| Saucieren                       | 65, 80 Pf., 1.15 | Tassen dekoriert                                                 | 20 bis 50 Pf.   |

|                                                   |                                    |
|---------------------------------------------------|------------------------------------|
| Kaffeeservice für 6 Personen, dekoriert           | 2.50, 3.50, 4 Mk., 4.25            |
| Kaffeeservice für 12 Personen, dekoriert          | 7 Mk., 7.75, 9 Mk., 9.50           |
| Tafelservice für 12 Personen, 60 Teile, dekoriert | 45 u. 54 Mk. 75 Teile 62 u. 75 Mk. |
| Fischservice für 12 Personen, 15 Teile            | 14.50 u. 18 Mk.                    |

Tafel- und Kaffeegeschirr „Rote Apfelblüte“

|                             |             |                                           |                     |
|-----------------------------|-------------|-------------------------------------------|---------------------|
| Speiseteller tief und flach | 32 Pf.      | Kartoffelschüsseln rund                   | 1.75, 2 Mk.         |
| Dessertteller               | 27 Pf.      | Kartoffelschüsseln oval                   | 1.90                |
| Kompotteller                | 20 Pf.      | Saucieren                                 | 90 Pf., 1 Mk., 1.20 |
| Grätenteller                | 15 Pf.      | Salatieren                                | 33 Pf. bis 1 Mk.    |
| Terrinen rund               | 2.95, 3.55  | Bratenschüsseln oval 7 Gr. 45 Pf. b. 2.95 |                     |
| Terrinen oval               | 3 Mk., 3.80 | Bratenschüsseln rund                      | 1.10, 1.40          |

Ein Posten:

|                    |           |
|--------------------|-----------|
| Speiseteller flach | 9 Pf.     |
| Dessertteller      | 7 Pf.     |
| Kompotteller       | 5 Pf.     |
| Terrinen           | 85 Pf.    |
| Milchtöpfe         | 8, 10 Pf. |

|                        |          |
|------------------------|----------|
| Butterdosen mit Kühler |          |
| weiss 1 Mk., dekoriert | 2.15 Mk. |

## GLAS

|                                                            |                |
|------------------------------------------------------------|----------------|
| Bierbecher glatt 7, mit verschmolz. 8 Pf.                  |                |
| Bierbecher m. Goldrand 10, mit stark. 14 Pf.               |                |
| Bierbecher mit Bordüre 10, m. Gold-dekor 20 Pf.            |                |
| Bierkannen gepresst                                        | 38, 45, 53 Pf. |
| Grätzertulpen gepresst                                     | 28, 30 Pf.     |
| Geleegläser gepresst                                       | 8, 9, 12 Pf.   |
| Käseglocken 42, geschl. 55 Pf. 1.10                        |                |
| Likörkelche gepresst                                       | 6, 7 Pf.       |
| Likörbecher                                                | 6, 7 Pf.       |
| Milchgläser                                                | 17 Pf.         |
| Kompottschüsseln 6, 15, 30 Pf. geschliffen 30 Pf. bis 1.05 |                |
| Kompotteller                                               | 5, 6, 9 Pf.    |
| Salat- u. Kompottschüsseln                                 | 12 bis 45 Pf.  |
| Butterdosen                                                | 33 Pf.         |
| Käseglocken                                                | 55 Pf.         |
| Weissbierpokale 22, 33, geschl. 85 Pf.                     |                |
| Wassergläser 5 b. 9, geschl. 23, 30 Pf.                    |                |
| Wassergläser mit Bordüre                                   | 10, 12 Pf.     |
| Weinrömer                                                  | 23 bis 55 Pf.  |
| Sturzflaschen geschl. 45, 55 Pf., 1.25                     |                |

|                 |            |
|-----------------|------------|
| Butterkühler    | 55, 85 Pf. |
| Milchsatten     | 7, 9 Pf.   |
| Zitronenpressen | 8 Pf.      |

Zin Posten: Kristall-Trinkgläser

|                                                                                                                        |        |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| Bowlenkelche                                                                                                           | 33 Pf. |
| Rot- u. Weissweinkelche                                                                                                | 30 Pf. |
| Römer                                                                                                                  | 55 Pf. |
| Bierbecher graviert                                                                                                    | 25 Pf. |
| Biertulpen                                                                                                             | 38 Pf. |
| Einmachegläser                                                                                                         |        |
| Parfekt $\frac{1}{2}$ 45, $\frac{1}{3}$ 50, $\frac{1}{4}$ 55, $\frac{1}{5}$ 60, $\frac{1}{6}$ 70, $\frac{1}{8}$ 85 Pf. |        |
| Adler — 80 — 40 45 55 Pf.                                                                                              |        |
| Hafen — 8 9 12 15 18 Pf.                                                                                               |        |

Ideal-Einkochapparat

|                                                                 |              |
|-----------------------------------------------------------------|--------------|
| komplett, mit Thermometer                                       | 11.25 15 Mk. |
| Gläser dazu passend in allen Grössen zu Original-Fabrikpreisen. |              |

## STEINGUT

|                                    |        |
|------------------------------------|--------|
| Speiseteller weiss, tief und flach | 8 Pf.  |
| Speiseteller Zwiebelmuster         | 11 Pf. |
| Dessertteller weiss                | 7 Pf.  |
| Dessertteller Zwiebelmuster        | 10 Pf. |
| Kompotteller weiss                 | 6 Pf.  |
| Kompotteller Zwiebelmuster         | 9 Pf.  |
| Tassen Zwiebelmuster               | 15 Pf. |

Tafelgeschirr „Aenn“ mit blauem Randmuster

|                             |              |                                      |                |
|-----------------------------|--------------|--------------------------------------|----------------|
| Speiseteller tief und flach | 12 Pf.       | Saucieren                            | 95 Pf.         |
| Dessertteller               | 10 Pf.       | Salatieren 20, 25, Satz 6 Stück      | 1.25           |
| Kompotteller                | 9 Pf.        | Bratenschüsseln oval 20 Pf. bis 2.15 |                |
| Terrinen                    | 1.30, 1.60   | Tassen                               | 13, 15, 20 Pf. |
| Kartoffelschüsseln          | 70 Pf. 1 Mk. |                                      |                |

|                             |                 |
|-----------------------------|-----------------|
| Tafelservice für 6 Personen | 7 Mk., 9.75 Mk. |
|-----------------------------|-----------------|

|                                                         |                                            |                 |
|---------------------------------------------------------|--------------------------------------------|-----------------|
| Ein Majolika-Blumenkübel zu besonders billigen Preisen. | Blumentöpfe aus wetterfestem Ton 8 Grössen | 25 Pf. bis 1.90 |
| Posten Terrakotta-Blumenkübel 90 Pf. bis 1.70           | Vasen mit blauem Unterglasur-Dekor         | 45 Pf.          |

Waschgarnituren dekoriert 1.45, 2.85, 3 Mk., 3.50 bis 6.90 Mk.

## EMAILLE-GESCHIRRE

|                                                        |                   |
|--------------------------------------------------------|-------------------|
| Schmortöpfe ohne Ring 6 Grössen                        | 45 Pf. bis 1.20   |
| Schmortöpfe mit Deckel f. Gaskocher 6 Grössen          | 75 Pf. bis 1.80   |
| Kasserollen ohne Ring, mit Stiel od. Griffen 6 Grössen | 25 Pf. bis 85 Pf. |
| Pfannen mit Stiel 6 Grössen                            | 45 Pf. bis 1.10   |
| Kartoffeldämpfer 4 Grössen                             | 1.40 bis 2.60     |
| Maschinentöpfe 5 Grössen                               | 18 Pf. bis 32 Pf. |
| Topfdeckel 8 Grössen                                   | 10 Pf. bis 35 Pf. |
| Wasserkessel mit Absatz 6 Grössen                      | 75 Pf. bis 1.75   |
| Wasserkessel f. Gaskocher 8 Grössen                    | 50 Pf. bis 1.50   |
| Waschtöpfe 3 Grössen                                   | 3 Mk. bis 3.50    |
| Essenträger 3 und 4 teilig 4 Grössen                   | 1.40 bis 3 Mk.    |
| Essnapfe 6 Grössen                                     | 18 Pf. bis 50 Pf. |

|                                          |                   |
|------------------------------------------|-------------------|
| Schüsseln flach 10 Grössen               | 20 Pf. bis 1.20   |
| Schüsseln tief 5 Grössen                 | 30 Pf. bis 90 Pf. |
| Bratenschüsseln oval 4 Grössen           | 40 Pf. bis 75 Pf. |
| Gemüseschüsseln viereckig 4 Grössen      | 20 Pf. bis 90 Pf. |
| Teller flach oder tief 4 Grössen         | 15 Pf. bis 30 Pf. |
| Schöpflöffel 6 Grössen                   | 18 Pf. bis 40 Pf. |
| Durchschläge 3 Grössen                   | 40 Pf. bis 90 Pf. |
| Wassertrichter 4 Grössen                 | 20 Pf. bis 40 Pf. |
| Kaffeetrichter 5 Grössen                 | 30 Pf. bis 60 Pf. |
| Kaffeekannen gerade Form 4 Grössen       | 80 Pf. bis 1.10   |
| Salz- u. Mehifässer mit Konsole 3 Sorten | 2 Mk. bis 2.50    |
| Bürstenbretter mit 6 Bürsten             | 3 Mk.             |

|                                                |                         |
|------------------------------------------------|-------------------------|
| Seifenhalter 5 Sorten                          | 12 Pf. bis 40 Pf.       |
| Seifenschalen                                  | 20 Pf.                  |
| Leuchter weiss 20 Pf., dekoriert               | 30 Pf.                  |
| Waschschüsseln Durchmesser ca. 40 cm dekoriert | 2.50                    |
| Toiletteneimer weiss 4 Grössen                 | 2 Mk. bis 3.25          |
| Toiletteneimer dekoriert, mit Korbbengel       | 4 Mk.                   |
| Wannen oval, weiss ohne Fuss 3 Grössen         | 80 Pf. bis 2 Mk.        |
| Wannen oval, mit Fuss 6 Grössen                | 1.25 bis 3.75           |
| Wannen rund, mit Fuss 4 Grössen                | 1.30 bis 2.50           |
| Wassereimer mit Deckel, dekoriert 4 Sorten     | 2 Mk. bis 3 Mk.         |
| Wassereimer Durchm. ca. 25 cm, marmoriert      | 90 Pf., hellblau 85 Pf. |
| Wassereimer Durchmesser ca. 28 cm, grau        | 65 Pf.                  |

## WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

|                                             |                 |
|---------------------------------------------|-----------------|
| Gazeglocken rund, 6 Grössen                 | 25 bis 60 Pf.   |
| Gazedekel 6 Grössen                         | 15 bis 30 Pf.   |
| Gazeschränke 4 Gr. 5.75 bis 9.50            |                 |
| Giesskannen Weissabl. 6 Gr. 90 Pf. bis 2.25 |                 |
| Giesskannen lackiert, 6 Gr. 40 Pf. bis 1.40 |                 |
| Blumengitter 4 Sorten                       | 75 Pf. bis 2.10 |
| Aermelplättbretter zusammenlegbar           | 1.50            |
| Plättisen mit Spiritusheizung, kleine       | 5.25, 6 Mk.     |
| Gasplatten 2 Stück, mit Erhitzer            | 4.75            |
| Gaskocher 2 Brenner 8.50, mit Wärm.         | 9.50            |

|                                                  |                 |
|--------------------------------------------------|-----------------|
| Eisschränke mit Zinkblech ausgeschlagen, 1 türig |                 |
| Höhe 72 81 89 94 cm                              |                 |
| Breite 55 61 75 79 cm                            |                 |
| Tiefe 45 51 60 64 cm                             |                 |
|                                                  | 26 34 46 55 Mk. |

|                                                  |        |
|--------------------------------------------------|--------|
| Eisschränke mit Zinkblech ausgeschlagen, 2 türig |        |
| Höhe 89 cm, Breite 107 cm, Tiefe 60 cm           |        |
|                                                  | 65 Mk. |

### Eisschränke

|                                                               |              |
|---------------------------------------------------------------|--------------|
| Eisschränke mit Butterkasten, Zinkblech ausgeschlagen 1 türig |              |
| Höhe 88 96 96 cm                                              |              |
| Breite 61 75 107 cm                                           |              |
| Tiefe 51 60 60 cm                                             |              |
|                                                               | 44 56 80 Mk. |

|                                        |                 |
|----------------------------------------|-----------------|
| Eisschränke mit Glas ausgelegt 1 türig |                 |
| Höhe 89 94 93 89 cm                    |                 |
| Breite 75 79 93 107 cm                 |                 |
| Tiefe 60 64 51 60 cm                   |                 |
|                                        | 55 65 65 85 Mk. |

|                                                                 |                |
|-----------------------------------------------------------------|----------------|
| Eisschränke mit Glas ausgelegt, Butterkasten emailliert 1 türig |                |
| Höhe 96 88 96 cm                                                |                |
| Breite 75 93 107 cm                                             |                |
| Tiefe 60 51 60 cm                                               |                |
|                                                                 | 80 120 140 Mk. |

### Grössere Schränke

auch mit besonderer Einrichtung für Schlächter, Restaurateure

## Berliner Nachrichten.

### Automobilfegerei.

Unter dem offiziellen Namen „Prinz Heinrich-Fahrt“ hat am dritten Pfingstfeiertag in aller Herrgottsfrühe eine jener sportlichen Automobilfereien begonnen, deren hervorsteckendstes Merkmal in der Regel bildet, daß unterwegs ein paar harmlose Chauffeegänger tot oder doch zu Krüppeln gefahren werden. Mehrere tausend Menschen, vorwiegend solche, die die Nacht zum Tage zu machen pflegen, hatten sich beim Start auf der Tempelhofer Chaussee eingefunden, trotz des atembeklemmenden Gestanks, den nicht weniger als 130 auf kurzer Strecke versammelte Benzintaxen verursachten. Gendarmen zu Fuß und hoch zu Ross zeigten, daß sie mindestens dasselbe leisten können wie ihre Berufscollegen an der Spree. Die Kapelle eines Garde-regiments konzertierte. Mehrere hundert Offiziere in Zivil waren als aktive und passive Teilnehmer vertreten. Und zwischen der „Gesellschaft“ bewegte sich ungeniert, mit dem letzten überlauten Aufklappen nach durchlebter Nacht, die Halb-welt d. Friedrichstraße. Vielfach wurde ein am Abend zuvor eingelaufenes Telegramm jenes hohen Herrn, der dem sportlichen Ereignis seinen Namen geliehen hat, erörtert. „Vorsichtig fahren,“ warnte der Draht. Aber das hat erfahrungsgemäß in der Praxis nicht viel zu bedeuten. Am ersten Tage dieser Siebentagefahrt nimmt man sich vielleicht noch etwas in acht. Dann steigt die Sportwut immer höher, um schließlich in ein wahnsinniges Chauffeerasen auszuarten. Alles rennt, rettet, flüchtet. . . . Häufige hatten sich in ohnmächtiger Wut. Derbe Fäuste saßen unschädlich den in dichten Staubwolken wie der Blitzzug vorüberjagenden Sportwagen nach. Das Hohn-gelächter der Nasenden verhallt im Winde. Tierleiber werden mittendurch geschnitten, daß das Blut hoch aufspritzt und die Fleischsegen fliegen. Und endlich ist auch ein Mensch zur Strecke gebracht. Vorläufig das erste Menschenleben, dem bald weitere folgen. Rücksichtslos sind die Schuldigen über den im Wut sich wälzenden Menschenhaufen weitergerast. Was fragen sie nach dem Leben eines Armen, den ihnen sein Unglücksstern in den unheilvollen Weg führte? Die „Sportchöre“ sieht höher als Menschenleben! Da mag das Postflosspapier aus der Zimmersirase in zynischem Uebermut noch die Bemerkung: „Das Publikum sollte für solche Sportfahrten mehr zur Vorsicht erzogen werden.“ Ganz nach Art jenes modernen Herrenrechtes, das die öffentlichen Wege, die für das gesamte Volk da sind, als seine ureigenste Sportdomäne betrachtet.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß auch außerhalb sportlicher Sonderereignisse diejenigen Fälle, in denen durch rücksichtsloses Zagen hochherrschastlicher Automobile auf Großstadtstraßen wie auf Chausseewegen Menschenleben in schwere Gefahr gebracht worden sind, sich ständig mehren. Für diese Extralasse von Erdmennechen scheinen alle polizeilichen Verfügungen, die sich gegen die Automobilferei richten, in den Wind zu gehen. Oder sind derartige Schutzbestimmungen zur öffentlichen Verkehrssicherheit für die Höchstgestellten und Hochstehenden überhaupt nicht da? Mit Be-hagen berichten bürgerliche und andere Blätter nicht allzu-felten, wie irgendein Prinz- oder ein hoher Würdenträger, der einen Menschen mit dem Auto angefahren oder gar über-fahren hat, aufopferungsboll für denselben sorgte. Ist das Unglück erst mal da, so wäre es ja einfach noch schöner, wenn diese hochstehenden Personen ihren „Weg über Leichen“, so geläufig er ihnen ist, unbedenklich fortsetzen wollten. Sie erfüllen also damit, daß sie halten lassen und sich des Verunglückten annehmen, nur eine verdammt Menschenpflicht. Viel höher sollte ihnen aber die andere Menschenpflicht stehen, alles aufzubieten, daß solche Unglücksfälle nicht erst passieren können. Es ist eine so wohlfeile Ausrede, der Verunglückte sei ihnen in das Auto direkt hineingelaufen. Entgegengehetes wird sich ja gegenüber solchem „kompetenten“ Urteil meist schwer feststellen lassen. Fast immer ist an dem Unglück einzig und allein das un-sinnige Fahren selbst schuld. Wir halten es natürlich für aus-sichtslos, etwa zu verlangen, daß die neuerdings sehr ver-schärften Bestimmungen über das Tempo der Automobile auch auf die Kraftwagen der Höchstgestellten angewendet werden. Im Gegenteil haben wir die Beobachtung gemacht, daß gerade diese elfenbeinfarbenen Autos sich ein immer schnelleres Tempo angewöhnen, das für unser Publikum die schwersten Gefahren in sich birgt. Aber es muß mit aller Schärfe dagegen Einspruch erhoben werden, daß die amtlichen Organe ein Auge zudrücken, wenn dasselbe gefährdende Tempo auch von jener beborrechteten Klasse beliebt wird, die über dem Namenszug eine Krone und am Rod einen bunten Krigen trägt. Was nützt es, wenn diese Herrenmenschen nach dem Unglücksfall prozig ausrufen: „Wir bezahlen's!“ Mit Geld sieht man dem armen Menschen, der kurz und klein ge-fahren worden ist, seine Knochen nicht wieder zusammen. Arbeitskraft und Menschenglück sind meist für immer dahin.

### Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Unvorhergesehener Umstände wegen kann der letzte Unterrichtabend in Nationalökonomie doch heute, Donnerstag, den 11. Juni, abgehalten werden. Er beginnt, wie mit den Teilnehmern bereits verabredet war, pünktlich 8 Uhr.

### Von der Viehzucht,

Extrazug auf Extrazug rollt heran. Jedem entströmen Hunderte, die dann eiligen Schrittes zur nahen Rennbahn streben. Dazwischen blüht der Handel mit „Rennprogramm und Weisheit.“ Längst jedem Großstädter vertrautes Bild, diese Menschenmenge, die mit Ernst und Wichtigkeit sich einer Schaustellung zuwagt, deren Sinn und Wert bedenklich mit solchem Ernst und solcher Wichtigkeit kontrastieren.

Wozu werden Pferderennen veranstaltet? Um die Pferdezuht zu heben. Zunächst muß man aber einmal neunundneunzig Prozent der Zuschauer ausschalten, denen an der Beobachtung der Pferde-zucht ebenso viel gelegen ist wie an der unbefleckten Empfangnis. Der Rest der Zuschauer und die eigentlichen Beteiligten haben ein Berufsinteresse an diesem Sport. Die Pferdezuht als „ideales“ Ziel hat höchstens der Staat im Auge. Natürlich auch nur aus Staatsrücksichten. Wesentlich militärische Gründe stehen dahinter. Also schon an und für sich etwas

Anzusehendes. Es kommt hinzu, daß die Kavallerie mehr und mehr zur Ausstattungssoper herabgesunken ist, zur Manegekunst. Die modernen Geschosse, Dampf, Elek-trizität und nächsten Flugkraft werden sie bald vollends beseitigt haben. (So schwindet zugleich ein Aus-stattungsrequisit nach dem andern aus dem Arsenal des Militarismus, und damit verliert er allgemach seine Romantik und wird gänzlich unpopulär.)

Das Pferd hat seine Schuldbildigkeit in der Geschichte dieser Erdbugel getan; man bedarf desselben immer weniger. Und man muß ihm sein Verschwinden von Herzen gönnen; der Mensch hat an diesem Tiere wie an keinem anderen ge-frevelt. Er duldet kein Geschöpf in Freiheit neben sich. Er macht es sich nutzbar als Nahrung oder als Arbeitskraft. Und als solche auch, wenn es zu Schaustellungen verwendet wird.

Das Tierquälerei der Pferderennen wird manchmal überschätzt. Den wenigen, wenn auch außerordentlich ge- steigerten Anstrengungen an den Renntagen steht die sorg-same Pflege gegenüber. Jeder Droschkengaul ist zehnmal schlimmer dran. Immerhin ist auch die geringste Quälerei, sofern sie nicht notwendig ist, verdammenstwert. Und von Rot-wendigkeit kann keine Rede sein bei den Pferderennen.

Um auch die ästhetische Seite zu betrachten: ein Renn-pferd ist keineswegs das Ideal eines Pferdes, auch nicht des Reitpferdes. Die viel zu einseitige Ausbildung verhindert das ebenso, wie die Leistungsfähigkeit auf ein Gebiet konzentriert, d. h. auf anderen mindert.

Wozu also der Pferdesport? Für einige, ganz wenige ist er ein Beruf. Für andere ein Spiel. Für die meisten ein Nerventüfel.

In den besser situierten Volksschichten pflegt jedermann von der Bedeutung seines speziellen Berufs die über-trieblichsten Vorstellungen zu haben. Der Proletarier ist im allgemeinen von solcher Eitelkeit frei. Er weiß, daß er als Lohnarbeiter vor seinesgleichen nichts voraus hat. Anderer-seits gibt es viele Berufe, die zwar im bürgerlichen und juristischen Sinne als nicht unanständig gelten, die aber zweifellos vor einer entwickelten Moral nicht bestehen können. Man muß also schon froh sein, wenn ein Beruf nicht direkt und gräßlich gegen diese Moral verstößt. Solcher Art ist etwa der Beruf desjenigen, der, so oder so, mittels eines Sportes, wie es der Pferderennsport ist, sein Leben fristet. Denn durch den heutzutage notwendigen Zusammenhang dieses Sportes mit dem Totalisator, der doch unbedingt eine unsittliche, ge-fährliche Institution ist, wird der Pferderennsport ohne weiteres moralisch kompromittiert. Folglich auch derjenige, der ihn freiwillig — nicht nur durch den Mangel anderer Arbeitsfähigkeit oder -gelegenheit gezwungen zu seinem Berufe macht.

Der Pferdesport als Sport? Ein Sport kann von hygienischem, ästhetischem und sittlichem Werte sein. Aber er ist es um so weniger, je mehr er sich, wie aller eigentliche Sport, auf die Ausbildung einer einzelnen Körperanlage be-schränkt und die übrigen mehr oder minder vernachlässigt. Nun vollends, wenn dieser Sport den Menschen zum Zerr-bild oder zum Krüppel verformt! Dies ist aber ganz be-sonders beim Rennreiter der Fall. Die Gladiatoren der Alten waren demgegenüber harmonisch ausgebildete Ge-schöpfe.

Ein solcher Sport, der demnach ohne ethischen Wert ist für den Ausübenden, muß es erst recht sein für den Zu-schauenden. Das einzige Einwandfreie, was er im besten Falle holen kann, ist ein ästhetischer Genuss. Der aber kann nicht eintreten, wo es sich, wie hier, um eine bis zum äußersten gesteigerte, maßlose Kraftentwidelung handelt. Es kommt ja vor, daß ein Pferd sein Rennen leicht und in Schönheit ge-winnt. Um so schlimmer sehen die Unterliegenden aus. Kurz: Barbarei in jedem Falle.

Es bleibt für alle Beteiligten das Morphiumsmäßige des Bettebersportes die Hauptsache. Der angefaule Kultur-mensch sucht und findet einen innerlich sinnlosen Nervenkitzel, der darum so pervers ist, weil er auf einem der peinlichsten, am schwersten zu ertragenden Gefühle beruht: auf der Un-gewissheit eines Resultates. Raffiniert wird diese Verberstheit durch die Verknüpfung des an sich materiell für den Zu-schauenden bedeutungslosen Resultates mit einem persönlichen Verlust oder Gewinn: durch das Wetten. Und hier zeigt sich der Staat als Gelegenheitsmacher, wie bei der Lotterie und ähnlichen Dingen, ausgestattet mit der Moral eines Huren-wirtes; Bitte, tut euch in meinem Hause keinen Zwang an; ich kümmere mich um nichts; wenn ich nur die Totalisator-stener bekomme.

Es ist recht drollig, daß alle fünf Minuten die Heiligkeit des Staates beteuert und durch strenge Strafen eingeschränkt wird. Der Paragraph von den Verträgen, die gegen die guten Sitten verstoßen, existiert für den Staat nicht. Und so sanktioniert er frohgemut mehr als einen Verstoß gegen die guten Sitten, ob er sich nun Prostitution nennt oder Totalisator oder patriotische Expropriation.

Verlegung von Straßenbahnlinien. Die Große Berliner und die Westliche Vorortbahn sind wegen Asphaltierung der Berliner Straße in Wilmersdorf zwischen der Umland- und der Augustastrasse genötigt, von jetzt an bis zur Beendigung der Arbeiten eine Reihe von Linien umzuleiten. 91 und 5 fahren zwischen der Berliner, Ede der Umlandstraße und der Ede der Augustastrasse, durch die Umlandstraße, Wilhelmstraße und Augustastrasse. Die Linie 92 fährt nicht über die Schleife Berliner Straße, Augustastrasse, Wilhelmstraße, Umlandstraße, sondern über die Umlandstraße, Wilhelmstraße, Augusta- und Brandenburgerstraße bis zum Fährbeller Platz und zurück. Ebenso befährt die Linie 67 nicht diese Schleife, sondern wird wie O von der Berliner, Ede der Umlandstraße durch die Umlandstraße, Wil-helmsau und Augustastrasse bis zur Reddenburgischen Straße ver-längert. Die Linien 62 und 63 endigen nicht in der Umlandstraße an der Ede der Wilhelmstraße, sondern in der Berliner Straße zwischen Umlandstraße und Lauenburger Straße. B und S fahren zwischen der Wilhelmstraße, Ede der Augustastrasse, und der Ber- liner Straße, Ede der Umlandstraße, durch die Wilhelmstraße und die Umlandstraße.

### Auch ein „Freibad“.

„Wie war's vor einem Jahr so schön — im Wannsee-Freibad anzusehn . . .“ Hier versiegt unsere poetische Ader und wir wollen deshalb in Prosa weiter schildern, welcher Wandelung das Familienbad am Wannsee in neuester Zeit unterworfen wurde. Bekanntlich bildete der schöne See im Grunewald im letzten Sommer das Ziel Tausender von Berliner Ausflüglern, die das von den zuständigen Behörden genehmigte Recht, zwangs-

los im Freien ein erfrischendes Bad zu nehmen, ausnützen oder als Zuschauer zusehen wollten. Die Sache war an sich recht harm-los, das Publikum benahm sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, wie es bei unseren Weltstadtverhältnissen nicht ganz zu vermeiden ist, recht manierlich und bildete, nebenbei gesagt, seine eigene Polizei. Anders die Ruder, Sittenswächter und Reuschheits-verwalter. Sie wurden von stillosen Krampfanzügen geschüttelt und schrien Rord und Zeter über die Sittenverderbnis am Wannseebad, das sie als Sündenpfuhl, schlimmer als Sodom und Gomorrha schilderten.

Flugs bildete sich ein Verein, der es in die Hand nahm, den stillosen Verfall der Berliner Bevölkerung aufzuhalten und Tugend und Sittlichkeit unter wasserbüchsen, sorgsam geschlossenen Zellen zu bewahren. Nun hätte soweit kein vernünftiger Mensch etwas einzuwenden, zumal diese Schulhallen weit über ihren eigentlichen Zweck den Badenden nützlich sind. Wogegen man sich aber wenden muß, ist der Umstand, daß aus dem vormals freien, das heißt, für jedermann unentgeltlichen Seebad ein egflussives und verhältnismäßig kostspieliges Bad entstanden ist.

Wohl steht am Eingang in großen, stolzen Lettern die weithin prangende Inschrift: „Wannsee-Freibad! Freibäder-Verein!“ Leider verschweigt diese doppelsinnige Ankündigung die wahre Tat-sache, daß die einzige Freiheit darin besteht, gegen die verschiedensten Abgaben im „Freien“ baden zu dürfen. Es wirkt wie blutiger Hohn, wenn man die vielen „Jaungäste“ am Drahtzaun, der das „Freibad“ umgrenzt, stehen sieht, wie sie mit Ingrimm hinüber zu den Bevorzugten blicken. An der „Kasse“ des „Freibades“ werden für jede Person, ob groß oder klein, 10 Pf. erhoben für „Garbende und Eintritt“, wie man es lesen kann. So viel wie aber sehen konnten, zahlen viele der Besucher an den Garderoben-ständen nochmals 10 Pf. oder mehr. Zwar wird nichts verlangt, aber die Betreffenden erklären uns, daß sie aus einem gewissen peinlichen Gefühl heraus diese Abgabe entrichten. Für Auf-bewahrung von Wertgegenständen „nach Belieben“ bezahlt werden, anderenfalls wird keine Verantwortung übernommen. Wadefloßen und Handtuch kosten 20 Pf. zusammen, was uns auch etwas ge-salzen vorkommt. Für Benutzung der Aborte müssen Männlein und Weiblein 10 Pf. entrichten, die Trinkgeldfrage wird je nach dem Besucher von diesem „nach Belieben“ gelöst. Daß nach alledem von einem „Freibad“ im ursprünglichen Sinne nicht mehr die Rede sein kann, ist erklärlich. Weniger bemittelte Familien können von diesem „Freibad“ natürlich keinen Gebrauch machen. So kommt es, wenn eine gemeinnützige Einrichtung der Freibad-spekulation ausgeliefert wird. Das ärmere Publikum ist dann regelmäßig der „Geleimte“.

Vom Bau der Untergrundbahn wird uns gemeldet: Die Ver-bindungstunnel zwischen Leipziger Platz und Vossstraße sind in den letzten Wochen außerordentlich schnell gefördert worden. In dem nördlichen Tunnel, der sich unterhalb der Gebäubetteile des Reichs-marineamtes hinzieht, sind die Ausschachtungsarbeiten bis auf das unter dem Hofe belegene Mittelstück fertiggestellt, so daß jetzt von beiden Seiten mit dem Einbau der Tunnelwände be-gonnen werden kann. Diese werden auf der bezeichneten Strecke besonders armiert, zu welchem Behufe bereits eiserne Trüger an den Seiten aufgerichtet sind, welche durch quer übergelegte Dedenträger miteinander verbunden werden. Hier entfaltet sich gegenwärtig ein interessantes Bild wertvoller Arbeit. Maurer sind dabei, an den Fundamentmauern tragenden Eisenträgern die letzten Räden aus-zufüllen und das in das Profil hineinragende Mauerwerk mit Hammer und Meißel zu beseitigen, auf den Reibbahngleisen rollen die Transport-Lowren ab und zu und dazwischen balanzieren die Arbeitsleute, auf den Schultern mit Wasser oder flüssigem Zement gefüllte Eimer tragend. Zahlreiche elektrische Lampen erhellen den raucherfüllten Tunnel und vom Hofe des Reichs-Marineamtes fällt durch eine große Oeffnung noch das große Sonnenlicht herein. Die Wasserhaltungsmaschine ist in voller Tätigkeit und weiterhin mischt sich das Getöse des elektrischen Krans, der den ausgehobenen Boden heraus schafft, in das geschäftige Treiben, das die unterirdische Baugrube erfüllt. Im südlichen Tunnelstrang sind die Arbeiten schon weiter vorgeschritten; hier ist ein Teil der Seitenwände bereits fertig und man wird daher bald mit dem Eindecken des Tunnels beginnen können.

Jakob Baumann †. Einer der älteren Berliner Partei-genossen, Jakob Baumann, ist gestern im Alter von 63 Jahren an einem langwierigen Magenleiden gestorben. Baumann, ein Schwager unseres Genossen Singer, trat agitatorisch in der Partei-bewegung nicht hervor, doch werden manche unserer Mitkämpfer, die in der schlimmen Zeit des Sozialistengesetzes in Berlin tätig waren, sich gern daran erinnern, daß der Verstorbene, wo er nur konnte, mit Rat und Tat der Partei zu Diensten stand und auf seine Weise manche Not zu lindern suchte. Mit vorbildlichem Eifer entfaltete Baumann im Berliner Gemeindegewesen seine Kräfte. Bis an sein Lebensende verjah er lange Jahre hindurch das Amt eines Bürgerdeputierten in der Berliner städtischen Armenverwaltung und machte sich hier mit Energie, manchen alten Pops zu beseitigen und moderne, der Humanität entsprechende Grundfälle in diesem wichtigen Zweig der Kommunalverwaltung zur Geltung zu bringen. Baumann war ein guter, lebenswürdiger Mensch, ein waderer Parteigenosse, und wer ihn kannte, wird ihm mit uns gern ein ehrendes Andenken bewahren.

### Um ihr Wahlrecht gekommen

sind bei der gestrigen Stichwahl 72 Urwähler eines einzigen Wahl-bezirks. Hierzu wird uns geschrieben: „Im 948. Wahlbezirk (8. Wahlkreis, Wahllokal Wuhl, Danziger Straße 96) sollte am heutigen Tage Stichwahl in der zweiten Abteilung stattfinden, nach-dem die Hauptwahl am 3. Juni das Ergebnis gehabt hatte, daß von den 85 abgegebenen Stimmen 15 die Kandidaten der Sozial-demokratie, 17 die Kandidaten der Freisinnigen und 3 die soge-nannten Mittelstandsparteien erhalten hatten.“

Am Stichwahltag hatte der Wahlvorsteher Herr Franz, Hagenaue Straße 10, vormittags 8 1/2 Uhr noch kein Material zu-geschickt bekommen. Auf Veranlassung eines sozialdemokratischen Beisitzer machte sich nun der Wahlvorsteher mit dem betreffenden Beisitzer auf den Weg nach dem Wahlbureau, um sich nach dem Stande der Dinge zu erkundigen. Dort wurde den Herren bedeutet, daß der Protokollführer einen Fehler gemacht hätte, weil er im Protokoll die Namen der Kandidaten, zwischen denen die engere Wahl stattfinden hätte, nicht besonders vermerkt hätte. Wohl sei aus dem Stimmenergebnis die Stichwahl ersichtlich, aber die Stich-wahlkandidaten hätten eben besonders angegeben werden müssen.

Als ob man im Wahlbureau diese Unterlassung nicht sofort hätte korrigieren können. Auf die Frage, was nun werden solle, wurde die Antwort gegeben: „Trösten Sie sich, meine Herren, es geht hundert anderen ebenso.“

Das ist ein recht schlechter Trost für die um ihr Wahlrecht ge-kommenen Urwähler, wenn man noch in Betracht zieht, daß das Wahlrecht ohnehin ein recht lärgliches ist. Wir glauben gern, daß

Der Anklage gegen V. liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Im November v. J. tauchte unter dem in Berlin anjässigen Anarchisten ein Mann auf, der viel mit dem als Anarchist bekannten Schriftsteller Berner Karsunkelstein (Daja) und dem Tapezierer Erich Gofas verkehrte. Die betreffende Persönlichkeit war der hiesigen politischen Polizei völlig unbekannt. Ermittelt wurde nur, daß er Voimville heiße und Franzose sein sollte. Zweck Vorbereitung eines Ausweichungsverfahrens wurde die Feststellung des englischen Voimville angeordnet. Eine in der Mathieustraße 1 wo V. wohnte, vorgenommene Hausdurchsuchung förderte zwar Material dafür, daß Voimville anarchistischen Bestrebungen nachging, nicht zutage, wohl aber machte die Polizei eine andere interessante Entdeckung. Es wurden außer 56 Mark echtem deutschen Gelde und 6000 Franken in französischen Banknoten in einem Lederkoffer unter schmutziger Wäsche 16 falsche 5fr.- und 9 falsche 10fr.-Markstücke gefunden, die einzeln in Papier gewickelt und in einem Strumpf aufbewahrt wurden. In seinen Korrespondenzen befanden sich Briefe, die an die Leipziger Maschinenbaugesellschaft Leipzig-Sellerhausen gerichtet waren und laut deren Voimville Unterhandlungen über den Ankauf einer Gravir-, Kopier- und Reduziermaschine angestrichelt hatte. Voimville wurde unter dem Verdacht des Münzvergehens festgenommen. Die Kriminalpolizei vermutete von Anfang an, daß man es mit einem internationalen Falschmünzer zu tun habe. Diese Vermutung fand in dem weiteren Verlauf der Untersuchung genügende Bestätigung. Voimville wurde am 15. Februar v. J. in Hagebrout in Frankreich wegen Münzverbrechens verhaftet, ist aber auf eine höchst verwegene Weise aus dem dortigen Gefängnis ausgebrochen. Auch noch nach der Verhaftung des V. tauchten in Berlin falsche 5fr.-Markstücke derselben Art auf. Der Verdacht, daß mehrere andere Personen an der Veräußerung des Geldes beteiligt waren, bestätigte sich auch. Am 19. Februar v. J. wurde die Filomena Soler im Warenhaufe Berthheim bei Veräußerung eines falschen 5fr.-Markstücks festgenommen. Am 4. April wurden Miguel Soler und die Lucia Accorta und der inzwischen entflohene Manuella Soler dabei beobachtet, wie sie in dem Zigarrengeschäft von Zuhl in der Spandauer Straße ein falsches 5fr.-Markstück veräußerten. Der Filialleiter Gustav Riehl ließ die drei Verdächtigen festnehmen. Alle drei hatten erst die Flucht ergriffen; Miguel Soler warf hierbei ein Päckchen mit elf falschen 5fr.-Markstücken in einen Kofferraum. Im Dufutter des Soler entdeckte die Polizei einen Pöbelintoxikationschein. Mit den Accorta und Soler bestritt der Angeklagte in irgend einer Beziehung gestanden zu haben. Die Verweissnahme verließ in sehr einträglichen Löhnen und erbrachte nicht besonders Bemerkenswertes. Um 1/2 12 Uhr nachts verlinde die Obmann der Geschworenen den auf schuldig des Münzverbrechens im Sinne des § 147 (Einführung falschen Geldes aus dem Auslande) lautenden Wahrpruch. Staatsanwalt Dr. Hagen beantragte eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren.

Das Urteil lautete auf vier Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Gegen die übrigen in der Affäre verwickelten Personen wird in einem besondern Verfahren verhandelt.

Stroch Nibel.

Vor der dritten Kammer des Landgerichts I begann gestern die mehrtägige Verhandlung gegen den 33-jährigen Dr. phil. Hermann Victor Nibel, der des wiederholten Stillschließens von Mädchen unter vierzehn Jahren, der Verführung unbefugter Mädchen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, und der Verleitung zum Meineide beschuldigt ist. Die Verhandlung leitet Landgerichtsdirektor Lieber, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Schindler, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Alsbach und Gillebrandt. Der Angeklagte ist am 23. Mai 1888 in Rosen geboren und sitzt seit dem 12. März d. J. in Untersuchungshaft. — Als Sachverständige sind Gerichtsschreiber Dr. Jeserich und Medizinalrat Dr. Hoffmann geladen. Unter den mehr als 80 Zeugen befinden sich viele junge Mädchen niederen Standes, die Kriminalkommissare Dr. Kopp und Hoppe, die Kriminalhauptleute Stierstädter und Konior, einige Pastoren und Notaren usw. Kriminalbeamte beobachteten sorgsam das Treiben vor dem kleinen Schwurgerichtssaal, in welchem die Verhandlung stattfindet, da allerlei Leute sich an Zugen herandrängen, um wie man vermutet, die Mädchen zum Widerruf früherer Aussagen zu bewegen. — Der Angeklagte ist schon seit Jahren bei der Polizei im Verdacht, in seiner luxuriösen ausgestatteten Wohnung die unzüchtlichen Dinge mit jugendlichen Personen weiblichen Geschlechts begangen zu haben. Schon im Jahre 1903 kam zur Anzeige, daß er zwei dreizehnjährige Mädchen in seine Wohnung verschleppt und seinen Lüsten dienbar gemacht habe. Nach den Mitteilungen, die einzelne der Mädchen der Polizei gemacht haben, soll die Sache gewöhnlich damit begonnen haben, daß der Angeklagte die Mädchen in der Friedrichstraße oder in der Passage ansprach und ihnen eine ganz harmlose Einladung zum Kaffeegespräch in seiner Wohnung unterbreitete. Folgenden die Mädchen dann dieser Einladung, dann soll ihnen ein starker süßer Wein und Likör vorgesetzt und die Mädchen durch diese leicht berauschten Getränke in große Erregung versetzt worden sein. Der Angeklagte soll, so wird weiter behauptet, dann durch lüderliche Gespräche, schmutzige Witze und unzüchtige Darstellungen verstanden haben, die Erregung zu steigern, bis er die Mädchen dann völlig unter seinen Willen gezwungen hatte. Es wird behauptet, daß er solche „Kaffeegespräche“ wiederholt von denselben Mädchen erhielt und daß er durch die einmal mit ihnen in Verbindung kommenden Mädchen immer wieder neue zuführen ließ. Einzelne soll er auch durch Ehebetrogen an sich zu fesseln verstanden haben und wenn er ihrer überdrüssig wurde, soll er ihnen kaltblütig den Laufpaß gegeben haben. Eine dieser in ihren Hoffnungen Betrogenen ist ins Wasser gegangen. Auch ein anderes Mädchen ist freiwillig in den Tod gegangen und dieses Ereignis hat den Stein ins Rollen gebracht. — Die Verleitung zum Meineide, die dem Angeklagten durch die Anklage zur Last gelegt wird, soll darin bestehen, daß er versucht haben soll, durch Beschimpfungen und Bedrohungen einige Mädchen von einer wahrheitsgemäßen Aussage abzubringen. Der Angeklagte bestreitet in jedem Punkte seine Schuld. Die Verhandlung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auch die Presse ist ausgeschlossen.

Koloniale vor dem Gewerbegericht.

Gegen die „Deutsche Abgabengesellschaft“ (Sitz Berlin) begann am Mittwoch vor dem Gewerbegericht, Kammer 6, ein Prozeß des Monteurs und Maschinisten Sippel, der auf der Plantage Duschirhof bei Wangan in Deutsch-Ostafrika tätig gewesen war. Sippel war seinerzeit an Malaria und Lungen- und Nierenkrankheit erkrankt. Er wurde eine Zeitlang auf Kosten der Gesellschaft im Krankenhaus zu Tanger behandelt und dann, obwohl der Arzt ein längeres Verbleiben in Tanger für notwendig erklärte, vom Vertreter der Gesellschaft nach der Heimat geschickt. In Reapel mußte er sich aufs neue behandeln lassen und auch jetzt noch ist er der Behandlung in einer Anstalt bedürftig. Zu dem ersten Termin am Mittwoch (Vergleichstermin) war er persönlich erschienen. Die Deutsche Abgabengesellschaft war durch den Direktor Nadel vertreten. — Der Kläger beanspruchte circa 880 M. an rückständigem Gehalt, Auskosten für Reapel, Auskosten für Marburg und Gehaltsentschädigung für die Zeit der Reise und der Krankheit.

Vom Direktor der Beklagten wurde zunächst die Zuständigkeit in Frage aufgeworfen. Der Verhandlungsleiter Dr. Böbling bemerkte in der Beziehung folgendes: Derselbe zuständig sei nach dem Gesetz das

Gewerbegericht, da entweder beide Parteien ihren Wohnsitz haben oder wo die Beschäftigung erfolgt oder wo die Streitige Verpflichtung zu erfüllen ist. Die Beschäftigung war in Afrika. Ob der juristische „Sitz“ der Gesellschaft, der ja Berlin ist, auch als „Wohnsitz“ im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes gelten könnte, sei streitig. Anscheinend bestreite hier mit Bezug auf juristische Personen im Gesetz eine Rinde. Da nun aber S. durch die Gesellschaft nach dem Heimat zurückgeschickt worden sei, so wäre dadurch der Erfüllungsort für Ansprüche des Klägers Berlin geworden und so das Berliner Gewerbegericht örtlich zuständig. — Beklagte könne sich auch nicht auf den Passus des mit S. geschlossenen Vertrages berufen, wonach in Streitfällen die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte begründet werden solle. Eine solche Vertragsbestimmung sei ungültig. Höchstens könnte vertraglich ein Schiedsgericht vorgesehen werden, daß dann aber befehligt sein müßte analog den Gewerbegerichten.

Nach diesen Velehrungen machte Direktor Nadel seine materiellen Gründe gegen die Klage geltend. Sie gipfelten darin, daß Kläger durch die Art seines angeblich den Tropen nicht entsprechenden Lebens die Erkrankung selber verschuldet hätte. Kläger bestreite das entschieden und behauptete, daß ihm zur Verfügung gehaltene Haus hätte nicht den hygienischen Anforderungen entsprochen. Es habe im Sumpfe gestanden, nur 14 Meter vom Fluße entfernt, während die anderen Häuser am Berge gestanden hätten. Er sei seit 1900 in den Tropen gewesen und habe ganz genau gewußt, wie man sich dort in gesundheitlicher Beziehung zu verhalten habe.

Da es sich um einen ersten Termin handelte, mußte die Sache vertagt werden. Die Parteien sollen ihre Gründe und Gegenstände, ihre tatsächlichen Angaben und Gegenangaben schriftlich genau niederlegen, da möglicherweise Zeugen vernommen werden müssen, die im Oktober nach Ostafrika gehen müssen, falls sich die Sache nicht ohnedem erledigen läßt. Ein neuer Termin wurde noch nicht angesetzt. Dem Kläger, der wieder in eine Anstalt nach Süddeutschland muß, wurde anheimgestellt, sich einen Vertreter zu bestellen.

Das neue Reichs-Vereinsgesetz.

Am 16. Mai 1908 — also nach Inkrafttreten des Reichs-Vereinsgesetzes — erhielten die vier Vorstandsmitglieder des Sozialdemokratischen Wahlvereins Niddorf je ein polizeiliches Strafmandat über 15 Mark Geldstrafe, weil sie es unterlassen hatten, am 12. Mai 1908 eine öffentliche Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins bei der Polizeibehörde anzumelden.

Gegen die Strafbefehle hatten sämtliche Angeklagten durch ihren Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenfeld, Berlin, bei dem Niddorfer Schöffengericht Einspruch einlegen lassen. Der Verteidiger beantragte Freisprechung und Auslieferung der Kosten für die Verteidigung auf die Staatskasse, weil nach dem neuen Vereinsgesetz, das nach Inkrafttreten auch angewendet werden müsse, ein Vergehen nicht vorliege. Nach den Ausführungen des Verteidigers beantragte der Amtsanwalt selbst die Freisprechung, verwahrt sich aber gegen die Auflegung der Verteidigungskosten auf die Staatskasse. Der hier vorliegende Fall sei wirklich nicht so kompliziert gewesen, daß ein Rechtskundiger von Nöten gewesen sei.

Der Gerichtshof erkennt auf Freisprechung der Angeklagten, lehnt aber die Nebenansprüche der Verteidigungskosten auf die Staatskasse ab. Öffentlich wird die Berufungsinstanz vollständig dem Antrage des Verteidigers entsprechen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 8, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, im Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr wochentags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Vorkasse und eine Anzahl als Werkzeuge beizubringen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Sämtliche Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Streitende Schneider. Die Siegesalleeendmaler sind in der Nacht vom 22. zum 23. Oktober 1899 beschädigt. — G. B. 16. 1. Uns nicht bekannt, schlagen Sie im Adresskalender nach. — 2. Das hängt vom Käufer ab. — M. 100. In Ihrem Falle haben Sie die Kosten zu tragen. Der Werkvertrag ist gültig. — G. B. 78. Eine Genehmigung gebrauchen Sie nicht. — 31. Zeltower Straße, 1. u. 2. Reim. — C. B. 71. Reim, es gilt die gesetzliche sechsmonatliche Kündigung. Sie brauchen also nur eine einmalige Kündigung zum 1. Oktober anzunehmen. — P. 5. Leider nein. — M. B. 130. Uns nicht bekannt. Wenden Sie

sich an den Buchdruckerband. — Umzug 25. 1. Dem Wirt steht das Nachschaffungsrecht zu, außerdem würden Sie sich streiten müssen. 2. Die Ab- und Anmeldepflicht besteht seitens der Behörden, wird berichtet. — Kunkel. Schlagen Sie irgendwelchen der aus dem Adresskalender (II. Teil) ersichtlichen gerichtlichen Sachverständigen vor. — G. B. 24. Ihre Frau kann die Zahlung ablehnen, sie ist zur Zahlung nicht verpflichtet, ebenso wenig wie Sie. — G. B. 18. Jederzeit kann ohne Kündigung am 1. Juli die Stellung aufgegeben werden. — K. 64. Der Vertrag ist ungültig. Sie haben auch Recht nicht zu zahlen, weil der Vertrag über Grundstücksverkauf notariell oder gerichtlich geschlossen sein müssen. — Schmaragdberg 500. 1. Ja. 2. Das Kind muß so lange zur Schule gehen, bis es nach Ansicht der Schulbehörde die erforderlichen Kenntnisse erworben hat. Ein bestimmtes Lebensalter, von dem an die Schulpflicht aufhört, setzt die für die Provinz Brandenburg geltende Schulordnung nicht fest. — M. A. Reim. — Krenndt. Die Figur ist 8,3, die Säule 61,5 Meter hoch. — B. G. 4. Wenn Sie in dem uns nicht bekannten Mietvertrage nicht etwa die Reparaturpflicht usw. übernommen haben, ist der Wirt im Unrecht. — Karlebach. 1. und 2. Wiederholen Sie die Frage unter Ergänzung nach der Richtung, an welchem Tage und in welchem Jahre Ihr Schwiegervater geboren ist. 3. Reim. — P. B. 30. Eine Klage auf Aufhebung des Vertrages aus dem Ihnen angeführten Grunde hätte Aussicht auf Erfolg. — M. B. 222. 1. Gewiß. 2. Verjährung liegt nicht vor. Wenden Sie sich baldigst an das Arbeitersekretariat, Angeler 15. — M. B. 100. Sie könnten nur Ihre Verwandte, die die Ware gekauft um Zahlung versprochen hat, beim Amtsgericht verklagen. — 10. Reim.

Eingegangene Druckschriften.

Vollverehrungsfragen von R. Rudner. 143 Seiten. Akademische Verlagsgesellschaft in Leipzig.

Christentum und Sozialdemokratie von B. Stehlin. 30 Bf. Verlag: J. Korn in Nürnberg.

Die ärztliche Begutachtung in Unfällen und Krankenversicherungsfragen. Von Seemann. 2,60 M. Verlag: J. C. B. Vogel in Leipzig.

Personalien und Brinsipien von R. Krüner. 210 Seiten. Verlag: Bruno Cassirer, Berlin W. 33.

13. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Nürnberg 1907. 116 S. Selbstverlag.

Deutsch-koloniale Baumwollunternehmungen. Bericht 10. Von R. Supf. Verlag: Kolonialwirtschaftliches Komitee Berlin, Unter den Linden 43.

Der Weg ins Freie. Roman von A. Schindler. 491 Seiten. — C. G. Hartleben. Briefe an seine Frau. Ged. 6 M. Verlag: S. Fischer, Berlin, Wilhelmstr. 90.

Der Zentralausschuß für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche. 114 Seiten. Selbstverlag, Berlin, W. 30.

Die Rationalitätenfrage und die ungariße Reichsdeutschen von Kretzschmar. 2 Bde. Verlag: R. Rath, Budapest.

Reichsvereinsgesetz. Von C. Frhr. v. Sartor. 3 M. Verlag: C. F. Beck in München.

Garden, Gubenburg und Wollke. Von J. B. Gornisch. 1 M. Verlag: J. B. Gornisch, Berlin W. 30.

Die bürgerliche Entwicklung von Technik und Industrie. Von J. B. Gornisch. 1 M. C. Heymanns Verlag, Berlin W. 8.

Die Bildungsbedingungen des arbeitenden Volkes. Ein Vortrag von H. Haberlamp. Verlag des Bildungsausschusses in Bremerhaven.

Wöchentliche Marktberichte der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag. Zufuhr schwach, Geschäft regt, Preise unverändert. Wild: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft ziemlich regt, Preise nachgebend. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise normal. Fisch: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft lebhafter, Preise im allgemeinen anhebend. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisongüter: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, in Bohnen und neuen Kartoffeln ziemlich lebhaft, Preise zum Teil nachgebend.

Witterungsbericht vom 10. Juni 1908, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer | Wind | Wolke | Temperatur | Stationen | Barometer | Wind | Wolke | Temperatur |
|-----------|-----------|------|-------|------------|-----------|-----------|------|-------|------------|
| Stettin   | 765,5     | SW   | 1     | 12         | Magdeburg | 766,5     | SW   | 2     | 11         |
| Dresden   | 768,5     | SW   | 4     | 12         | Frankfurt | 772,5     | SW   | 1     | 11         |
| Berlin    | 767,5     | SW   | 2     | 10         | Stuttgart | 773,5     | SW   | 1     | 14         |
| Hamburg   | 770,5     | SW   | 3     | 12         | Aachen    | 768,5     | SW   | 1     | 13         |
| Köln      | 770,5     | SW   | 3     | 12         | Paris     | 771,5     | SW   | 1     | 16         |
| Wien      | 769,5     | SW   | 3     | 14         |           |           |      |       |            |

Weiterprognose für Donnerstag, den 11. Juni 1908. Zunächst vielfach heiter, am Tage warmer, bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

**Theater.**

Donnerstag, den 11. Juni.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Logengrün.  
(Anf. 7 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. König  
Richard III.  
Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Die Dreißigjährigen.  
Kammerspiele. Zugenbräuter.  
Unterjoch.

Leipzig. Der Raub der Sabinen-  
rinnen.

Neues. Liebe. Unter der Guillotine.  
Neues Schauspielhaus. Die  
Dollmetscherin.

Alte. 2 x 2 = 5.  
Verlierer. Der Dammkopf.  
Romische Oper. Nessel.  
Reich. Der Mann im Ohr.  
Kunstspielhaus. Die blaue Maus.  
Zahler O. (Wollner-Theater).  
Der Ministerialdirektor.

Schiller-Theater. Der  
Weg zum Herzen.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schau-  
spielhaus. Der ungläubige  
Thomas.

Thalia. Der Selbstmörder.  
Wesien. Ein Walzertraum.  
Neues Operetten. Der Mann mit  
den drei Frauen.

Pollen. Im Goldland.  
Trianon. Frau Baronsin.  
Vernhard Hofe. Der Cowboy.  
Metropol. Das muß man seh'n.  
Apollo. Die süßen Crisetten. Spe-  
zialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.  
Vallage. Spezialitäten.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Krona. Tonbühne 48/49.  
8 Uhr: Die deutsche Dittlerliste.  
Stiermarie. Anwaltsamt. 37/38.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:

**Hopfenraths Erben**

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:

**Die blaue Maus.**

**Schiller-Theater.**

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Lustspiel in drei Akten von Alexander  
Dillon und Fabrice Garro.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Eröffnung der Wollner-Oper:  
Marie, die Regimentsstochter.

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Liebe** von Gustav Wied.  
**Unter der Guillotine.**  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**2 mal 2 = 5.**  
Freitag: 2 mal 2 = 5.  
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.  
Sonntag: 2 mal 2 = 5.  
Montag: 2 mal 2 = 5.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Ein Walzertraum.**  
Operette von Oskar Strauß.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches  
Schauspielhaus.**  
**Der ungläubige Thomas.**  
Anfang 8 Uhr.  
Freitag: Im weißen Röhl.  
Sonnabend: Der ungläubige Thomas.  
Sonntag: Im weißen Röhl.

**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Abends 8 Uhr:  
**Der Floh im Ohr.**  
Schwank in drei Akten von Georges  
 Feydeau. Deutsch von Wolf-Jacoby.

**Neues Operetten-Theater**  
Schiffbauerdamm 25, an der Lusten-  
str. Sommerprelle. Anfang 8 Uhr:  
**Der Mann mit den drei Frauen.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Weg zum Herzen.**  
Lustspiel in 4 Akten v. Adolf L'Arronge.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Das letzte Mittel.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Ohne Geld.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Die deutsche Ostseeküste.**

**BOLOGNISCHER  
GARTEN**  
Täglich:  
**Gr. Militär-Doppel-Konzert!**  
Eintritt 1 M.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren  
— die Hälfte. —

**Passage-Panoptikum.**  
Während der Pfingstferien  
vom 6. bis inkl. 14. Juni:  
**Volkstage!**  
Jeder Erwachsene ein Kind frei!  
Jedes Kind erhält ein Geschenk!  
Alles ohne Extra-Entree!  
**Der Riese a. Ries. Pisjakoff.**  
Kunsttaucher im Riesenbassin.  
Neapolitanische Briganten.  
Schrecken-kammer. Anat. Mus.  
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Dill. Grunnenstr. 16.  
Täglich durchschlagender Erfolg:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Das ehrliche Berlin.**  
Sittenbild a. d. Berliner Volkstümlichkeit.  
Die sensationellsten Spezialitäten:  
Anf. 8 Uhr. Aufführung 8-6 Uhr.  
Sonnabend: Sie ist wunderbar!

**Luisen-Theater.**  
Reichenberger Straße 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Hüttenbesitzer.**  
Freitag zum 1. Male: Die Stimme  
des Blutes.  
Sonnabend: Die Stimme des Blutes.  
Sonntag nachm. 8 Uhr: Am Gold-  
land. Abends: Die Stimme des  
Blutes.  
Montag: Die Stimme des Blutes.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm  
von Publikum u. Presse glänzend  
beurteilt.  
**The Trapnell-Family**, weib-  
liche Akrobaten. **Florence u.  
Lillian**, musik. Produkt. **Robla**,  
komischer Jongleur. **Lily Flex-  
more**, akrobatische Tänzerin.  
**Alle Juliette**, dressierte See-  
löwin. **Tan Kwai Troupe**, Chi-  
nesen. **Therese Reuz**, Reit-  
nummer. **Doherty Sisters**,  
amer. Sängerinnen u. Tänzerinnen.  
**The Boundling Gordons**,  
amer. Akrobat. **Ferry Corwey**,  
musik. Clown. **Trombetas**,  
italienisches Gesangs- und Tan-  
zduett. **Der Biograph**.

**Zum Küssen**  
schön ist ein zartes reines Gesicht mit rosigem jugendfrischen Aussehen,  
weicher sammetweicher Haut und blendend schönem Teint sowie ohne  
Sommerprossen und Hautunreinigkeiten, daher gebrauche man  
**Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**  
von Bergmann & Co., Radebeul. A Stück 50 Pfg. überall zu haben.

**DERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Cowboy.**  
Drama aus Bild. Welt in 4 Akten  
von Kurt Pattul.  
Wochentagspreise.

**Metropol-Theater**  
Zum 284. Male:  
**Das muß man seh'n.**  
Revue in 12 Bildern in Gel. und Lang.  
Anfang 8 Uhr. Hausen gestaffelt.

**Neue Welt**  
Hasenheide 108-114.  
Jeden Donnerstag:  
**Elite-Tag.**  
**Gr. Doppel-Konzert**  
und  
**Spezialit.-Vorstellung**  
**Tanz-Reunion.**  
Anf. 8 Uhr. Heute Entree 25 Pf.

**Brunnen-Theater**  
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.  
Täglich:  
**Der deutsche Michel.**  
Erstklassige Spezialitäten.  
Karl Braun, Verordnungs-Richter.  
Mirz v. Wenzl, Tischnuß-Gilpunter.  
**Paul Coradini**.  
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr.  
Vorverkauf von 10 Uhr an.

**Fröhels Allerlei-Theater.**  
Schönhauser Allee 148.  
Eröffnung der Haupt-Saison.  
Täglich:  
**Spreeelottchen.**  
Vollständ. aus dem Berliner Leben.  
Dazu  
erstklassige Spezialitäten.  
Im Laufe von 6 Uhr ab:  
**Tanz.**

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
**Die Welt ein Paradies**  
große Ausstattungs-Revue  
und das großartigste  
Spezialitäten-Programm.  
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.

**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Seheuer Stralsunderstr. 1.

# Freie Volksbühne

**Sonntag, den 14. Juni, nachm. 8 Uhr:**  
**Berliner Theater** 3./4. Abteilung.  
**Der ledige Hof.**  
**Neues Schauspielhaus** 10./11. Abteilung.  
**Durch's Ohr und Der Dieb.**

Familienangehörige der Mitglieder haben Zutritt.  
 Die alten Mitgliedskarten sind nach Ablauf der Vorstellungen behufs Umtausch gegen neue Karten in den Zahlstellen abzugeben.  
 241/4 Der Vorstand. In Vert.: G. Winkler.

# Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.  
 Bequemste Bahnverbindung nach allen Stadtrichtungen.  
**Ob schön! Kommen! Sehen! Staunen! Ob Regen!**  
 Täglich: 8.30 und 8.55 Uhr.  
**Das größte u. beste Programm Berlins.**  
 Nur Attraktionen, u. a.: Zum erstenmal in Europa:  
 Das größte Welttrüffel des Erdballs! Von der gesamten amerik. Presse als das größte Weltwunder bezeichnet: **The Great Simpson.**  
 Der Verächter des Todes. Ein bezahlter Selbstmordkandidat!  
 Gr. Ball. Koffertstücke. Volksehrfahrungen aller Art.

# Apollo Theater

11. u. 8 Uhr: Die neuen Attraktionen.  
 11. u. 8 Uhr: Veronika-Truppe, die besten Wackelkünstler der Welt.  
 9 1/2 Uhr: Die süßen Grisetten.  
 10 Uhr: Grete Gallus, Soubr.  
 10 1/2 Uhr:  
**Ein Abend in einem amerikanischen Eigel-Tempel.**

# Passage-Theater.

**Der größte Saisonserfolg**  
 Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske  
**Berlin in Stimmung!**  
 Das Tollste vom Tollen und die neuen Juni-Spezialitäten.

# Sanssouci.

Kottbuser Str. 6.  
 Direktion Wilhelm Reimer.  
 Der Garten ist geöffnet.  
 Sonntag, Montag und Donnerstag:  
 Neues Elitesoier Tanz-Programm Kränzh. von  
**Hoffmanns World.** Sängern Durchschlagender Erfolg der gesamten Nummern.  
 Beg. Sonntag 5. u. Montag 8 U.

# Schweizer Garten.

Am Königsplatz, Am Friedrichshain 29/32  
 Straßenbahn: 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63, 74 und Q.  
**Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Zum Schluss abends 10 Uhr:  
**Wie einst im Mai**  
 Volkstümlich mit Gesang in 2 Akten.

# Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Variétésterne.  
 Darleste von Reysel Meyel als **Saharet.**  
 Britton als **Isadora Duncan.**  
 Anf. Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

**Zweigverein Berlin.**  
**Sektion der Putzer.**  
**Freitag, 12. Juni, abends 6 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:**  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vorschläge zur Wahl der Delegierten zum außerordentlichen Verbandstage. 2. Anträge auf Änderung des Verbandsstatuts. 3. Wahl eines Wahlkomitees. 4. Verschickendes.  
 Es ist Pflicht der Kollegen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe keinen Zutritt.  
**Zur Beachtung! Die Bezirksführungen am 17. d. Mts. fallen aus.**  
 G. A. E. Schulze.

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

**Zweigverein Berlin.**  
**Sektion der Gips- und Zementbranche.**  
**Freitag, den 12. Juni 1908, abends 8 1/2 Uhr:**  
**im „Gewerkschaftshaus“, Engellufer 15:**  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Anträge und Aufstellung von Kandidaten zu Delegierten zum nächsten außerordentlichen Verbandstage. 2. Gewerkschaftliches. 183/9\*  
 Mitgliedsbuch legitimiert!  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
**Der Sektionsvorstand.**

# Arbeiter-Abstinentenbund.

**Ortsgruppe Berlin.**  
**Freitag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Kollstraße 3:**  
**Versammlung**  
 1. Vortrag des Herrn Dr. med. Wegscheider: „Arzt und Alkohol.“  
 2. Diskussion.  
**Der Vorstand.**

# Achtung, Zuschneider u. Zuschneiderinnen!

**Mitglieder-Versammlung**  
 bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl eines Delegierten zum Verbandstage. 2. Anträge. 3. Verschickendes. — Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe oder mehr als drei Jahren Bösen reitende Beiträge kein Zutritt. Zahlreichen Besuch wird im Buch vermerkt.  
 162/19  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
**Die Ortsverwaltung II.**

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Ortsverwaltung Berlin.**  
**Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr:**  
**General-Versammlung**  
 85/7 in Trebers Platz, Köpenicker Str. 29.  
 Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses. — Mitgliedsbuch legitimiert.  
**Die Ortsverwaltung.**

# Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

**Zahlstelle Berlin.**  
 Bureau: Vinkenstr. 215. Geöffnet von 9—1 u. 4—8. Telefon: III, 938.  
**Achtung! Achtung!**  
**Wahlen zum Verbandstage in München!**  
 Am Sonntag, den 14. Juni, finden die Wahlen zum Verbandstage statt.  
 Gewählt wird von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Zu wählen sind fünf Delegierte.  
 Als Kandidaten sind in Vorschlag gebracht:  
 1. Bruns. 2. Fahrenholz. 3. Menzel. 4. Obst. 5. Pohl. 6. Rüder. 7. Sewelow. 8. Strehlke.  
 Die Wahl geht in folgenden Lokalen vor sich:  
**Bezirk Norden.**  
 1. Döhling, Brunnenstr. 79.  
 2. Hoffmann, Waisenw. Straße 8.  
 3. Lippert, Eberswalder Straße 3.  
**Nord-West.**  
 4. Melede, Waldstr. 8.  
 5. Schröder, Stromstr. 36.  
**Osten.**  
 6. Rath, Kranstr. 38.  
 7. Ritz, Waisenw. Straße 61.  
 8. Roth, Stragmannstr. 29.  
**Süd-Ost und Süden.**  
 9. Schuler, Rörster Straße 17.  
 10. Smedtel, Wasserstr. 14.  
 11. Scholz, Danziger Straße 22.  
**Dummeleburg.**  
 12. Wolff, Rantstr. 38.  
 13. Tempel, Alt-Borsig 56.  
**Ober-Schöneberg.**  
 14. Schulte, Wilhelmshofstraße.  
**Johannisthal.**  
 15. Goltz, Roonstr. 2.  
**Kreuzberg.**  
 16. Hennig, Bienenstr. 69.  
 Das Hauptwahlbureau befindet sich im Bureau, Vinkenstr. 215.  
 Wahlleiter ist der Kollege M. Weiche.  
 63/10  
**Die Ortsverwaltung.**

# Abgerissen

u. unmodern an Garderobe brauchen Sie bei unseren Preisen nicht zu gehen. Wir empfehlen getragene  
**Monatsgarderobe**  
 in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavalieren nur Wochen gebraucht  
**Monats-Anzüge 7, 10, 14, 18 M.**  
**Monats-Paletots 5, 8, 12, 16 M.**  
**J. Wand** Hauptgeschäft: Große Frankfurter Str. 116  
 2. Geschäft: Chausseest. 89  
 3. Geschäft: Chausseest. 86  
**Bekanntestes Spezial-Geschäft für Monatsgarderoben Berlins.**

Am 8. d. Mts. verschied sanft nach kurzer, schwerer Krankheit in Bad Köstingen unser innigstgeliebter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann  
**Jacob Baumann**  
 im 68. Lebensjahre.  
 Dies selgen Schmerzes erfüllt an  
 25895 Die trauernden Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofs in Weihensee aus statt.  
 Berlin, den 10. Juni, Vindenstr. 43.

# Verband der Sattler

**Ortsverwaltung Berlin.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**Karl Fiedler**  
 (Berthold Loth & Weinland)  
 am 9. Juni verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Kirchhofs in Weihensee, Rüdstr. 48, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 157/6 Die Ortsverwaltung.

# Sozialdemokratischer Wahlverein

**für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis**  
 Am Montag, den 8. Juni, verstarb in Bad Köstingen unser langjähriges, treues Mitglied, der Kaufmann  
**Jacob Baumann**  
 Vindenstr. 43.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofs in Weihensee aus statt.  
 211/1 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

# Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen, sorgsamsten Mannes, des Formers  
**Fritz Rosenow**  
 sage allen Freunden, Bekannten und Kollegen hiermit herzlichsten Dank.  
**Witwe Rosenow nebst Kindern.**

# Julius Köhn

am 8. Juni, nachts 12 Uhr 25 Minuten, nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.  
 Um stille Beileid bittet die trauernde Witwe  
 33582  
**Berta Köhn, geb. Ladewig nebst Kindern.**

# Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Wilhelm Kunow**  
 sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie dem Personal der Firma Hermann und dem Lotterieverein „Alt-Berlin“ meinen herzlichsten Dank.  
 25995  
**Martha Kunow.**

# Sozialdemokratischer Wahlverein

**für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis**  
 Köpender Viertel.  
 (Bezirk 209, Teil II.)  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler  
**Julius Köhn**  
 Sorauerstr. 29  
 gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Weihensee aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 218/17 Der Vorstand.

# Westmanns Trauermagazin

Hauptgeschäft:  
 Berlin W., Mohrenstraße 37a, an den Kolonnen, 2. Haus von der Berufsamerstraße, und NO., Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus von der Hindenburgstraße, zweites Ende d. Passenden Trauergarderobe auszuwählen.  
 Um dem Publikum einen besonderen Vorteil zu bieten, gewähre ich auf diese Anzeige hin bei Kauf  
**10 % Rabatt in bar!**

# Sozialdemokratischer Wahlverein

**für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
**Nachruf.**  
 Am 6. Juni verstarb unser Mitglied, der Gastwirt  
**Ernst Apitzsch,**  
 Bremer Str. 44.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung hat bereits am 9. d. Mts. stattgefunden.  
 227/11 Der Vorstand.

# Möbelfabrik „Berolina“

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
 Bilanz f. d. Geschäftsjahr 1907.  
**Aktiva.**  
 Kassafondo 730,58  
 Warenkonto 30 863,69  
 Debitorenkonto 8 069,50  
 Kreditorenkonto 250,—  
 Maschinenkonto 1 700,—  
 Wertgegenstände 3 430,—  
 Inventaraktiva 500,—  
 Sanftkonto 150,33  
 45 724,10  
**Passiva.**  
 Kreditorenkonto 8 010,89  
 Abgabenkonto 1 933,—  
 Darlehenskonto 28 383,68  
 Umlaufkonto 450,—  
 Kreditoren-Referenzkonto 127,75  
 Referenzkonto 235,74  
 Gewinn- und Verlustkonto 6 503,61  
 45 724,10  
 Mitgliederzahl am Anfang des Geschäftsjahres: 15. Eingetretene: keiner. Ausgetretene: keiner. Die Gesamtsumme hat sich nicht verändert. Sie beträgt 450 M.  
 25895  
 Der Vorstand: H. Krebs, Karl Müller.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

**Verwaltungsstelle Berlin.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**Franz Becker**  
 am 8. d. Mts. gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Westend-Kirchhofs aus statt.  
 117/11  
 Rege Beteiligung erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**

# Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. n. H. Unger, Gummiswarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 61/62

# Trinkt Si-Si

**den Labetrunk.**  
 Aerztlich empfohlen.  
 Bestes alkoholfreies Getränk der Gegenwart.  
 — Ueberall zu haben —  
 Fabrik:  
**Deutsche Si-Si-Werke**  
 O. 17, Rudolfstr. 4  
 (Warschauer Brücke).

# Zentral-Verband der Steinarbeiter.

**Filiale Berlin I.**  
 Am 8. Juni starb unser Kollege  
**Adolf Wille**  
 im Alter von 41 Jahren an der Brustkrankheit.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Leiche wird nach dem Hamburger Krematorium übergeführt.  
 171/16  
**Dankfagung.**  
 Für die rege Beteiligung und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Gustav Schüttler**  
 sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten sowie dem Wahlverein (Bezirk 295) meinen herzlichsten Dank.  
 33672  
**H. Schüttler.**

# Schle Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands.

München, 8. Juni 1908.

Im Hofsaal der Gaderbrauerei in München wurde am Freitagmorgen die für 2 Tage angelegte 6. Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands eröffnet. Es sind 32 Delegierte anwesend. Als Gäste wohnten den Verhandlungen bei vom Zentralverband der kaufmännischen Angestellten Österreichs, Kollege W. d. Wien, von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Genosse Sabath, Paus, Berlin und W. R. München vom Deutschen Transportarbeiterverband.

Mit der üblichen Begrüßung der Delegierten wurden die Verhandlungen vom Vorsitzenden Joseph F. h. n. Hamburg eröffnet. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurde ein Dringlichkeitsantrag des Verbandes gegen die Stimmen der Leipziger Delegierten angenommen, wonach gebundene Mandate für unzulässig erklärt werden. Der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht für 1906 und 1907

wird vom Vorsitzenden in wenigen Punkten ergänzt. Der Zentralverband zählte Anfangs des Jahres 1906 5905 Mitglieder, die Mitgliederzahl stieg Anfangs 1907 auf 6692 und Ende des gleichen Jahres auf 8194 Mitglieder und zwar 3631 männliche und 4563 weibliche Mitglieder. An Lohnbewegungen verzeichnet der Bericht neben einigen Bewegungen, die sich auf Einzelgeschäfte erstrecken, die Bewegung der Buchhandlungsgehilfen in Leipzig. Der Bericht zählt außerdem einige Tarifabschlüsse mit verschiedenen Gewerkschaften. Auf dem sozialpolitischen Gebiete beschäftigte den Verband insbesondere § 63 des H.-G.-G. (Fortzahlung des Gehalts bei unbeschuldigtem Unfalls), §§ 74 und 75 des H.-G.-G. (Konturrenzklause), die Sonntagsgesetze (wobei der Vorstand eine Broschüre herausgab), die Handelsinspektion und der Achtuhr-Ladenchluss usw. In Bezug auf die Kaufmannsgerichte sagt der Bericht, daß da, wo Mitglieder des Verbandes als Zeugen gewählt wurden, versucht wurde, die Gerichte als Instrument für den Ausbau der Schutzgesetzgebung für die Angestellten zu benutzen, allerdings mit einem sehr bescheidenen Erfolg. Wo es möglich gewesen sei, solche Anträge zu stellen, wurden sie von bürgerlichen Gehilfenvertretern niedergeschlagen, oder durch Stimmenthaltung zu Fall gebracht. Man werde sich aber dadurch nicht entmutigen lassen, auch weiterhin mit Anträgen bei den Kaufmannsgerichten vorzugehen. Mit der Zeit würde diesen Gehilfen das sozialpolitische Verständnis vergrößert werden; insbesondere werden die Gehilfen ihre Vertreter, die sich des Verrats von Gehilfeninteressen schuldig gemacht haben, ausmerzen und dafür wirkliche Gehilfenvertreter wählen.

## Der Kassenbericht

Balanziert im Jahre 1906 mit 66.001,08 M. und im Jahre 1907 mit 84.840,76 M. Das Verbandsvermögen beträgt Ende 1907 14.006,24 M. Für Agitation wurden ausgegeben pro Kopf der Mitglieder im Jahre 1906 2,05 M. und 1907 2,71 M. An Stellenunterstützung wurden in den beiden Berichtsjahren ausgegeben 6982,15 M., für Rechtschutz 434,44 M., für Prozeßkosten 1059,03 M., für das Verbandsorgan 17.861,75 M. Der Kassenbericht wird vom Kassierer Bucher, Hamburg in einigen Punkten erläutert.

Den Bericht der Kassenrevisoren erstattet P. a. u. Hamburg. Die Prüfungen der Kasse und Bücher haben keinerlei Beanstandungen ergeben.

In der lebhaften Diskussion wurden auch die Grenzfreigebühren gestreift und folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung protestiert mit Entschiedenheit dagegen, daß der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands, der bisher nur Angestellte der Rechtsanwalte, Notare, Krankenkassen und Berufsvereinigungen organisiert hat, jetzt den Versuch macht, die Versicherungsangestellten zu organisieren, für die nur unsere Organisation zuständig ist. Sie erwartet, daß dieser unzulässige Versuch beseitigt wird und beauftragt den Vorstand, baldigst die dazu notwendigen Schritte einzuleiten.

Hierauf wurde dem Gesamtvorstande einstimmig die Charge erteilt.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung referierte Schulke, Hamburg. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die 6. Generalversammlung erblickt in dem gegen unsere Tarifforderungen gerichteten Beschluß des Düsseldorf Genossenschaftstages das Bestreben, für die Mehrzahl der kaufmännischen Genossenschaftsangehörigen eine weitere Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen hintanzustellen. Die dort vertretenen Grundzüge sind durchaus ungeeignet, den Wunsch der Genossenschaften auf Schaffung eines Reichstaris für die kaufmännischen Angestellten zu fördern. Die Generalversammlung hält vielmehr, so lange Grundzüge aufrecht erhalten werden, weitere Verhandlungen nach dieser Richtung für zwecklos und billigt die vom Verbandsvorstand dem Zentralverband deutscher Konsumvereine gegenüber abgegebenen Erklärungen. Die auf dem Düsseldorf Genossenschaftstage gepflogenen Verhandlungen beweisen aber auch weiter, daß der bisher vom Zentralverband der Handlungsgehilfen eingenommene Standpunkt, wonach es zur Erreichung eines Reichstaris noch an der nötigen Einheitlichkeit der zu regelnden Lohn- und Arbeitsbedingungen der kaufmännischen Genossenschaftsangehörigen fehlt, richtig ist. Diese Einheitlichkeit zu schaffen, ist Aufgabe unseres Verbandes. Deshalb wird der Verbandsvorstand beauftragt, im Einvernehmen mit den Angestellten der in Betracht kommenden Genossenschaften den Abschluß örtlicher Tarifverträge mit den einzelnen Genossenschaften zu erstreben, wobei die Stuttgarter Vereinbarung zur Durchführung zu bringen ist.

Zum 3. Punkt: „Unsere Presse“, referierte Medakteur Lange. Aus den Ausführungen des Redners ist zu entnehmen, daß das Verbandsorgan eine Auflage von 10.300 erreicht hat, und daß es, was den Inhalt anbelangt, den bürgerlichen Fachvereinen überlegen sei.

## Zweiter Verhandlungstag.

Bei Beginn der Sitzung verlas der Vorsitzende Joseph F. h. n. das vertrauliche Rundschreiben des Verbandes bayerischer Metallindustriellen, worin die Industriellen aufgefordert werden, Mitglieder des Bundes technischer Beamten, des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes, des Vereins deutscher Kaufleute und des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen Leipzigs und des Vereins der Handlungsgehilfen von 1858 nicht mehr zu beschäftigen. Die Generalversammlung sah einstimmig folgende Protestresolution:

Die 6. Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands protestiert ganz entschieden gegen den Inhalt des vertraulichen Rundschreibens des Verbandes bayerischer Metallindustrieller, nach welchem Handlungsgehilfen und Techniker, die gewissen Berufsverbänden angehören, entlassen bzw. nicht eingestellt werden sollen. Diese schamhaften Maßnahmen werden von der Generalversammlung auf das entschiedenste verurteilt. Von den Angestellten aber erwartet die Versammlung, daß sie sich eine derartige Vergeßlichkeit nicht gefallen lassen und den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands in seinem Kampfe gegen diese Willkür unterstützen werden. Die Versammlung fordert die kaufmännischen Angestellten auf, denjenigen Verbänden, die auch nach diesem Angriff noch auf dem Standpunkt der Harmonie stehen bleiben, den Rücken zu kehren

und sich der modernen Gewerkschaft der Handlungsgehilfen, dem Zentralverband, anzuschließen.

Hierauf referierte der Medakteur des Handlungsgehilfen, Paul Lange, Hamburg, über das Thema:

## Handlungsgehilfenbewegung und Sozialpolitik.

Das Referat liegt den Delegierten in einem 109 Seiten umfassenden Werkchen vor. — In der dem Referate folgenden lebhaften Diskussion stellten sich sämtliche Redner auf den Standpunkt, daß die Lage der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen nur auf dem Wege des Klassenkampfes verbessert werden kann.

Die Versammlung sah hierauf einstimmig folgende Resolution:

Die 6. Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands begrüßt es mit Genugtuung, daß sich in der Frage der staatlichen Versicherung alle kaufmännischen Vereine während der letzten Jahre grundsätzlich auf die vom Zentralverband von jeher vertretene Auffassung geeinigt haben und gleichfalls eine ausreichende zureichende staatliche Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung für die kaufmännischen Angestellten als notwendig betrachten. Die Generalversammlung richtet an die Gesetzgebung das dringende Ersuchen, diesen Wünschen baldigst dergehalt nachzukommen, daß eine möglichst weitestgehende der staatlichen Versicherung sowohl bezüglich ihrer Organisation wie auch des Kreises der Versicherten — herbeigeführt wird. Die Versicherungspflicht muß, wie für alle anderen Kreise der lehnarbeitenden Bevölkerung, auch für die kaufmännischen Angestellten eine unbedingte sein, von der es keine Befreiung geben darf; insbesondere ist die jetzt für die Versicherungspflicht bestehende Einkommensgrenze zu beseitigen. Beim Ausscheiden aus der Versicherungspflicht soll jedem das Recht auf freiwillige Weiterversicherung zugesprochen werden.

Die Generalversammlung hält es für erforderlich, daß bei der Krankenversicherung die heutige Zersplitterung der Versicherungsträger (Gemeindekrankenversicherung, Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungs-Krankenkassen) beseitigt wird und einheitliche Krankenversicherungsträger geschaffen werden. Diese Krankenversicherungen hätten auch das Recht der Freizügigkeit insofern zu gewahren, als dem Versicherten alle bei irgend einer Kasse erworbenen Ansprüche ebenso wie die zurückgelegte Wartezeit von derjenigen Kasse, die für den Betrag seines etwaigen neuen Wohnortes besteht, anerkannt werden müssen. Zugleich tritt die Generalversammlung dafür ein, daß die Mindestleistungen der Krankenversicherung wesentlich erhöht werden. Sie hält es im Interesse eines gedeihlichen Wirtens der Krankenversicherung ferner für erforderlich, daß den Versicherten das Selbstverwaltungsrecht zugesprochen wird; sie protestiert gegen jene in letzter Zeit laut gewordenen Bestrebungen, die auf eine Beschränkung dieses Rechtes hinauslaufen.

Die Generalversammlung weist darauf hin, daß die Vorschriften über die Unfallversicherung der kaufmännischen Angestellten durchaus unzulänglich sind, weil sie sich nur auf einen Teil der Handlungsgehilfen erstrecken. Die Unfallversicherung aller kaufmännischen Angestellten ohne Unterschied der Geschäftszweige hat sich seit langem als dringlich erwiesen.

Nachdem über die Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung der Privatangestellten in den letzten Jahren sehr viel geredet und geschrieben worden ist, hält es die Generalversammlung für hohe Zeit, daß endlich eine gesetzliche Regelung der Sache erfolgt. Die von mancher Seite befürwortete Sonder- oder Zusatzversicherung der Privatangestellten außerhalb des Invalidenversicherungsgesetzes würde — da der Begriff „Privatangestellter“ keineswegs feststeht — nicht nur die gewerblichen Arbeiter ausschließen, sondern auch weite Kreise der kaufmännischen Angestellten in die Gefahr bringen, von den Leistungen dieser etwaigen neuen Versicherung ausgeschlossen zu werden. Die Generalversammlung verwirft daher in Uebereinstimmung mit einer Anzahl von Vereinen kaufmännischer und technischer Angestellten den Gedanken der Sonder- oder Zusatzversicherung. Sie fordert vielmehr eine ausreichende Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung im Rahmen des Invalidenversicherungsgesetzes durch höhere Leistungen in den jetzt bestehenden Lohnklassen und Errichtung höherer Klassen, mit der Möglichkeit, daß die Berufsart nicht zum Anlaß genommen werden darf, irgend eine Kategorie der Versicherten zu benachteiligen. Hinsichtlich der Festlegung des Invaliditätsbegriffes jedoch ist die bisherige Tätigkeit des Versicherten, ebenso wie seine Ausbildung, Kräfte und Fähigkeiten voll zu berücksichtigen. Betriebspensionskassen usw. sollen nicht von der Versicherungspflicht befreit, wie Ersatzinstitutionen überhaupt nicht zugelassen sein. Den Versicherten ist das Recht der Selbstverwaltung zu gewähren.

Aus der Fülle von Anträgen, die dem Verbandstag vorlagen, deren weitaus größter Teil auf Statutenänderungen Bezug haben, sind folgende erwähnenswert: Die Verlegung des Sitzes des Verbandsvorstandes von Hamburg nach Berlin wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, die Beiträge zu erhöhen, und beträgt der Monatsbeitrag in Zukunft 1,20 M. für männliche und 80 Pf. für weibliche Mitglieder. Ein Antrag, den weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ zu liefern, wurde abgelehnt. Die Unterstufungsabgabe bei Bezug der Stellenlosenunterstützung wurde von 10 auf 12 Wochen erhöht. — Zum Schluß referierte Kollege Joseph F. h. n. die wichtigsten Beschlüsse des internationalen Kongresses in Stuttgart.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder Joseph F. h. n. und Bucher sowie Kollege Lange als Medakteur wurden per Affirmation wiedergewählt. — Als Delegierte zum Gewerkschaftskongreß in Hamburg wurden die Kollegen Joseph F. h. n. und Lange gewählt. Dem Bezirk Hamburg wird das Recht eingeräumt, einen weiteren Delegierten zu entsenden. Damit ist die Tagesordnung des 6. Verbandstages erledigt.

## Generalversammlung der Formenstecher.

Am 8. und 9. d. Mts. tagte im Gewerkschaftshause die fünfte Generalversammlung der Formenstecher. Der Geschäftsbericht liegt gedruckt vor.

Vorsitzender Sch. u. h. t. bemerkt, betrefß der im Jahre 1906 auf der letzten Generalversammlung erteilten Gausleitungen müsse gesagt werden, daß sich diese Einrichtung nicht bewährt habe. Der Verband sei dafür zu klein und das Agitationsfeld zu eng begrenzt. Der Tarif sei von den Unternehmern gebrochen worden. — Die Arbeitslosigkeit erzeuge ein gar trauriges Bild im Formenstechergewerbe. Daraus sei auch zu erklären, daß die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen ist. Die Verhältnisse seien eben stärker wie die Bestrebungen des Verbandes.

In der darauf folgenden Debatte kommt zum Ausdruck, daß die Eltern im Lande gewarnt werden müßten, ihre Söhne dem Formenstecherberufe zuzuführen, da die Verhältnisse in diesem äußerst ungünstig sind. Es herrsche in der Formenstecherei eine Lehlingswirtschaft, die den Gipfel der Gewissenlosigkeit übersteige. So beschäftigen manche Unternehmer bei keinem (!) Gehilfen 16 und 18 Lehrlinge.

Umbreit von der Generalkommission fährt in Bezug auf die Gausleiterfrage aus, diese Einrichtung habe sich im Formenstecherverband in seiner jetzigen Form nicht bewährt, weil die Verhältnisse in dem Gewerbe zu eigenartig sind, was man nicht voraussetzen hätte. Doch schlägt er eine fünfgliedrige Gauskommission an Stelle

der Gausleiter vor, man vermeide dadurch leichter Mißregelungen. Auch müßte man das Augenmerk mehr wie bisher der Lehrlingsfrage zuwenden, da die Unternehmer schon dazu übergehen, die Lehrlinge in gelben Verbänden zu organisieren.

Die weitere Debatte dreht sich um den Rückgang der Mitgliederzahl, der dem strengeren Vorgehen gegen die Heimarbeiter und besonders der großen Arbeitslosigkeit zugeschrieben wird.

Kassierer Bringmann: Der Verband habe sich bemüht, die Mitglieder auch politisch zu erziehen und sie zum Lesen der Parteipresse zu veranlassen. Nur wer ein tüchtiger politischer Kämpfer sei, werde auch im gewerkschaftlichen Kampfe voll und ganz seinen Mann stellen.

Die folgenden Redner behandeln nur interne Angelegenheiten. Medakteur Barthel vom Senefelder-Bund bespricht die Lehrlingsfrage. Die meisten Lehrlinge müßten heute nach vierjähriger Lehrzeit sich einem anderen Berufe zuwenden, teils aus Mangel an Arbeitsgelegenheit, teils infolge ungenügender Ausbildung. Oder sie vermehren das Heer der Heimarbeiter und bilden somit eine schwere Gefahr für den Verband. Den Schlag der Unternehmer durch Gründung gelber Lehrlingsverbände hätte seine Organisation erfolgreich dadurch abgewehrt, daß sie eine Lehrlingsabteilung ins Leben rief.

Die Debatte über den Geschäftsbericht wird geschlossen und dem Vorstand einstimmig Decharge erteilt.

Am zweiten Verhandlungstag hält Genosse Calver einen Vortrag über „die Bedeutung der Kräfte, Syndikate und Kartelle für die Arbeiterbewegung“.

Einen breiten Raum nimmt die Debatte über die Verschmelzungsfrage ein, an der sich auch Genosse Sillier vom Senefelder-Bund beteiligte. Nach längeren Beratungen beschließt die Versammlung, in dieser Frage in den nächsten Monaten eine Abstimmung vorzunehmen, die, wenn die Verschmelzung mit dem Senefelder-Bund perfekt werden soll, Dreiviertel-Majorität erheben muß.

Aus den Verhandlungen über Punkt „Statutenberatung“ ist hervorzuheben, daß die Wochenbeiträge von 60 Pf. auf 75 Pf. bzw. von 80 Pf. auf 1 M. erhöht wurden.

Sodann referiert Medakteur Barthel über: „Die Bedeutung der Presse“. Dem mit regem Interesse aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion, in der die allgemeine Zufriedenheit mit der bisherigen Haltung des Fachorgans zum Ausdruck kommt.

Eine Resolution, die dem Vorstand das Recht ausdrückt, nach erfolgter Abstimmung bei drei Viertel Majorität die Verschmelzung mit dem Senefelder-Bund zu beschließen, wird angenommen. Die nachfolgenden Wahlen ergeben folgendes Resultat: Schubart, bisheriger Vorsitzender, einstimmig wiedergewählt. Desgleichen der bisherige Kassierer Bringmann. Die Entschädigung des Vorsitzenden wird gegen einige Stimmen von 400 M. auf 500 M. jährlich erhöht. Der Sitz des Ausschusses verbleibt in Köln. Krause fungiert auch weiterhin als Vorsitzender. Mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation schließt der Kongreß.

## Der 7. Bundestag der Arbeiter-Radsfahrer.

Vierter Verhandlungstag. Zur Gauseinteilung liegt ein Antrag auf Anstellung besoldeter Gausleiter in den großen Gauen vor, wird jedoch nach kurzer Debatte abgelehnt.

Die Bestimmungen über die Delegiertenwahlen zu den Bundestagen werden so abgeändert, daß in Zukunft auf je 1500 Mitglieder, anstatt bisher 700, ein Delegierter kommt. Die Bundestage sollen in Zukunft im Juli oder August stattfinden.

Zur Organisation des Bundes wird beschlossen, daß der Bundesvorstand aus 5 besoldeten und 6 unbesoldeten Mitgliedern bestehen soll und daß die Zahl der Mitglieder der Pressekommision von 3 auf 5 erhöht wird. Redaktion und Druck des Verbandsorgans werden nach Offenbach verlegt, vorausgesetzt, daß der Sitz des Bundesvorstandes dort verbleibt.

Es werden sodann noch nähere Bestimmungen über die Tätigkeit der Pressekommision beschlossen.

Zur Entschädigung der Gausleiter liegt ein Kommissionsvorschlag vor, wonach sie jährlich 2 Proz. der vom Gau gezahlten Bundesbeiträge, in Gauen mit weniger als 10 Vereinen jedoch mindestens 25 M., in den Gauen mit mehr Vereinen mindestens 50 M. erhalten sollen. Der Antrag wird angenommen. Ferner wird beschlossen, daß als Bundesbureaubeamter nur angestellt werden kann, wer mindestens 4 Jahre Mitglied ist und Referenzen aus der Arbeiterbewegung aufweisen hat.

Schließlich wurden noch Vorschläge der Statutenberatungskommision über verschiedene Änderungen und Ergänzungen des Bundesstatuts diskutiert und folgendes beschlossen: Nicht angenommen wird, wer einem anderen Bund angehört und wer gegen die Interessen der Arbeiterbewegung gehandelt hat. Ueber das Eintrittsgeld, bisher 60 Pf., wird beschlossen, daß es nicht über 1 M. betragen darf, wovon 75 Pf. an die Bundeskasse abzuliefern sind. Dafür erhält das Mitglied das Bundeszeichen. Die Bestimmungen über die Unfallunterstützung, die auf höchstens 13 Wochen gezahlt wird und im ersten Jahre der Mitgliedschaft 1 M. pro Arbeitstag, im zweiten 1,25 M., vom dritten Jahre ab 1,50 M. beträgt, werden insofern erweitert, daß im vierten Jahre der Mitgliedschaft 1,75 M. und vom fünften Jahre ab 2 M. pro Arbeitstag gezahlt werden sollen, vorausgesetzt, daß die Beiträge sämtlich bezahlt sind. Die Sterbeunterstützung, bisher 50 M., wird in der Weise geregelt, daß nach einjähriger Mitgliedschaft 30 M., nach zweijähriger 40 M., nach dreijähriger 50 M., nach vierjähriger 60 M. und nach fünfjähriger 75 M. gezahlt werden. Bei Sterbebeihilfe durch Verunglückung auf dem Rade werden mindestens 50 M. gezahlt. Die Bestimmungen über den Rechtschutz erhalten eine genauere Fassung. — Die beschlossenen Statutenänderungen sollen am 1. Juli in Kraft treten. Darauf wird beschlossen, daß der Sitz des Bundes in Offenbach verbleiben soll. Es folgen die Wahlen zum Bundesvorstand. Karl Fischer wird einstimmig als Bundesvorsitzender wiedergewählt, ebenso als Bundeskassierer B. Zimmermann und als Medakteur Labbe; als zweiter Vorsitzender wird Paul Lambert, als zweiter Kassierer H. Sachs gewählt. Der Sitz des Bundesausschusses verbleibt in Dresden. Der nächste Bundestag soll in Frankfurt a. M. stattfinden.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand    | am 9. 6. | 8. 6. | seit 9. 6. |
|----------------|----------|-------|------------|
| Remel, Mühl    | 190      | —10   | cm         |
| Regel, Antwerp | 83       | —6    | cm         |
| Reichel, Rhein | 104      | —6    | cm         |
| Oder, Rasthof  | 105      | +19   | cm         |
| „ „ „          | 119      | —5    | cm         |
| „ „ „          | 133      | —2    | cm         |
| Barthe, Schimm | 62       | —4    | cm         |
| „ „ „          | 48       | —3    | cm         |
| Rege, Rordamm  | 23       | +1    | cm         |
| „ „ „          | 10       | +16   | cm         |
| Elbe, Dierich  | —114     | —7    | cm         |
| „ „ „          | 200      | —1    | cm         |
| „ „ „          | 190      | +4    | cm         |
| Wasserstand    | am 9. 6. | 8. 6. | seit 9. 6. |
| Saale, Goch    | 183      | —11   | cm         |
| Havel, Spandau | 99       | +1    | cm         |
| „ „ „          | 157      | —2    | cm         |
| „ „ „          | —        | —     | cm         |
| „ „ „          | 140      | 0     | cm         |
| „ „ „          | 12       | —9    | cm         |
| „ „ „          | 112      | —16   | cm         |
| „ „ „          | 544      | +6    | cm         |
| „ „ „          | 319      | —2    | cm         |
| „ „ „          | 347      | —4    | cm         |
| „ „ „          | 97       | —11   | cm         |
| „ „ „          | 149      | +2    | cm         |
| „ „ „          | 97       | —4    | cm         |

+) bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegel.



Beim Einkauf  
VON  
**MAGGI<sup>s</sup>** Bouillon-Würfeln



**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

Fliegen, Blattläuse u. werden durch  
meine unschlagbar wirkenden Spezial-  
mittel nebst Brut vollständig vertilgt.  
In Flaschen resp. Schachteln a 30 Pf.,  
50 Pf., 1,00 bis 3,75 M.  
Zahlreiche lobende Anerkennungen.

**Spezial-Arzt**  
für Haut- und Harnleiden.  
**Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz  
10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Knappwurst in Hannover**  
(Agent Stohn, Cranienstraße.)  
**Die Ortsverwaltung Berlin**  
für deutschen Holzschuttsammler

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gloke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.